

**Susanne Huth  
Dr. Ann-Julia Schaland  
Katharina Simon  
Markus Tscherezow**

## **Abschlussbericht der Evaluation im Rahmen des Landesprogramms**

### **„Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2020 – 2024“**

involas Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik &  
Johann Daniel Lawaetz-Stiftung

## Impressum



involas Institut für berufliche Bildung,  
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH

Herrnstraße 53  
63065 Offenbach am Main

T +49 69 27224-0  
F +49 69 27224-30  
info@involas.com  
www.involas.com



Johann Daniel Lawaetz-Stiftung

Neumühlen 16–20  
22763 Hamburg

T +49 40 39 99 36-0  
F +49 40 6077292-90  
info@lawaetz.de  
www.lawaetz.de

**Herausgegeben von:**

Dr. Elisabeth Aram

**Projektleitung:**

Susanne Huth

**Autorinnen und Autoren:**

Susanne Huth  
Dr. Ann-Julia Schaland  
Katharina Simon  
Markus Tscherezow

Layout: Konzept fünf, Offenbach am Main

Die Autorinnen und Autoren tragen die Verantwortung für den Inhalt. Die von ihnen vertretene Auffassung macht sich die auftraggebende Einrichtung nicht generell zu Eigen. Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei den aus dem Landesprogramm geförderten Projektträgern und weiteren Akteurinnen und Akteuren für die bereitwillige Unterstützung der Evaluation und die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen .....</b>	<b>10</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>13</b>
1.1 Hintergrund.....	13
1.2 Ziele und Leitfragen der Evaluation.....	15
1.3 Methodisches Vorgehen .....	17
1.3.1 Literatur- und Dokumentenanalyse .....	18
1.3.2 Monitoring.....	18
1.3.3 Leitfadengestützte Interviews .....	18
1.3.4 Teilstandardisierte Befragung.....	19
1.3.5 Netzwerkanalyse, Befragung von lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partnern .....	19
1.3.6 Regionale Fallstudien .....	20
<b>2 Das Landesprogramm und die geförderten Projekte .....</b>	<b>21</b>
2.1 Übersicht über das Landesprogramm.....	21
2.2 Typisierung der Projekte nach Säulen .....	23
2.3 Trägerstruktur.....	27
2.4 Inhaltliche Ausrichtung und Ziele der Projekte .....	27
2.5 Regionale Umsetzung der Projekte .....	31
<b>3 Umsetzung der Projekte .....</b>	<b>33</b>
3.1 Beteiligung der Projekte am Monitoring.....	33
3.2 Implementierung der Projekte .....	33
3.3 Ausstattung und Ressourceneinsatz .....	34
3.3.1 Finanzielle Ausstattung .....	39
3.4 Inhalte, Ziele und Zielgruppen.....	41
3.4.1 Inhalte und Ziele .....	41
3.4.2 Zielgruppen.....	43

<b>3.5</b>	<b>Angebote und Maßnahmen .....</b>	<b>45</b>
<b>3.5.1</b>	<b>Angebote.....</b>	<b>45</b>
<b>3.5.2</b>	<b>Maßnahmen zur Zielgruppenerreichung .....</b>	<b>47</b>
<b>4</b>	<b>Kooperation und Vernetzung der Projekte .....</b>	<b>48</b>
4.1	Typen von Kooperationspartnerinnen und -partnern .....	48
4.2	Ziele und Bewertung der Kooperation aus Perspektive der Projekte .....	49
4.3	Ziele und Bewertung der Kooperation aus Perspektive der Netzwerkpartnerinnen und -partner .....	55
4.4	Regionale Präventionslandschaften.....	57
<b>5</b>	<b>Ergebnisse und Wirkungen der Projekte.....</b>	<b>60</b>
5.1	Herausforderungen und Gelingensfaktoren .....	60
5.2	Beurteilung der Förderarrangements .....	68
5.3	Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven.....	71
5.4	Wirkungen bei den Zielgruppen .....	76
5.5	Wirkungen über das Projekt hinaus .....	84
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung und Empfehlungen.....</b>	<b>89</b>
6.1	Zusammenfassung.....	89
6.2	Empfehlungen.....	94
<b>7</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>97</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Evaluationsmodell .....	17
Abbildung 2: Im Landesprogramm geförderte Projekte nach Säulen .....	23
Abbildung 3: Thematische Schwerpunkte der Projekte (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen) .....	28
Abbildung 4: Ziele der Projekte (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen) .....	30
Abbildung 5: Regionale Umsetzung der Projekte nach Landkreisen, kreisfreien und Sonderstatusstädten (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen) .....	32
Abbildung 6: Beteiligung der geförderten Projekte am Monitoring (absolute Zahlen) .....	33
Abbildung 7: Anzahl der geplanten Personalstellen (absolute Zahlen) .....	35
Abbildung 8: Anzahl der Personen, die zum Stichtag im Projekt arbeiten (absolute Zahlen) .....	35
Abbildung 9: Einsatz von Ehrenamtlichen im Projekt (absolute Zahlen) .....	36
Abbildung 10: Anzahl der Ehrenamtlichen im Projekt (absolute Zahlen) .....	36
Abbildung 11: Planmäßigkeit der Stellenbesetzung (absolute Zahlen) .....	37
Abbildung 12: Beeinträchtigung der Arbeit des Projekts durch Personalwechsel (absolute Zahlen) .....	37
Abbildung 13: Unterschiede zwischen geplanten und vorhandenen personellen Ressourcen im Projekt (absolute Zahlen) .....	38
Abbildung 14: Einschätzung des zur Verfügung stehenden Stellenvolumens (ohne Ehrenamtliche) für die Umsetzung des Projekts (absolute Zahlen) .....	38
Abbildung 15: Unterschiede zwischen den geplanten und eingesetzten finanziellen Ressourcen (absolute Zahlen) .....	40
Abbildung 16: Einschätzung des zur Verfügung stehenden Budgets für die Umsetzung des Projekts (absolute Zahlen) .....	41
Abbildung 17: Planmäßigkeit der Umsetzung der Projekte (absolute Zahlen) .....	42
Abbildung 18: Umsetzung der geplanten Meilensteine (absolute Zahlen) .....	43
Abbildung 19: Planmäßigkeit der Erreichung der Zielgruppen (absolute Zahlen) .....	44
Abbildung 20: Erreichung anderer Zielgruppen als geplant (absolute Zahlen) .....	45
Abbildung 21: Unterschiede zwischen geplanten und seit Förderbeginn realisierten Angeboten 2020 und 2021 (absolute Zahlen) .....	46
Abbildung 22: Unterschiede zwischen geplanten und realisierten Angeboten 2022 und 2023 (absolute Zahlen) .....	47
Abbildung 23: Unterschiede zwischen geplanten und umgesetzten Maßnahmen der Zielgruppenerreichung (absolute Zahlen) .....	48
Abbildung 24: Ziele von Kooperation und Vernetzung (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen) .....	50
Abbildung 25: Bewertung der bestehenden Vernetzungsstrukturen vor Ort/in der Region (absolute Zahlen) .....	51
Abbildung 26: Ziele von Kooperation und Vernetzung (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen) .....	53
Abbildung 27: Bewertung der bestehenden Vernetzungsstrukturen vor Ort/in der Region (absolute Zahlen) .....	54
Abbildung 28: Ziele der Kooperation und Vernetzung der Netzwerkpartnerinnen und -partner (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen) .....	56
Abbildung 29: Zufriedenheit der Zielerreichung der Zusammenarbeit (absolute Zahlen) .....	57
Abbildung 30: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Personalsituation (absolute Zahlen) .....	61

Abbildung 31: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Anbindung des Projekts (absolute Zahlen) .....	62
Abbildung 32: Beurteilung der Anbindung des Projekts durch Netzwerkpartnerinnen und -partner (absolute Zahlen) .....	62
Abbildung 33: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Vorläuferprojekte/-strukturen (absolute Zahlen) .....	63
Abbildung 34: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Erfahrungen und Kompetenzen (absolute Zahlen) .....	64
Abbildung 35: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Ansprachewege und Zugänge zur Erreichung der Zielgruppen (absolute Zahlen).....	65
Abbildung 36: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Entwicklung von Phänomenbereichen/„Hochburgen“ (absolute Zahlen).....	66
Abbildung 37: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Externe Ereignisse (absolute Zahlen) .....	67
Abbildung 38: Beurteilung der Förderarrangements: Personal-, Sach-, Eigen- und Drittmittel (absolute Zahlen) .....	69
Abbildung 39: Beurteilung der Förderarrangements: Vernetzung und Austausch der Projektträger (absolute Zahlen) .....	70
Abbildung 40: Beurteilung der Förderarrangements: Qualifizierungsangebote im Bereich Demokratiebildung und Extremismusprävention im Rahmen des Landesprogramms (absolute Zahlen) .....	70
Abbildung 41: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Interne Unterstützung (absolute Zahlen) .....	72
Abbildung 42: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Erfahrungen und Kompetenzen (absolute Zahlen) .....	73
Abbildung 43: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Ansprachewege und Zugänge zur Erreichung der Zielgruppen (absolute Zahlen) .....	74
Abbildung 44: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Entwicklung von Phänomenbereichen/„Hochburgen“ (absolute Zahlen).....	75
Abbildung 45: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Externe Ereignisse (absolute Zahlen) .....	75
Abbildung 46: Wirkungen bei den Zielgruppen: Wissensgewinn (absolute Zahlen) .....	77
Abbildung 47: Die Zielgruppen des Projekts sind zu (lokal) bestehenden demokratie-/menschenfeindlichen bzw. extremistischen Erscheinungsformen aufgeklärt und wissen um die gesellschaftliche Relevanz des Themenfelds (absolute Zahlen) .....	78
Abbildung 48: Wirkungen bei den Zielgruppen: Haltungen/Einstellungen (absolute Zahlen) .....	79
Abbildung 49: Die Zielgruppen des Projekts kennen und akzeptieren Demokratie als Lebensform bzw. den Rechtsstaat und die Menschenrechte (Gleichberechtigung, Religionsfreiheit etc.) als Grundlage des Zusammenlebens (absolute Zahlen) .....	79
Abbildung 50: Wirkungen bei den Zielgruppen: Lebenslagen (absolute Zahlen) .....	80
Abbildung 51: Den Zielgruppen des Projekts werden Möglichkeiten eröffnet, ihre Lebenslagen nachhaltig zu verbessern z.B. durch Beratung und Unterstützung (absolute Zahlen) .....	81
Abbildung 52: Wirkungen bei den Zielgruppen: Konkrete Handlungen (absolute Zahlen) .....	82

Abbildung 53: Wirkungen bei den Zielgruppen: Gewinn von Handlungssicherheit (absolute Zahlen) .....	83
Abbildung 54: Die Zielgruppen verfügen über Kompetenzen zur Gestaltung und Nutzung vorhandener Partizipationsmöglichkeiten (absolute Zahlen) .....	83
Abbildung 55: Wirkungen über das Projekt hinaus: Stimmung/Haltung/Wissensgewinn (absolute Zahlen) .....	85
Abbildung 56: Wirkungen über das Projekt hinaus: Aktivitäten von Vereinen/Initiativen (absolute Zahlen) .....	86
Abbildung 57: Wirkungen über das Projekt hinaus: Aufbau verlässlicher Verweisstrukturen, um angemessen auf Anfragen und Beratungsbedarfe reagieren zu können (absolute Zahlen) .....	87
Abbildung 58: Wirkungen über das Projekt hinaus: Kooperation und Vernetzung (absolute Zahlen) .....	88
Abbildung 59: Durch die Projektarbeit wurde die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren in den Themenfeldern Demokratieförderung, Extremismusprävention sowie Opfer- und Ausstiegberatung in der Region verbessert (absolute Zahlen) .....	89

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Projektbeginn der geförderten Projekte nach Jahren .....	34
Tabelle 2: Geplante Kosten pro Projekt nach Kostenart (Mittelwerte) .....	39
Tabelle 3: Aktuelle Kosten pro Projekt nach Kostenart (Mittelwerte) .....	40
Tabelle 4: Anzahl der geplanten und bislang realisierten Angebote .....	46

## Abkürzungsverzeichnis

ADiBe	Antidiskriminierungsberatung Netzwerk Hessen
AdiNet	Regionales Antidiskriminierungsnetzwerk in Hessen (Nord-, Mittel-, Südhessen sowie Rhein-Main-Gebiet)
AfD	Alternative für Deutschland
AmkA	Amt für multikulturelle Angelegenheiten
BAFzA	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DEXT	Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention
FKSE	Freie Kräfte Schwalm-Eder
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
HKE	Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus
HLKA	Hessisches Landeskriminalamt
HMdIS	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
HSFK	Hessische Stiftung für Friedens und Konfliktforschung
IKARus	Informations- und Kompetenzzentrum – Ausstiegshilfen Rechtsextremismus
KI	Künstliche Intelligenz
KN:IX	Kompetenznetzwerk Islamistischer Extremismus
LfV Hessen	Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz
MBT	Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus
NSU	Nationalsozialistische Untergrund
OFEK	Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung



PfD/PfDen	Partnerschaft für Demokratie/Partnerschaften für Demokratie
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
PrEval	Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen – Multimethodische Ansätze zur Wirkungsermittlung und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention sowie den Schnittstellen zur Gewaltprävention und politischen Bildung
RIAS	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus
VPN	Violence Prevention Network
WIR	Hessisches Landesprogramm „WIR“

## Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen

### Das Landesprogramm und die geförderten Projekte

In der aktuellen Förderperiode des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (2020 bis 2024) werden circa 120 Projekte staatlicher und nicht-staatlicher Trägerorganisationen gefördert. Das Landesprogramm ist mit ungefähr elf Millionen Euro bundesweit das mit am besten ausgestattete Landesprogramm. Die in Säule A geförderten Fachstellen zur Demokratieförderung und phänomenübergreifenden Extremismusprävention (DEXT-Fachstellen) wurden in fast allen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten eingerichtet. Zusammen mit den ebenfalls in Säule A geförderten Partnerschaften für Demokratie (PfD) machen sie mehr als die Hälfte der geförderten Projekte aus. In Säule B werden landesweite Beratungsangebote und Maßnahmen der Prävention, Intervention und Opferschutz gefördert. In den Säulen C bis E werden (Modell-)Projekte im Bereich Demokratieförderung, Förderung der Vielfalt und Integration und zur Bekämpfung von Antisemitismus gefördert.

### Implementierung und Ausstattung der Projekte

Ein Viertel der geförderten Projekte bestand bereits vor dem Jahr 2020, knapp die Hälfte startete im Jahr 2020, das verbleibende Viertel nahm die Arbeit 2021 bzw. 2022 auf. Weitere fünf Projekte nahmen seit Sommer 2022 ihre Aktivitäten auf. Dadurch, dass ein Teil der Projekte seine Personalstellen nicht planmäßig besetzen konnte, sowie aufgrund von Personalwechsel kam es in mehr als einem Drittel der Projekte zu Beeinträchtigungen der geplanten Projektaktivitäten. Zum Stichtag 30. Juni 2023 bestanden in mehr als einem Viertel der Projekte Unterschiede zwischen den geplanten und vorhandenen personellen Ressourcen. Dieser Anteil war im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen.

### Umsetzung der Projekte

Ein Drittel der Projekte konnte die Fördervorhaben bis Sommer 2023 wie geplant umsetzen und gut die Hälfte der Projekte ihre Vorhaben mit kleineren Anpassungen realisieren. Lediglich einzelne Projekte mussten größere Anpassungen vornehmen, bzw. konnten ihre Vorhaben nicht wie geplant umsetzen. Insbesondere die mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen waren in den Jahren 2020 und 2021 dafür maßgeblich, noch im Jahr 2023 zeigten sich Nachwirkungen der Corona-Pandemie, bspw. was die Kooperation mit Schulen anging. Weitere Aspekte, die im Jahr 2023 stärker hervortraten, waren Personalwechsel und Stellenvakanzen durch einen vermehrt spürbaren Fachkräftemangel, der insb. in der Betroffenenberatung zu Überlastungen führte. In der Summe kann trotz der genannten Herausforderungen von einer gelungenen Umsetzung des Förderprogramms gesprochen werden.

### Inhaltliche Ausrichtung und Zielgruppen

Die thematischen Schwerpunkte der Projekte konzentrieren sich auf Demokratieförderung, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus, wobei insgesamt eine große Brandbreite von Phänomenbereichen in den Projekten bearbeitet wurden. Für eine deutliche Mehrheit der Projekte stellten eine Zunahme von Hate Speech und Alltagsrassismus wachsende Probleme dar, die sich vermehrt in der Mitte der Gesellschaft zeigten. In diesem Kontext wurde ein grundlegender Bedarf in der politischen Bildungsarbeit von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gesehen und auf die Bedeutung von Weiterbildung und Sensibilisierung von Lehrkräften hingewiesen. Die aktuellen Herausforderungen und Bedarfe im Themenfeld

Demokratieförderung und Extremismusprävention gewinnen nach Aussage vieler Projektverantwortlicher auch zukünftig noch an Bedeutung.

Insgesamt erreichten die Projekte ihre Hauptzielgruppen gut bis sehr gut. Zielgruppen, die auch nach der Corona-Pandemie schwerer zu erreichen waren, sind junge (geflüchtete) Menschen, Eltern, Menschen, die in ländlichen Räumen leben, und ältere Menschen, für die der Umgang mit und die Akzeptanz von Diversität und Vielfalt eine Herausforderung darstellen.

### **Regionale Umsetzung, Kooperation und Vernetzung**

Im Rahme der Evaluation zeigten sich zwischen den geförderten Projekten stabile Formen der Zusammenarbeit, die primär auf themenrelevanten Vorerfahrungen und etablierten Arbeitsbeziehungen einzelner Akteurinnen und Akteure basierten. Kooperation und Vernetzung nahmen insgesamt einen hohen Stellenwert für die Projektarbeit ein, dabei wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, dass mit der Zunahme der Angebote und Akteurinnen und Akteure ein Überblick und klare Zuständigkeiten verloren gingen. Durch die gewachsene Trägerlandschaft wurden etablierte Formen der Verweisberatung zwischen den Projekten festgestellt. Die regionalen Fallstudien zeigten zudem, dass ländliche Regionen in Flächenlandkreisen weiterhin für Präventionsprojekte schwer zu erreichen sind. Ihnen fehlten vor Ort oftmals Kooperationspartnerinnen und -partner und weite Wege erschwerten die Erreichbarkeit und kontinuierliche Zusammenarbeit, was eine Stärkung der Präventionsangebote und einen Ausbau von innovativen, mobilen (Beratungs-)Angeboten in diesen Regionen nahelegten.

### **Struktur des Landesprogramms und Förderarrangements**

Der Ausbau der DEXT-Fachstellen und PFDen zusammen mit der Regionalstelle Ost wurde in Hinblick auf den Strukturausbau in der Fläche Hessens positiv bewertet, auch wenn zum Teil darauf hingewiesen wurde, dass die DEXT-Fachstellen als neue Akteure „noch ihren Platz in der Landschaft“ finden müssten. Was die Förderarrangements angeht, zeigten sich die Projektverantwortlichen durchweg zufrieden mit der Zusammenarbeit mit dem HKE, dabei wurden insb. eine gute Erreichbarkeit, schnelle Rückmeldungen und die Bereitschaft, zielorientierte Lösungen zu finden, genannt. Eine zentrale Herausforderung stellten die jährlichen Bewilligungszeiträume der Projektmittel dar, die eine nachhaltige Planung erschweren. Darüber hinaus wurden steigende Kosten genannt, die die Projekte vor Herausforderungen stellten, da im Landesprogramm keine Anpassung bzw. Dynamisierung der Fördermittel vorgesehen war.

### **Empfehlungen zur Struktur des Landesprogramms**

Die besondere Konstruktion des Landesprogrammes, auf der einen Seite kommunale Strukturen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention zu stärken und auf der anderen Seite Einzelprojekte zu fördern, hat sich bewährt und sollte beibehalten werden. Durch die Einrichtung der DEXT-Fachstellen und die Ko-Finanzierung der PFDen erfolgte ein wichtiger Strukturausbau, der vom Landesprogramm weiterhin gefördert und vorangetrieben werden sollte. Vor dem Hintergrund, dass die Beratungsangebote und Maßnahmen der Prävention, Intervention und des Opferschutzes einen zunehmenden Bedarf feststellen, ist eine Stärkung der Beratungsstrukturen angezeigt, die Einrichtung einer Regionalstelle West sollte eruiert werden, um die hessischen Regionen besser abzudecken, Lücken in der Verweisberatung zu vermeiden und die Präventionsketten zu stärken. Die (Modell-)Projektförderung kommt einer ausdifferenzierten Träger- und Projektlandschaft zugute. Mehr als auf die Abdeckung einzelner Phänomenbereiche sollte auf die Stärkung von Träger- und Projektstrukturen abgehoben werden, dabei gilt es, einen

besseren Überblick über die Förderung zu erhalten, Synergien herzustellen und Lücken zu identifizieren, um Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention nachhaltig zu fördern.

### **Empfehlungen zur inhaltlichen Ausrichtung und den Zielgruppen**

Offenheit und Flexibilität gegenüber Akzentverschiebungen und Anpassungen der inhaltlichen Ausrichtung des Landesprogramms werden den gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen gerecht. Die Konzentration auf Phänomenbereiche sollten im Diskurs mit den Projektträgern erarbeitet werden, um die Erfahrungen und Kompetenzen der Projektträger einzubeziehen. Mit Blick auf den Titel und die generelle Ausrichtung des Landesprogramms steht zu überdenken, dass der Begriff „Extremismusprävention“ auf einige Zielgruppen abschreckend wirkt. Die künftige Programmidentität könnte stärker auf Demokratiebildung und Demokratieförderung ausgelegt sein, um ein positives Narrativ zu verankern, das Partizipation und Empowerment sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt stärker in den Vordergrund rückt, sodass der Fokus vermehrt auf Demokratiefeindlichkeit statt auf Extremismus gelegt wird.

Was die Erschließung neuer Zielgruppen angeht, sind neben der Konzentration auf die Handlungsorte Kitas, Schulen und außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Projekte wünschenswert, die auf Menschen ab 50 Jahre, insbesondere Männer, abzielen, da diese bislang kaum adressiert werden und zu den Gruppen gehören, innerhalb derer demokratiekritische und demokratiefeindliche Haltungen zunehmen.

### **Empfehlungen zu Koordination, Austausch und Vernetzung**

Austausch und Vernetzung haben einen bedeutenden Stellenwert für die Projektarbeit und deren Gelingen. Von daher sind in Säule A und B folgerichtig Koordinierung, Austauschformate und Unterstützungsstrukturen im Landesprogramm vorgesehen. Auch die Einzelprojekte, die in Säule C bis E gefördert werden, würden von Koordination und Austausch sowie von Qualifizierung und Unterstützung deutlich profitieren und sich besser in den lokalen bzw. regionalen Präventionslandschaften verorten können. Durch die Förderung einer koordinierenden Stelle könnten zudem die Strukturbildung und Nachhaltigkeit der (Modell-)Projektförderung gestärkt und der strategische Ausbau von regionalen Präventionslandschaften, insbesondere in den ländlichen Regionen in Flächenlandkreisen, die für Präventionsprojekte weiterhin schwer zu erreichen sind, vorangetrieben werden.

### **Empfehlungen zur Förderung durch das Landesprogramm**

Die jährliche Antragstellung sowie der damit verbundene Verwaltungsaufwand (insbesondere auch im Rahmen der Bundesprogramme) stellen die Projekte vor Herausforderungen. Entbürokratisierung und Vereinfachung von Verfahren sind weiterhin zu empfehlen. Der spürbar zunehmende Fachkräftemangel und die projektabhängige Finanzierung der Stellen in den Projekten machen es schwer, dauerhaft Personal für die Besetzung dieser Stellen zu finden und zu sichern. Eine größere Planungssicherheit durch frühere Förderaufrufe und längere Förderperioden wäre daher wünschenswert. Eine Anpassung der finanziellen Mittel sollte zudem während der Laufzeit ermöglicht und flexibler gestaltet werden, um auf die Auswirkungen gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen, darunter Tariferhöhungen, Inflationenausgleich und steigende Energiekosten, besser reagieren sowie die Projektaktivitäten im Falle einer Zunahme an Beratungsanfragen und vermehrten Bedarfen der Zielgruppen adäquat anpassen zu können.

# 1 Einleitung

## 1.1 Hintergrund

Seit Jahren engagieren sich in Hessen staatliche sowie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit<sup>1</sup> (GMF) sowie verschiedene Ausprägungen von Extremismus<sup>2</sup>.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind in Deutschland keine neuen Phänomene. Der Rechtsextremismusforscher Richard Stöss dokumentierte für das Jahr 1998 ein rechtsextremes Einstellungspotenzial von 13 Prozent in der gesamten Bundesrepublik (Stöss 2000, S. 29). Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht stellt der Rechtsextremismus auch in Hessen die größte Gefahr für die Demokratie dar (vgl. HMdIS 2022, S. 1).

Die Langzeituntersuchungen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (sog. Mitte-Studien) machen deutlich, dass im Jahr 2020/2021 Rassismus, Fremden- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, die Abwertung asylsuchender Menschen sowie Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus weiterhin weit in der Bevölkerung in der gesamten Bundesrepublik verbreitet sind (vgl. Zick/Küpper 2021).

Insgesamt zeigte sich in den vergangenen 20 Jahren eine zunehmende Differenzierung des recht(spopulistischen) Spektrums: Zu Beginn des neuen Jahrhunderts eskalierte die extrem rechte und rassistisch motivierte Gewalt mit der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), der auch in Hessen aktiv war. Zudem gewann seit 2012 die Identitäre Bewegung an Aufmerksamkeit, die sich als moderne, rechte Alternative in Abgrenzung zur extremen Rechten präsentierte (vgl. Mader 2020). Außerdem kamen bedeutsame außerparlamentarische rechte Bewegungen hinzu (z.B. Pegida-Demonstrationen ab Herbst 2014). „Die zunehmende öffentliche Wirkung dieser neuen Akteure erzeugte Veränderungen in der Zusammensetzung einer neuen extrem rechten Protestkultur, die zunehmend von einer sozialen und organisatorischen Durchmischung vormals getrennt agierender Protestmilieus gekennzeichnet ist“ (Häusler/Küpper 2019, S. 148). In diesem Kontext sind auch die Demonstrationen der Pandemieleugnerinnen und -leugner mit ihren Verschwörungserzählungen, bzw. die Querdenken-Bewegung zu nennen (Virchow/Häusler 2020, S. 36). Zwar sind nicht alle Teilnehmenden der Demonstrationen der recht(spopulistischen) Szene zuzuordnen, aber die teilweise fehlende Distanzierung gegenüber den extrem rechten Teilnehmenden weist auf eine „inhaltliche und milieuübergreifende Kooperation“ (ebd., S. 37) hin.

---

<sup>1</sup> Der Begriff gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) stammt aus der Sozialforschung und wurde von einem Forscherteam am Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung geprägt (Heitmeyer 2002-2012). Wenn Menschen aufgrund eines Merkmals in soziale Gruppen eingeteilt und abgewertet werden, wird von GMF gesprochen. Der Begriff verdeutlicht, dass z.B. rechtsextrem eingestellte Personen häufig nicht nur eine einzelne Menschengruppe abwerten, sondern gleich mehrere. Die Forschenden identifizierten in diesem Kontext diverse Elemente von Menschenfeindlichkeit, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, die Abwertung von homosexuellen, behinderten, obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen sowie die Demonstration von Etabliertenvorrechten gegenüber Neuankömmlingen, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500781/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit/>, letzter Zugriff 27.09.2023.

<sup>2</sup> Bundes- und Landesverfassungsschutzämter arbeiten mit dem Extremismus-Begriff und subsumieren darunter unterschiedliche Phänomene wie Rechtsextremismus, sog. Reichsbürgerinnen und -bürger sowie sog. Selbstverwalterinnen und -verwalter, verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates (z.B. Pandemie-Leugnung, Verschwörungserzählungen, Querdenken-Bewegung), Linksextremismus, Islamismus, Extremismus mit Auslandsbezug, vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2022.

Auch das heterogene Milieu der sog. Reichsbürgerinnen und -bürger und sog. Selbstverwalterinnen und -verwalter differenziert sich zunehmend aus und gerät seit 2016 verstärkt in den Blick des Verfassungsschutzes. Das verbindende Element dieser Szene ist die fundamentale Ablehnung der Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland sowie der bestehenden Rechtsordnung. In Hessen werden circa 1.000 Personen aus der Szene vom Verfassungsschutz beobachtet (vgl. HMdIS 2022, S. 130). Im Rahmen einer bundesweiten Razzia gegen ein mutmaßliches Terrornetzwerk wurden im Dezember 2022 in Hessen und anderen Bundesländern 25 Verdächtige festgenommenen.<sup>3</sup>

Wie dem Verfassungsschutzbericht weiter zu entnehmen ist, haben verstärkte Differenzierungen über alle Phänomenbereiche stattgefunden, auch im Bereich des religiös motivierten Extremismus und Extremismus mit Auslandsbezug zeigten sich in den letzten Jahren weitere Ausdifferenzierungen (vgl. ebd., S. 186ff. und 238ff.).

Es ist zu beobachten, dass gesellschaftliche Krisen und Konflikte, wie z.B. die Corona-Pandemie oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, demokratiegefährdende Einstellungen und die Verbreitung von Desinformation fördern. Nach Zick (2021) werden „demokratiegefährdende Einstellungen [...] besonders dann aktiviert und führen zu einer Radikalisierung, wenn Menschen meinen, sie hätten die Kontrolle verloren, ihre Bezugsgruppen wären bedroht, sie verlören etwas oder hätten einen Anspruch auf mehr Einfluss und Macht“ (ebd., S. 19). Aktuell lässt sich eine generelle Zunahme an antidemokratischen Einstellungen beobachten, wie die Mitte-Studie 2022/2023 dokumentiert. Teile der Mitte der Gesellschaft distanzieren sich demnach zunehmend von der Demokratie und „[E]xtrem rechte Narrative [...], vermeintliche Erklärungen und vereinfachende Lösungen dringen immer weiter in die Mitte vor“ (Zick/Küpfer/Mokros 2023, S. 15).

In Hessen wird mit dem 2015 aufgelegten Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ versucht, auf diese Entwicklungen zu reagieren, um zu verhindern, dass Menschen sich von der Gesellschaft abwenden und in extremistische Szenen abdriften. Ziele des Landesprogramms sind die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie sowie die Unterstützung von Maßnahmen und Projekten, die sich gegen diverse Extremismusphänomene richten.<sup>4</sup>

Die Evaluation für die zweite Förderperiode (2020-2024) wurde vom involas Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH (Offenbach) und der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung (Hamburg) im Zeitraum vom 01. Januar 2022 bis 30. September 2023 durchgeführt. Im vorliegenden Abschlussbericht werden die Ergebnisse der Evaluation, die im ersten und zweiten Evaluationsbericht detailliert für die Berichtszeiträume 01. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 (Huth/Schaland 2023) und 01. Januar 2023 bis 31. August 2023 (Huth/Schaland/Simon/Tscherezow 2023) ausgeführt wurden, zusammengefasst und mit den daraus resultierenden Empfehlungen dargestellt.

In den folgenden beiden Abschnitten werden zunächst die Ziele und Leitfragen der Evaluation sowie das methodische Vorgehen der Evaluation beschrieben. Kapitel 2 liefert eine kurze Übersicht über das Landesprogramm inklusive der Typisierung der geförderten Projekte (Säule A bis E).

Die Ergebnisse zur Umsetzung der Projekte finden sich in Kapitel 3. Hier werden neben den Strukturdaten der geförderten Projekte auch förderliche und hinderliche Faktoren zur Zielerreichung dargestellt.

---

<sup>3</sup> Frankfurter Rundschau vom 08.12.2022, <https://www.fr.de/rhein-main/terror-razzia-1000-reichsbuerger-in-hessen-aktiv-91964553.html>, letzter Zugriff 26.09.2023.

<sup>4</sup> Vgl. <https://hke.hessen.de/>, letzter Zugriff 26.09.2023.

Die empirischen Befunde zum Thema Kooperation und Vernetzung sind Bestandteil von Kapitel 4. In Kapitel 5 werden die Erkenntnisse zu den Herausforderungen und Gelingensfaktoren, Unterstützungsbedarfen und Entwicklungsperspektiven sowie zu den Wirkungen der Projekte auf Ebene der Zielgruppen und über die Projekte hinaus vorgestellt.

Das abschließende Kapitel 6 enthält die zentralen Ergebnisse der Evaluation sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen.

## 1.2 Ziele und Leitfragen der Evaluation

Das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ verfolgt „die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie sowie die Unterstützung von Maßnahmen und Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, gegen religiös motivierten Extremismus sowie gegen Linksextremismus und weitere Extremismusphänomene richten. Dabei geht es darum, Gewaltanwendung jedweder Art zu ächten und zu verhindern.“<sup>5</sup>

Die Evaluation des Hessischen Landesprogramms hatte zur Aufgabe, die circa 120 im Rahmen des Programms geförderten Projekte begleitend und vergleichend zu analysieren.<sup>6</sup> Die Evaluation war formativ (begleitend) und summativ (bewertend) angelegt, da sowohl der Prozess als auch die Wirkungen der Projekte untersucht werden sollten, wobei die Laufzeit der Projekte (bis 2024) über die Laufzeit der Evaluation hinausgeht und aus diesem Grund keine abschließende Wirkungsevaluation vorgenommen werden konnte.

Die Evaluation sollte die Ergebnisse, die die Projekte im vorgesehenen Betrachtungszeitraum (Januar 2022 bis Ende August 2023) erzielten, sowie die im Rahmen der Projekte zum Einsatz kommenden Methoden und Aktivitäten systematisch erfassen und dokumentieren. Dabei konzentrierte sich die Evaluation im Jahr 2022 schwerpunktmäßig auf die Projekte der Säulen A und B (insgesamt 76 Projekte, Stand: Juli 2023), die vor allem der Strukturbildung dienen, während sie sich im Jahr 2023 schwerpunktmäßig auf die Projekte der Säulen C bis E (40 Projekte, Stand: Juli 2023) fokussierte, die als Einzelprojekte gefördert werden.

Mit der Evaluation wurde die Zielsetzung verfolgt,

- die Qualität der Präventionsprojekte, die im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert werden, weiterzuentwickeln und zu sichern sowie
- den Wissen(schaft)stransfer zur Verankerung erprobter Präventionskonzepte und Erkenntnisse im Bereich der Extremismusprävention voranzutreiben.

Darüber hinaus sollte die Evaluation einen Beitrag zur Beurteilung leisten, ob die Zielsetzungen des Gesamtprogramms, der Programmsäulen sowie der geförderten Einzelprojekte erreicht und die Fördermittel angemessen und effektiv eingesetzt wurden. Zudem sollten förderliche und hinderliche Faktoren bei der Erreichung der Projektziele herausgearbeitet und dargestellt werden.

Folgende fünf Leitfragen leiteten die Evaluation:

---

<sup>5</sup> <https://hke.hessen.de/foerderung/landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus-2015-2019>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>6</sup> Unter dem Begriff „Projekte“ werden in dieser Evaluation alle in den fünf Säulen geförderten Maßnahmen verstanden, vgl. Ausführungen in Kapitel 2.

1. **Input:** Welche und wie viele Ressourcen flossen in die Projekte (z. B. finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen, Materialien und Ausstattung, Räumlichkeiten)?
2. **Prozess und Output:** Welche (Teil-)Zielsetzungen und Meilensteine hatten die Projekte geplant, welche Aktivitäten und Angebote wurden zu deren Umsetzung durchgeführt, welche Zielgruppen wurden damit in welchem Maße erreicht und welche Ergebnisse wurden damit erzielt (z.B. erbrachte Leistungen, Nutzung durch die Zielgruppe, Akzeptanz/Zufriedenheit der Zielgruppe)?
3. **Outcome:** Welche und in welchem Maße waren Veränderungen und Wirkungen bei der Zielgruppe zu beobachten (z. B. Veränderungen von Wissen, Haltungen und Kompetenzen, Verhaltensänderungen, Veränderungen im Bereich der Lebenslagen)?
4. **Impact:** Inwiefern trugen die Projekte zu gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen bei (z.B. Veränderungen in gesellschaftlichen (Teil-)Bereichen)?
5. **Implikationen für die künftige Förderung:** Welche Optimierungsbedarfe ergaben sich aus den Ergebnissen der Evaluation für die Förderung künftiger Präventionsprojekte (z.B. Förderentscheidungen, fachliche Aspekte der Förderung)?

Die Ergebnisse und Erkenntnisse sollten u.a. für die Fortsetzung und Ausrichtung des Landesprogramms ab 2025 genutzt werden.

Die folgende Abbildung 1 veranschaulicht das Modell der Evaluation, das alle relevanten Elemente und Dimensionen umfasst, darunter die Prozessevaluation auf Ebene der Programmstruktur sowie die Wirkungsevaluation auf Ebene der Wirkstruktur.



**Abbildung 1: Evaluationsmodell**



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an McLaughlin und Jordan 2010, S.57.

### 1.3 Methodisches Vorgehen

Um die Leitfragen der Evaluation zu beantworten, wurden folgende quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden durchgeführt:

- Literatur- und Dokumentenanalyse,
- Monitoring,
- leitfadengestützte Interviews mit Projektverantwortlichen,
- teilstandardisierte Befragung der Projektverantwortlichen,
- Netzwerkanalyse/Erhebung bei lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partnern sowie
- regionale Fallstudien.

Während die ersten beiden Erhebungen im Jahr 2022 (Literatur- und Dokumentenanalyse und Monitoring) bereits alle geförderten Projekte im Landesprogramm umfassten, konzentrierten sich die weiteren Erhebungen im Jahr 2022 nur auf die Projekte aus den Säulen A und B (leitfadengestützte Interviews, teilstandardisierte Befragung und Netzwerkanalyse/Netzwerkbefragung).

Im Jahr 2023 wurden neu hinzugekommene Projekte in das Monitoring aufgenommen. Die weiteren Erhebungen im Jahr 2023 konzentrierten sich auf die Projekte aus den Säulen C bis E. Die einmalig im Jahr 2023 durchgeführten regionalen Fallstudien umfassten die Projekte aller fünf Säulen in den jeweiligen Untersuchungsregionen.

### 1.3.1 Literatur- und Dokumentenanalyse

Zu Beginn der Evaluation wurden im Januar 2022 die Projektdokumente aller geförderten Projekte<sup>7</sup> (Säule A bis E) angefordert und gesichtet (v.a. Förderanträge, Sachberichte, Zuwendungs- und Verwendungsnachweise, Personal- und Arbeitsplatzbeschreibungen, Handlungskonzept sowie weitere Dokumente). In die Dokumentenanalyse gingen 106 Projekte ein.

Die Dokumentenanalyse diente als Vorbereitung zur Erstellung des Monitoringkonzepts und der Durchführung der leitfadengestützten Interviews mit Projektverantwortlichen.

Insgesamt wurden mehr als 1.000 Dokumente nach den folgenden Kriterien ausgewertet:

- Informationen zur Trägerorganisation,
- Projektbeschreibung,
- frühere Förderung,
- Zielgruppenausrichtung,
- Ziele des Projekts,
- thematische Schwerpunkte sowie
- regionale Verteilung.

### 1.3.2 Monitoring

Das Monitoring diente als Instrument zur Erfassung und kontinuierlichen Beobachtung der Projekte sowie zur Überprüfung der Zielerreichung anhand der Indikatoren, die als Ergebnis der Literatur- und Dokumentenanalyse vorlagen. Im Rahmen des Monitorings wurden folgende Informationen erfasst und analysiert (Input, Prozess und Output):

- Projektstand,
- strukturelle und personelle Rahmenbedingungen,
- Ausstattung,
- Arbeitsschwerpunkte,
- Angebote sowie Nutzung der Angebote und Maßnahmen,
- Kooperationspartnerinnen und -partner sowie
- Zielerreichung.

Das Monitoring wurde zu zwei Zeitpunkten, im Sommer 2022 und im Sommer 2023 jeweils zum Stichtag 30. Juni webbasiert durchgeführt. An der ersten Welle beteiligten sich von den 112 angeschriebenen Projektverantwortlichen 89 (Rücklaufquote: 79 Prozent). An der zweiten Erhebung nahmen 95 der 116 angeschriebenen Projekte teil (Rücklaufquote: 82 Prozent).

### 1.3.3 Leitfadengestützte Interviews

Im Anschluss an das Monitoring wurden im Sommer und Frühherbst 2022 15 leitfadengestützte Interviews mit Projektverantwortlichen ausgewählter Projekte aus den Säulen A und B geführt. Während aus Säule B alle geförderten Projektträgerorganisationen interviewt wurden, wurden aus Säule A vier Fachstellen zur Demokratieförderung und phänomenübergreifenden Extremismusprävention (DEXT-Fachstellen) und fünf Partnerschaften für Demokratie (PfDen) befragt. Bei den DEXT-Fachstellen wurden Projekte ausgewählt, die relativ früh gestartet waren. Außerdem wurde auf eine regionale Verteilung

---

<sup>7</sup> Ausgenommen von zehn „Kleinstprojekten“, die nicht mit in die Evaluation aufgenommen werden sollten. Es wurden 112 Projekte angeschrieben. Die Rücklaufquote betrug 95 Prozent.

(Nord-, Mittel- und Südhessen, städtischer Raum vs. ländlicher Raum) und Anbindung der Fachstellen in unterschiedlichen Fachämtern geachtet. Bei den PFDen spielte außerdem die Ansiedlung der (externen) Fach- und Koordinierungsstelle bei der Auswahl eine Rolle.

Weitere 15 Interviews wurden im Frühjahr 2023 mit Projektverantwortlichen ausgewählter Projekte aus den Säulen C bis E geführt, darunter jeweils sechs Projekte aus Säule C und D sowie drei Projekte aus Säule E.

Die Interviews dauerten durchschnittlich circa eine Stunde. Sie wurden als Videotelefonate geführt und digital aufgezeichnet, protokolliert und inhaltsanalytisch nach Mayring (2013) ausgewertet.

Die Leitfadengespräche umfassten entsprechend der Leitfragen der Evaluation folgende Themenfelder:

- **Output:** Ziele, Aktivitäten und Angebote der Projekte, Unterschiede zwischen Planung und tatsächlicher Praxis, Zielgruppenausrichtung und Erreichung der Zielgruppen, Zufriedenheit der Zielgruppen,
- **Outcome:** Veränderungen bei den Zielgruppen (z.B. Wissensgewinn, Veränderung von Haltungen, Lebenslagen, Einstellungen, Handlungen) sowie Angebote, mit denen besonders gute Erfahrungen gemacht wurden,
- **Impact:** Anhaltspunkte für Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene unter Berücksichtigung der Angebote, Identifikation konkreter Beispiele,
- **Kooperation und Vernetzung:** Kooperations- und Vernetzungsaktivitäten in den Projekten, relevante Akteurinnen und Akteure für das Projekt, Unterschiede zwischen geplanten und tatsächlichen Kooperationen, Zusammenarbeit mit PFDen bzw. DEXT-Fachstellen, Verbesserungsvorschläge in Bezug auf Vernetzung und Kooperation,
- **Optimierungsbedarfe:** Förderung zukünftiger Projekte sowie Impulse für die weitere Gestaltung des Landesprogramms.

Die Ergebnisse der leitfadengestützten Interviews fließen in die Kapitel 2 bis 5 ein.

### 1.3.4 Teilstandardisierte Befragung

Die teilstandardisierte Online-Befragung wurde als Vollerhebung konzipiert und konzentrierte sich auf Herausforderungen und Gelingensfaktoren bei der Umsetzung der Projekte, den Stellenwert von Kooperation und Vernetzung, die Beurteilung der Förderarrangements, Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven sowie die Einschätzung und Bewertung von Outcome und Impact.

Zur Einschätzung des Outcomes wurden Wirkungen bei den Zielgruppen im Hinblick auf Veränderungen von Wissen, Haltungen und des Verhaltens auf individueller Ebene betrachtet. Der darauf basierende, längerfristig wirksame Impact umfasste Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene.

Die Befragung wurde Ende 2022 für die Projekte der Säule A und B und im Frühsommer 2023 für die Projekte der Säule C bis E durchgeführt. Ende 2022 beteiligten sich 49 der angeschriebenen 70 Projekte, 2023 waren es 28 der 40 angeschriebenen Projekte. Die Beteiligungsquote lag beide Male bei 70 Prozent. Die Ergebnisse der teilstandardisierten Online-Befragung finden sich in Kapitel 5.

### 1.3.5 Netzwerkanalyse, Befragung von lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partnern

Um weitere Erkenntnisse zu den Kooperations- und Vernetzungsstrukturen der Projekte vor Ort, in ihrer Region sowie darüber hinaus zu gewinnen, wurden die Projektverantwortlichen im Rahmen der teilstan-

standardisierten Befragung zu ihren Kooperationspartnerinnen und -partnern befragt. Zudem wurden Einschätzungen zu den regionalen Vernetzungsstrukturen und Optimierungsbedarfen im Bereich Kooperation und Vernetzung erfasst.

Darüber hinaus erfolgten Erhebungen bei lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partnern der Projekte, um eine multiperspektivische Betrachtung auf das Vernetzungsgeschehen in der Region und die Angebote sowie Wirkungen der Projekte zu gewinnen. Diese Befragung wurde als teilstandardisierte Online-Befragung umgesetzt und konzentrierte sich im Jahr 2022 auf die Kooperationspartnerinnen und -partner der Projekte der Säulen A und B und im Jahr 2023 auf die Netzwerkpartnerinnen und -partner der Projekte der Säulen C bis E. Hierfür leiteten die Projektverantwortlichen den Link zum Fragebogen an ihre wichtigsten Netzwerkpartnerinnen und -partner in ihrer Region weiter.

Die Inhalte der Befragung waren:

- Erfahrungen der lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partner mit den geförderten Projekten (Ziele und Formen der Zusammenarbeit, Bewertung der Zusammenarbeit),
- Herausforderungen und Gelingensfaktoren sowie Verbesserungsvorschläge für eine nachhaltige Vernetzung und Kooperation,
- Einschätzungen der Netzwerkpartnerinnen und -partner zu Outcome und Impact der Projekte.

Circa die Hälfte aller angefragten Projekte leitete den Fragebogen weiter. Einigen war es nicht möglich, da sie über keine lokalen Kooperationspartnerinnen und -partner verfügten, dies betraf v.a. landesweite Angebote. Durchschnittlich wurde der Fragebogen an circa zehn Akteurinnen und Akteure<sup>8</sup> weitergeleitet, in der Summe erfolgte eine Weiterleitung an 457 Akteurinnen und Akteure.

Insgesamt gingen 140 vollständig ausgefüllte Fragebögen in die Auswertung ein.<sup>9</sup> Die Ergebnisse der Befragung von lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partnern fließen in Kapitel 4 ein.

### 1.3.6 Regionale Fallstudien

Im Berichtszeitraum wurden fünf regionale Fallstudien in ausgewählten Regionen durchgeführt. Die Fallstudien verfolgten das Ziel, die Projekte aller fünf Säulen und ihre Vernetzung und Verzahnung mit anderen Angeboten und Akteurinnen und Akteuren im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention in der Region vertiefend zu analysieren. Bei der Auswahl wurde auf eine regionale Verteilung in Süd-, Mittel- und Nordhessen sowie die Abbildung von Landkreisen und kreisfreien Städten geachtet. Folgende fünf Regionen wurden ausgewählt:

- Kreis Darmstadt-Dieburg,
- Stadt Frankfurt am Main,
- Lahn-Dill-Kreis,
- Schwalm-Eder-Kreis sowie
- Stadt Kassel.

In jeder regionalen Fallstudie wurde ein Fokusgruppeninterview vor Ort durchgeführt, in das circa fünf ausgewählte Projekte einbezogen wurden. An den Gesprächen nahmen die Projektverantwortlichen und

---

<sup>8</sup> Die Spanne reicht von einem bis 45 Netzwerkpartnerinnen und -partnern, an die der Fragebogen weitergeleitet wurde.

<sup>9</sup> Im Jahr 2022 (Säule A und B): 67; im Jahr 2023 (Säule C bis E): 73. Die Rücklaufquote lag bei den Netzwerkpartnerinnen und -partnern der Projekte aus Säule A und B deutlich höher als bei den Kooperationspartnerinnen und -partnern der Projekte aus Säule C bis E (40 versus 25 Prozent). Insgesamt lagen Informationen von Netzwerkpartnerinnen und -partnern aus mehr als der Hälfte aller Landkreise, kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte vor (20 von 33).

teilweise weitere Personen des Teams teil. Die Gespräche dauerten durchschnittlich circa zwei Stunden und fokussierten sich auf folgende Themen:

- regionale Bedarfe im Themenfeld Demokratieförderung und Extremismusprävention und Einschätzungen zur regionalen Präventionslandschaft,
- Positions- und Strategiebestimmung der einzelnen Projekte/regionale Strategieentwicklung,
- Herausforderungen, Gelingensfaktoren und Unterstützungsbedarfe für die Weiterentwicklung von Präventionsprojekten und ihrer Verankerung in der Region.

Ergänzend dazu wurde pro Fallstudie eine ausgewählte Expertin bzw. ein ausgewählter Experte (z.B. Integrationsbeauftragte, kommunale Fachstelle, Präventionsrat, Schlüsselperson aus regionalem Netzwerk) videobasiert, in einem Falle auch face-to-face, befragt, um die Ergebnisse der Fokusgruppeninterviews besser einschätzen und validieren zu können. Das circa einstündige leitfadengestützte Interview legte den Fokus insbesondere auf die Wirkungen der Projekte und die Nachhaltigkeit und Transfermöglichkeiten der Projektaktivitäten in der Region. Auch diese Interviews wurden digital aufgezeichnet, protokolliert und inhaltsanalytisch nach Mayring (2013) ausgewertet.

Die empirischen Befunde aus den regionalen Fallstudien fließen in Kapitel 4 ein.

## 2 Das Landesprogramm und die geförderten Projekte

### 2.1 Übersicht über das Landesprogramm

Das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ wurde im Jahr 2015 mit dem erklärten Ziel aufgelegt, zur Stärkung von Demokratie und Förderung von Toleranz und Weltoffenheit sowie zur Prävention und Intervention von extremistischen Tendenzen beizutragen. Zudem sollen die Kooperation und Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gefördert werden.<sup>10</sup> Das Landesprogramm setzt sich ferner zum Ziel, „effektiv und lösungsorientiert“ Antworten auf neue Herausforderungen zu finden und z.B. Betroffenen schnell Unterstützung zukommen zu lassen (vgl. HKE 2019, S. 4). Ein Beispiel dafür ist das „Sonderförderprogramm Hanau“, das 2020 in Folge des rassistisch motivierten Anschlags in Hanau, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund getötet wurden, ins Leben gerufen wurde.<sup>11</sup>

Das Landesprogramm wird durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) verantwortet und durch das seit 2013 eingerichtete Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) koordiniert und umgesetzt. Das HKE zeichnet sich durch seinen phänomen- sowie ressortübergreifenden Ansatz aus: Hier werden sämtliche landesweiten Initiativen zur Prävention und

---

<sup>10</sup> Die Ziele des Landesprogramms 2020 bis 2024 sind laut Förderrichtlinie: „Die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, die Sensibilisierung für und die Einhaltung von Menschenrechten sowie der seit 2018 in der Hessischen Verfassung verankerten Kinderrechte und die Unterstützung von Maßnahmen und Projekten, die sich gegen jedwede Form des Extremismus bzw. der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) und verfassungsfeindlicher Bestrebungen richten, d.h. insbesondere gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus, Extremismus mit Auslandsbezug, Extremismus von Reichsbürgern und Selbstverwaltern, aber auch explizit gegen Antisemitismus, Islam-/Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus und alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Zudem soll „die Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, die Aktivierung und Unterstützung der Letztgenannten, die Kofinanzierung von Projekten in den Themenfeldern, die Verzahnung der Akteurinnen und Akteure, der Programme und Projekte sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Thematik verbessert werden.“ (vgl. HKE 2019, S. 4).

<sup>11</sup> <https://hke.hessen.de/Foerderung/Sonderfoerderprogramm-Hanau-2020>, letzter Zugriff 28.09.2023.

Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen erfasst und gesteuert.<sup>12</sup> In der HKE-Lenkungsgruppe sind Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Ressorts (Inneres, Justiz, Kultus und Soziales), des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV Hessen) und Hessischen Landeskriminalamtes (HLKA) sowie der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung vertreten. Die Lenkungsgruppe kann durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure ergänzt werden und begleitet die strategische Ausrichtung des HKE.<sup>13</sup>

Im Rahmen des Landesprogramms werden circa 120 Projekte und Maßnahmen staatlicher und nicht-staatlicher Trägerorganisationen mit über elf Millionen Euro gefördert (inklusive rund 2,2 Millionen Euro weitergeleiteter Bundesmittel).<sup>14</sup> In allen hessischen Landkreisen (21), kreisfreien Städten (5) und Sonderstatusstädten (7) sind aus dem Landesprogramm geförderte Projekte aktiv (inklusive Kofinanzierung, Stand: Juli 2023).

In der zweiten Förderperiode des Landesprogramms (2020 bis 2024) steht die Verstetigung bewährter Maßnahmen zur Prävention und Intervention im Vordergrund. Außerdem sollen neue Themenfelder stärker beachtet werden, darunter:

- sog. Reichsbürgerinnen und -bürger sowie sog. Selbstverwalterinnen und -verwalter,
- Extremismus mit Auslandsbezug,
- Antisemitismus, Antijudaismus, Islam-/Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus,
- Linksextremismus sowie
- die Förderung der Akzeptanz von Vielfalt und Integration.<sup>15</sup>

In Hessen gibt es keine kommunale Anbindung des Landesprogramms wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen<sup>16</sup>. Das Landesprogramm setzt jedoch einen Schwerpunkt auf die Stärkung der regionalen Regelstrukturen in den Kommunen, indem Fachstellen zur Demokratieförderung und phänomenübergreifenden Extremismusprävention (DEXT-Fachstellen) in allen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatus-Städten eingerichtet werden können.

Das Landesprogramm umfasst fünf Säulen, denen die geförderten Projekte und Maßnahmen zugeordnet werden:

- Säule A: Stärkung der Regelstrukturen,
- Säule B: Prävention, Intervention und Opferschutz: Landesweite Beratungsangebote,
- Säule C: Demokratieförderung: Landesweite Angebote,
- Säule D: Förderung der Vielfalt und Integration,
- Säule E: Bekämpfung von Antisemitismus.

Während die Säulen A und B wesentlich der Strukturbildung dienen, handelt es sich bei den Säulen C, D und E um (Modell-)Projektförderung. In Abbildung 2 ist die Anzahl der Projekte nach Säulen zugeordnet

---

<sup>12</sup> <https://hke.hessen.de/>, letzter Zugriff 27.09.2023.

<sup>13</sup> <https://hke.hessen.de/ueber-uns/aufgaben-struktur-und-ziele>, letzter Zugriff 28.09.2023.

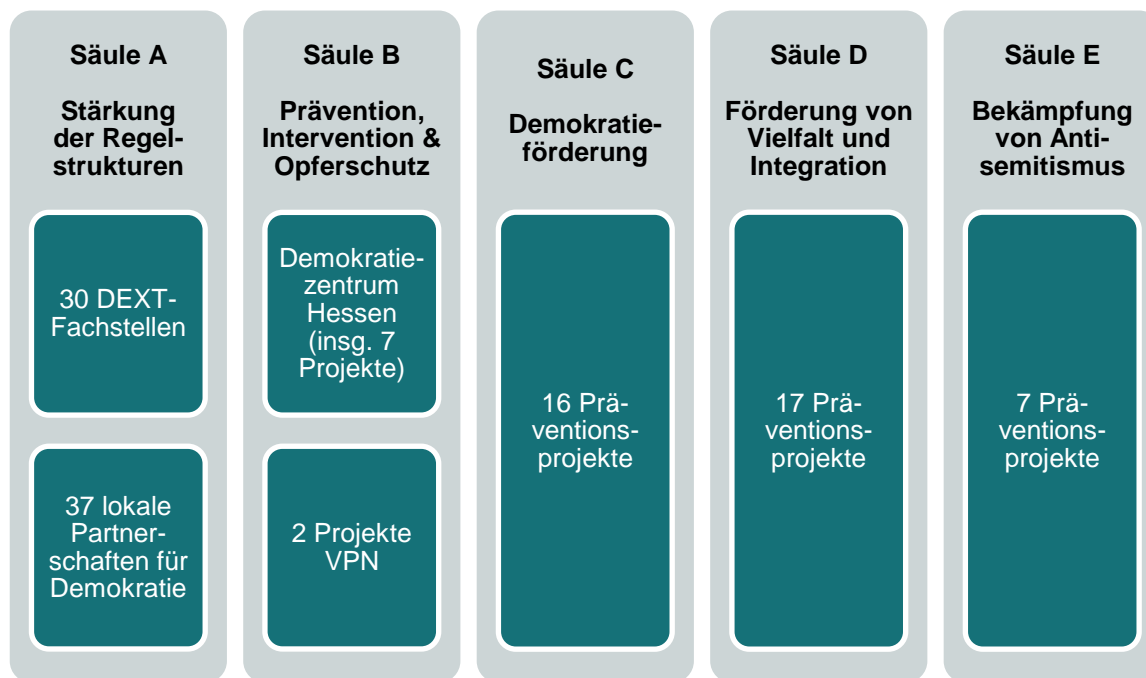
<sup>14</sup> Angaben HKE (Stand: September 2023).

<sup>15</sup> <https://hke.hessen.de/foerderung/landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus-2020-2024>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>16</sup> Um Kommunen in der Präventionsarbeit zu stärken, hat das Land Nordrhein-Westfalen das kommunale Förderprogramm NRWeltoffen entwickelt. Ziel des Programms ist die Unterstützung von Kreisen und kreisfreien Städten bei der nachhaltigen Entwicklung und Umsetzung präventiver Handlungskonzepte, vgl. <https://www.lks.nrw.de/nrweltoffen>, letzter Zugriff 28.09.2023.

dargestellt.<sup>17</sup> Weitere geförderte Projekte, die keine Säulenzuordnung haben<sup>18</sup>, oder deren Förderung 2021 bzw. früh im Jahr 2022 bereits beendet war, waren nicht Gegenstand der Evaluation und wurden nicht in die Abbildung aufgenommen.

**Abbildung 2: Im Landesprogramm geförderte Projekte nach Säulen**



Quelle: Angaben des HKE, Stand: 28. Juli 2023, eigene Darstellung.

## 2.2 Typisierung der Projekte nach Säulen

### Säule A: Stärkung der Regelstrukturen

Die Säule A des Landesprogramms zielt auf die Stärkung der Regelstrukturen ab. Neben 30 DEXT-Fachstellen werden 37 lokale Partnerschaften für Demokratie gefördert, das sind zusammen mehr als die Hälfte der im Rahmen des Landesprogramms geförderten Projekte (Stand: 28. Juli 2023).

Die DEXT-Fachstellen sollen unter anderem als Anlaufstelle für Erstberatung dienen (zu allen Phänomenbereichen des Extremismus) sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen organisieren. Darüber hinaus sollen sie zur lokalen Vernetzung relevanter Akteurinnen und Akteure beitragen und lokale Projekte fördern. Ihre Aufgabenschwerpunkte umfassen:<sup>19</sup>

- Bedarfsermittlung, z.B. auf Basis einer sozialräumlichen Untersuchung,
- lokale Vernetzung (u.a. Städte und Gemeinden, PMK-Präventionsbeauftragte der Polizeipräsidien, Netzwerk-Lotsinnen und -lotsen an Schulen),

<sup>17</sup> Unter dem Begriff „Projekte“ werden alle in den fünf Säulen geförderten Maßnahmen verstanden. Hierbei kam es im Verlauf der Evaluation zu kleineren Veränderungen der Anzahl, da zu verschiedenen Zeitpunkten einige Stellen nicht besetzt waren und neue Projekte hinzugekommen sind.

<sup>18</sup> Zum Beispiel das Projekt „Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ (IKARus), vgl. <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/weitere-foerderprojekte>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>19</sup> <https://hke.hessen.de/Foerderung/Foerderung/Foerderung/DEXT-Fachstellen-2021-2024>, letzter Zugriff 25.09.2023.

- Koordination von Fort- und Weiterbildungen, ggf. in Abstimmung mit den Partnerschaften für Demokratie (sofern vorhanden),
- Anlaufstelle für Erstberatung sowie
- Förderung kleinerer lokaler Projekte gegen Radikalisierung/Extremismus.

In fast allen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten wurden bislang DEXT-Fachstellen eingerichtet (30 von 33 möglichen DEXT-Fachstellen, Stand: Juli 2023), wovon jedoch nicht alle zum Zeitpunkt auch besetzt waren. Der Zeitpunkt der Einrichtung der DEXT-Fachstellen variierte über den Förderzeitraum und führte dazu, dass sich die Fachstellen in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befanden. Auch die Ansiedlung der Fachstellen in den jeweiligen Fachämtern variierte und beeinflusste damit die Themenschwerpunkte und Zielgruppenausrichtung der Fachstellen.

Im zweiten Baustein der Säule A erhalten die Partnerschaften für Demokratie (PfDen) aus dem Landesprogramm eine Kofinanzierung zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“<sup>20</sup>. Mit dem Bundesprogramm werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) dabei unterstützt, PfDen als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. Die Förderung zielt darauf ab, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene zu fördern.<sup>21</sup> Vereine, Projekte und Initiativen werden unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie z. B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten. Darüber hinaus können auch andere Extremismusphänomene und Formen von Demokratie- und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Gegenstand präventiver Arbeit und damit Gegenstand der Förderung durch das Bundesprogramm sein.

Hessenweit wurden circa 40 PfDen<sup>22</sup> eingerichtet, wovon 37 eine Kofinanzierung aus dem Landesprogramm erhalten. Auch hier waren aktuell nicht alle Stellen besetzt (Stand 28. Juli 2023).

Die PfDen sind hessenweit ungleich verteilt. Während es beispielsweise eine Konzentration von PfDen südlich der Stadt Frankfurt am Main im Kreis Offenbach gibt (Landkreis sowie Stadt Langen, Neu-Isenburg, Dietzenbach und Heusenstamm), gibt es demgegenüber nördlich und westlich der Stadt Frankfurt keine PfDen im Maintaunus- oder Hochtaunuskreis.<sup>23</sup>

## **Säule B: Prävention, Intervention und Opferschutz: Landesweite Beratungsangebote**

In der Säule B werden bewährte Maßnahmen, wie z.B. das Demokratiezentrum Hessen mit dem „BeratungsNetzwerk hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ (Beratungsnetzwerk Hessen)<sup>24</sup> in Form einer Kofinanzierung zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. Das Demokratiezentrum gestaltet und koordiniert das Beratungsnetzwerk Hessen, dem 52 verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen und Organisationen angehören.<sup>25</sup> Das Beratungsnetzwerk bietet professionelle Beratungshilfe und berät hessenweit. Zielgruppen sind Schulen, Eltern und

<sup>20</sup> <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>21</sup> <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-a/pfd>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>22</sup> [https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden?tx\\_tbsprojektfinder\\_liste%5Bfilter-handlungsbe-reich%5D=5](https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden?tx_tbsprojektfinder_liste%5Bfilter-handlungsbe-reich%5D=5), letzter Zugriff 28.09.2023.

<sup>23</sup> [https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden?tx\\_tbsprojektfinder\\_liste%5Bfilter-handlungsbe-reich%5D=5](https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden?tx_tbsprojektfinder_liste%5Bfilter-handlungsbe-reich%5D=5), letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>24</sup> <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>25</sup> <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/vernetzung/netzwerk-mitglieder/>, letzter Zugriff: 25.09.2023.



Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Salafismus.<sup>26</sup>

Neben den inhaltlichen Vorgaben des Bundes koordiniert das Demokratiezentrum die Vernetzung der Maßnahmen der Säulen A bis E, das Bereitstellen von Fortbildungsangeboten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Projekten sowie die wissenschaftliche Begleitung (Qualitätsstandards). Weiterhin ist das Demokratiezentrum verantwortlich für die Meldestelle Antisemitismus.<sup>27</sup>

Über das Demokratiezentrum werden zudem Landesmittel an verschiedene Letztempfänger weitergeleitet. Das Demokratiezentrum mit seinen Letztempfängern umfasst insgesamt sieben Projekte, die von fünf Trägerorganisationen durchgeführt werden. Gefördert wird die landesweite Beratungsstelle „response“ für Betroffene von rechter, rassistischer, antisemitischer, antimuslimischer oder antiziganistischer Gewalt.<sup>28</sup> Zudem werden drei Regionalstellen (Nord, Ost, Süd) gefördert, um die Arbeit des Beratungsnetzwerks zu dezentralisieren und aufsuchende, mobile Beratungsangebote<sup>29</sup> in der Fläche Hessens anbieten zu können. Gleichzeitig wird ein landesweites Beratungsangebot in der Distanzierungs- und Umfeldberatung im Themenschwerpunkt Rechtsextremismus gefördert.<sup>30</sup>

In Säule B werden zudem im Kontext des etablierten Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus zwei Projekte der Trägerorganisation Violence Prevention Network (VPN) gefördert.<sup>31</sup>

- „Die Beratungsstelle Hessen – Wege aus dem Extremismus“ berät zum Thema religiös begründeter Extremismus bzw. zum Extremismus mit Auslandsbezug. Sie bietet Maßnahmen der Intervention und Deradikalisierung im Umgang mit religiös begründetem Extremismus bzw. Extremismus mit Auslandsbezug an. Die Beratungsstelle fördert die Vermeidung und Umkehr von Radikalisierungsprozessen.
- Die Beratungsstelle „Interkulturelle Kompetenz und Extremismusprävention“ wendet sich an junge Menschen, Angehörige und Fachpersonal mit Fragen und Anliegen zum Thema religiös begründeter Islamismus bzw. zum Extremismus mit Auslandsbezug. Sie bietet Maßnahmen der Primärprävention und Beratung im Umgang mit religiös begründetem Extremismus bzw. Extremismus mit Auslandsbezug an.

Nicht besetzt ist die im Förderaufruf ausgeschriebene landesweite Fachstelle „Prävention und Beratung“ im Themenschwerpunkt Linksextremismus insbesondere zur Beratung von Opfern/Betroffenen und deren Umfeld (z.B. Angehörige, Betriebe und Unternehmen) (vgl. HKE 2019, S. 23).

---

<sup>26</sup> <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-b/demokratiezentrum-hessen/beratungsnetzwerk-hessen>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>27</sup> Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) hat im Frühjahr 2022 ihre Arbeit aufgenommen. Sie bietet landesweite Vorfalldokumentationsmöglichkeit und fachliche Beratung zum Thema Antisemitismus an, vgl. <https://rias-hessen.de/>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>28</sup> <https://response-hessen.de/>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>29</sup> <http://mbt-hessen.org/home>, letzter Zugriff 25.09.2023, <https://jetzt-ev.de/>, letzter Zugriff 25.09.2023, <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/beratungsangebote/>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>30</sup> <https://www.rote-linie.net/>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>31</sup> <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-b/beratungsstelle-hessen>, letzter Zugriff 25.09.2023.

### **Säule C: Demokratieförderung: Landesweite Angebote**

In der Säule C werden 16 Projekte nicht-staatlicher Trägerorganisationen zur Demokratieförderung und zur politischen Bildung mit unterschiedlichen Schwerpunkten gefördert, die landesweit angefragt werden können:<sup>32</sup>

- Projekte zur Demokratieförderung und zur politischen Bildung für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige (z.B. in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendverbänden) sowie für Erwachsene (z.B. Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer, Unternehmen, Ehrenamtliche, Seniorinnen und Senioren),
- Fortbildungsmaßnahmen oder Informationsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z.B. Lehrerinnen und Lehrer) mit dem Fokus auf das Erkennen von und den Umgang mit Radikalisierung,
- Projekte im Internet und in sozialen Medien, die sich gegen Hass und Radikalisierung und für Resilienz und Aufklärung einsetzen.

### **Säule D: Förderung der Vielfalt und Integration**

In der vierten Säule werden 17 regionale und überregionale Präventionsprojekte gefördert mit den Schwerpunkten Förderung von Vielfalt und Integration, Bearbeitung und Bewältigung von Konflikten im Kontext von Vielfalt und Integration und Austausch, Vernetzung und Qualifikation von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.<sup>33</sup> Zentrale Themen sind:

- Demokratieförderung und Integration von Geflüchteten,
- (Re-)Integration von Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus sog. Jihad-Gebieten,
- innovative Begegnungsangebote,
- Sensibilisierung insbesondere des familiären Umfelds für Gefahren extremistischer Ideologien,
- Integration und Demokratieförderung im Kontext Sport,
- Bearbeitung religiöser/kultureller Konflikte,
- Kinderrechtsverletzungen und Kinderrechtsbildung,
- Hilfestellung zur Schnittstelle und Vereinbarkeit von Religion und Demokratie,
- Maßnahmen zur Bearbeitung von Problemen und Konflikten mit innovativen demokratischen Mechanismen,
- Austausch, Vernetzung und Qualifikation von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, insbesondere zum Erkennen und zum Umgang mit Radikalisierung.

Nicht besetzt ist die Untersäule D2d „Projekte, die kommunale und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure bei Maßnahmen bzw. der Entwicklung von Maßnahmen unterstützen, in welchen Probleme oder Konflikte mit innovativen demokratischen Mechanismen bearbeitet werden“.

### **Säule E: Bekämpfung von Antisemitismus**

Vor dem Hintergrund, dass Antisemitismus eine besondere Herausforderung darstellt, wurde diesem Schwerpunkt eine eigene Säule des Landesprogramms gewidmet, die Maßnahmen gegen jede Form des Antisemitismus bündelt.<sup>34</sup> Dazu zählt auch die Einrichtung einer landesweiten Meldestelle und einer

---

<sup>32</sup> <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-c>, letzter Zugriff 25.09.2023.

<sup>33</sup> <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-d>, letzter Zugriff 25.09.2023; vgl. HKE 2019, S. 8.

<sup>34</sup> <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-e>, letzter Zugriff 25.09.2023; vgl. HKE 2019, S. 9.

psycho-sozialen Beratungsstelle (beim Demokratiezentrum angedockt, vgl. oben). Die Förderung umfasst sieben Projekte, die der Aufklärung über Formen des Antisemitismus und des Antijudaismus, politisch-historische Bildungsarbeit sowie Vernetzung und Weiterbildung von Akteurinnen und Akteuren in diesem Themenfeld dienen.

Nicht besetzt ist Untersäule E2b, d.h. Projekte, die die Vernetzung und Weiterbildung von relevanten Akteurinnen und Akteuren (z.B. Antisemitismusbeauftragte, Netzwerklotsinnen und -lotsen an Schulen) übernehmen und die regionale und überregionale Vernetzung von Projekten im Themenfeld der Bekämpfung von Antisemitismus fördern.

### 2.3 Trägerstruktur

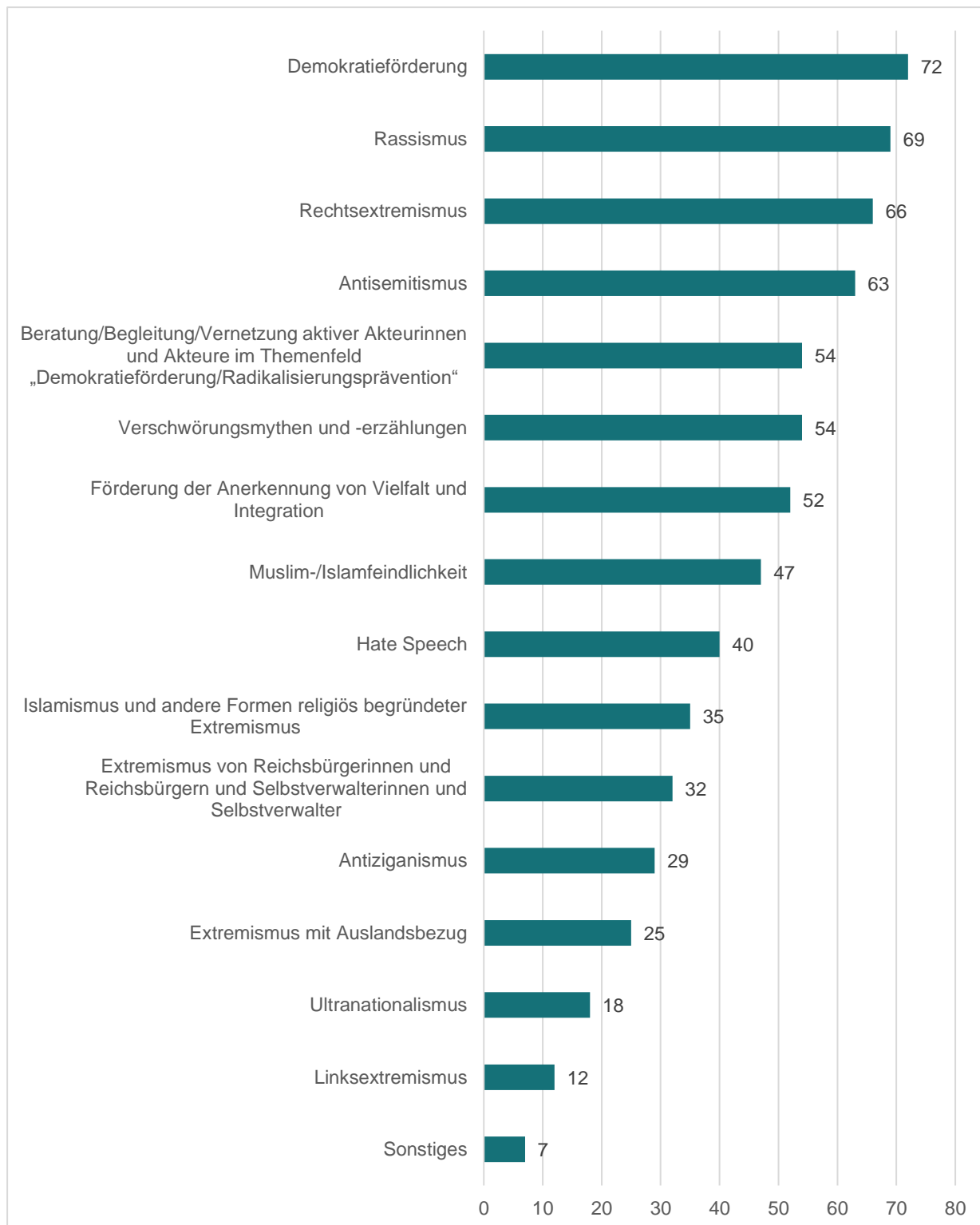
Als Ergebnis der Dokumentenanalyse wurden drei Trägertypen im Förderprogramm identifiziert: Bedingt durch die große Anzahl von DEXT-Fachstellen und PfdEn stellten kommunale Gebietskörperschaften die Mehrheit unter den Projekten dar (60 Prozent). Eingetragene Vereine oder juristischen Personen des Privatrechts machten demgegenüber zusammen fast 40 Prozent der geförderten Projekte aus. Außerdem waren vereinzelt Körperschaften des öffentlichen Rechts (zwei kirchliche Trägerorganisationen und eine Universität) unter den Projektträgerorganisationen zu finden.

Die Analyse der Qualifikationsprofile der Trägerorganisationen zeigte, dass im Rahmen des Landesprogramms an vorhandene Trägerpotenziale angeknüpft wurde: Die Mehrheit der Trägerorganisationen wurde bereits in der Vergangenheit gefördert (63 Prozent im Rahmen des Landesprogramms „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, 75 Prozent im Rahmen eines Bundes- oder EU-Programms, davon 44 Prozent im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“). Fast die Hälfte der Trägerorganisationen waren nach Angabe der Projektverantwortlichen in den Förderanträgen anerkannte Träger, darunter ein Viertel im Bereich der Jugendhilfe und -bildung, gefolgt von der außerschulischen Jugendbildung (fast 15 Prozent) sowie der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens (7 Prozent).

### 2.4 Inhaltliche Ausrichtung und Ziele der Projekte

Unter den thematischen Schwerpunkten der Projektarbeit wurde im Rahmen des Monitorings (2022) Demokratieförderung am häufigsten genannt (N=72, vgl. Abbildung 3). Rassismus (N=69), Rechtsextremismus (N=66) und Antisemitismus (N=63) folgten als weitere häufige Nennungen. Noch mehr als die Hälfte der Projektverantwortlichen gab an, dass Beratung/Begleitung/Vernetzung aktiver Akteurinnen und Akteure (N=54), Verschwörungsmethoden und -erzählungen (N=54), Förderung der Anerkennung von Vielfalt und Integration (N=52), sowie Muslim-/Islamfeindlichkeit (N=47) thematische Schwerpunkte der Aktivitäten darstellten. 40 Projektverantwortliche gaben mit etwas Abstand zudem Hate Speech an. Islamismus und andere Formen religiös begründeten Extremismus gaben 35 Projektverantwortliche als Schwerpunkt an, gefolgt von Extremismus von sog. Reichsbürgerinnen und -bürgern und sog. Selbstverwalterinnen und -verwaltern (N=32), Antiziganismus (N=29), Extremismus mit Auslandsbezug (N=25) und Linksextremismus (N=12).

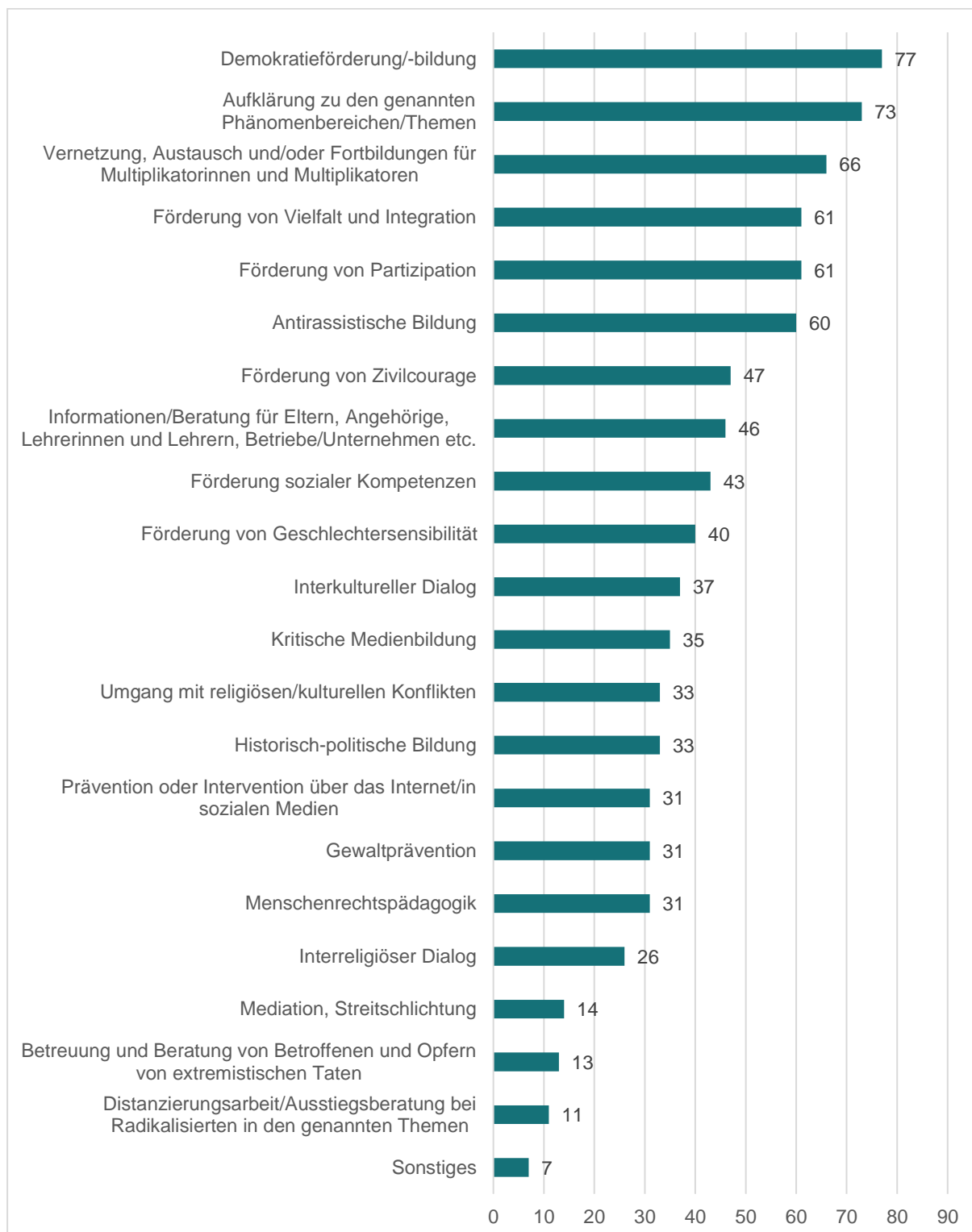
**Abbildung 3: Thematische Schwerpunkte der Projekte (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zum Stichtag 30. Juni 2022, N=89, eigene Darstellung.

In Abbildung 4 sind die Ziele abgebildet, die die Projekte verfolgten. Dabei nannten die meisten Projektverantwortlichen im Rahmen des Monitorings 2022 Demokratieförderung/-bildung (N=77) und die Aufklärung zu den genannten Phänomenbereichen/Themen (N=73) als Ziel in der aktuellen Förderperiode. Mit etwas Abstand folgte die Vernetzung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (N=66), die Förderung von Vielfalt und Integration (N=61), die Förderung von Partizipation (N=61) sowie antirassistische Bildung (N=60). Mit größerem Abstand wurde von circa der Hälfte der Projektverantwortlichen (N=47) die Förderung von Zivilcourage genannt. Am seltensten standen Mediation/Streitschlichtung (N=14), Betreuung und Beratung von Betroffenen und Opfern extremistischer Taten (N=13) und Distanzierungsarbeit/Ausstiegsberatung bei Radikalisierten (N=11) im Fokus der Projektarbeit.

**Abbildung 4: Ziele der Projekte (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen)**



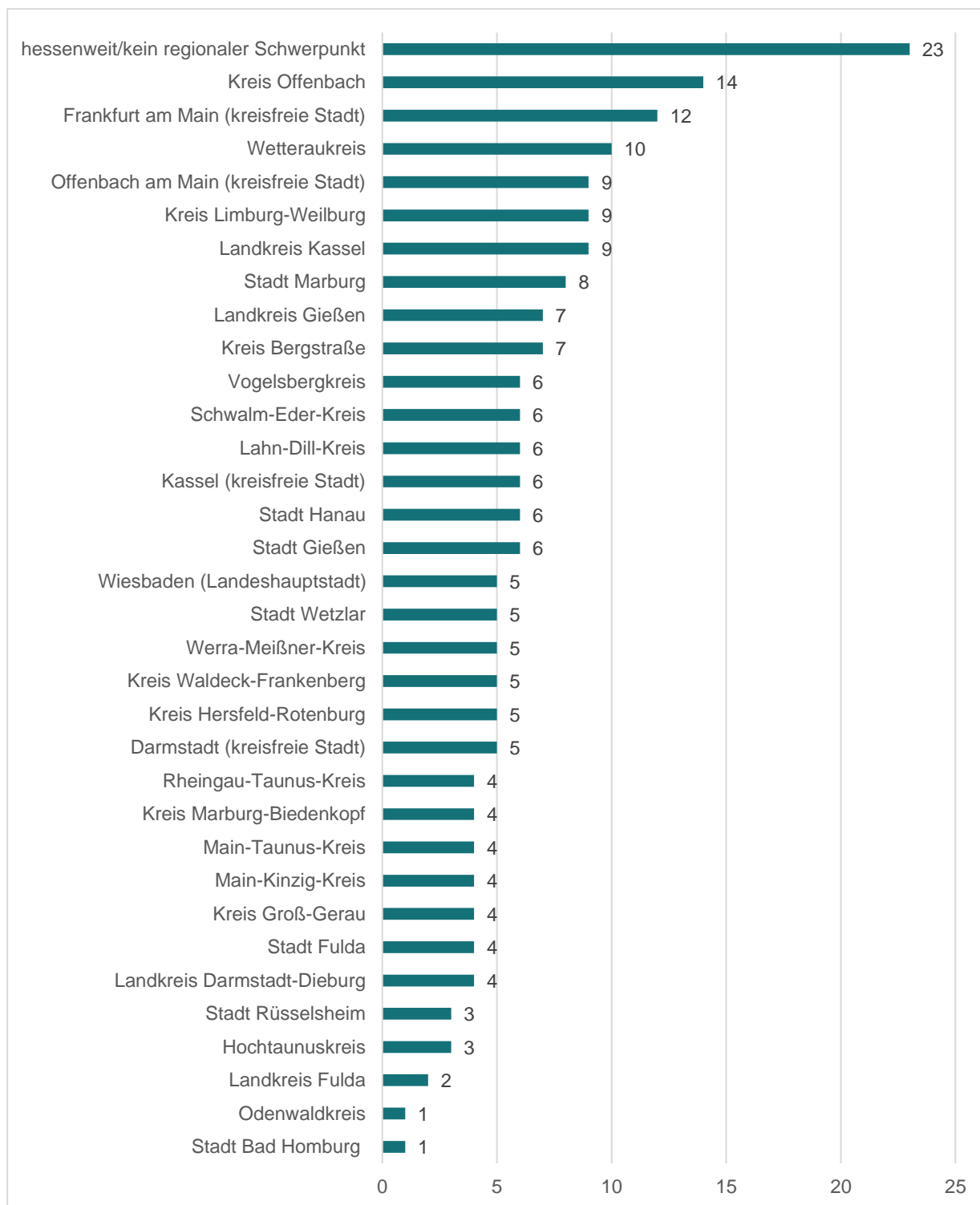
Quelle: Monitoring der Projekte zum Stichtag 30. Juni 2022, N=89, eigene Darstellung.

## 2.5 Regionale Umsetzung der Projekte

Zum Zeitpunkt der Dokumentenanalyse 2022 waren in fast allen hessischen Landkreisen Projekte aktiv. Eine Ausnahme stellte lediglich der Hochtaunuskreis dar. Der Landkreis Offenbach war ein regionaler Schwerpunkt der Projektumsetzung, gefolgt von Frankfurt am Main, dem Main-Kinzig-Kreis und dem Wetteraukreis. Während in der Evaluation der vorangegangenen Förderperiode (2015-2019) die Städte Frankfurt am Main, Offenbach und Wiesbaden Spitzenreiter der Projektumsetzung waren, konnte – bedingt durch den Ausbau der PfDen und der DEXT-Fachstellen, die nicht Gegenstand der Vorgängerevaluation waren – ein regionaler Strukturausbau in den ländlichen Regionen an den Landesgrenzen (z.B. im Main-Kinzig-Kreis oder Lahn-Dill-Kreis) festgestellt werden. Hier waren in der letzten Förderperiode des Landesprogramms nur sehr wenige Projekte vertreten (vgl. ISS 2019, S. 87).

Im zweiten Monitoring zum Stichtag 30. Juni 2023 bildeten der Landkreis Offenbach und die Stadt Frankfurt den regionalen Schwerpunkt für 14 bzw. zwölf Projekte (vgl. Abbildung 5). An dritter Stelle stand der Wetteraukreis mit zehn Nennungen, gefolgt von der Stadt Offenbach. Bis auf wenige Ausnahmen waren in den Landkreisen und kreisfreien Städten jeweils mehr Projekte aktiv als im Jahr 2022, darunter in der Stadt Kassel (Steigerung von sieben auf neun Projekte), im Kreis Limburg-Weilburg (Steigerung von sieben auf neun Projekte), in der Stadt Gießen (Steigerung von vier auf sechs Projekte), im Hochtaunuskreis (Steigerung von null auf drei Projekte).

**Abbildung 5: Regionale Umsetzung der Projekte nach Landkreisen, kreisfreien und Sonderstatusstädten (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zum Stichtag 30. Juni 2023, N=95, eigene Darstellung.



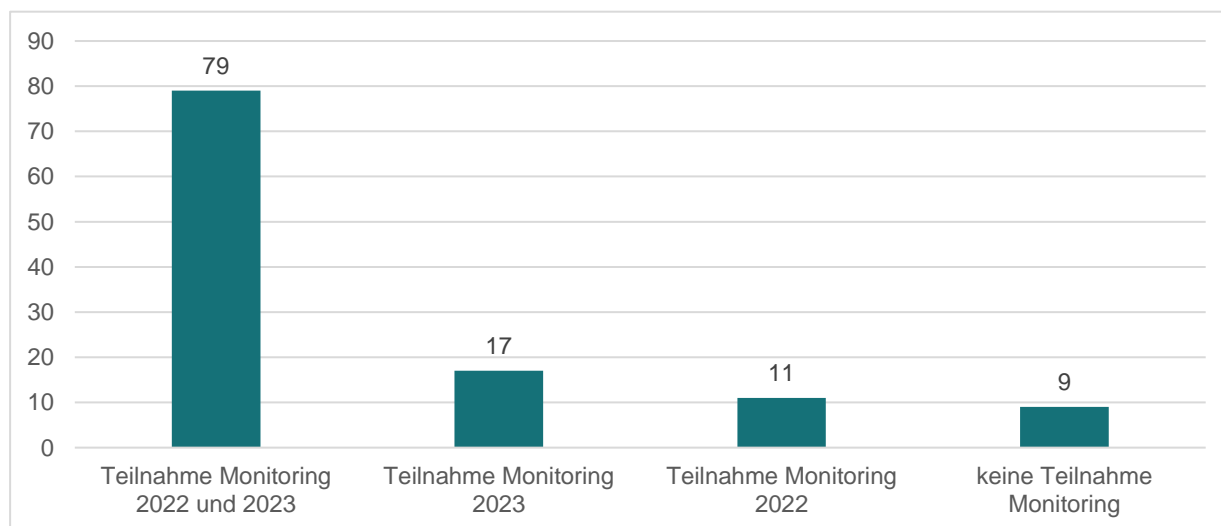
### 3 Umsetzung der Projekte

Das folgende Kapitel beinhaltet die vergleichende Darstellung der Ergebnisse der Monitoringbefragungen aus dem Sommer 2022 und 2023.

#### 3.1 Beteiligung der Projekte am Monitoring

Während sich an der ersten Welle des Monitorings im Sommer 2022 89 der zum damaligen Zeitpunkt 112 geförderten Projekte beteiligten (Rücklaufquote 79 Prozent), nahmen im Sommer 2023 95 von 116 geförderten Projekten teil (Rücklaufquote 82 Prozent). Die Beteiligung variierte nach Säulenzugehörigkeit und lag 2022 zwischen 57 Prozent (vier von sieben Projekten in Säule E) und 93 Prozent (26 von 28 DEXT-Fachstellen) und 2023 zwischen 67 Prozent (sechs von 9 Projekten in Säule B) und 94 Prozent (15 von 16 Projekten in Säule C). Insgesamt beteiligten sich 79 Projekte an beiden Befragungen (68 Prozent), je elf bzw. 17 Projekte nahmen nur einmal am Monitoring teil, neun Projekte beteiligten sich gar nicht (vgl. Abbildung 6).

**Abbildung 6: Beteiligung der geförderten Projekte am Monitoring (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 und 30. Juni 2023 sowie Angaben des HKE, Stand: 28. Juli 2023 (N=116), eigene Darstellung.

#### 3.2 Implementierung der Projekte

Fast die Hälfte der geförderten Projekte (Stand: Juni 2022) startete im Jahr 2020, ein Viertel bestand bereits vor dem Jahr 2020, ein Viertel startete 2021 bzw. 2022 (vgl. Tabelle 1). Als geplantes Ende des Projekts gab der überwiegende Teil der Projektverantwortlichen das Jahr 2024 an (70 von 89 Projekten, 79 Prozent, ohne Tabelle).

**Tabelle 1: Projektbeginn der geförderten Projekte nach Jahren**

Jahr des Projektbeginns	Anzahl der Projekte	Anteil der Projekte
vor 2020	22	25%
2020	40	45%
2021	15	17%
2022	7	8%
k.A.	5	6%
<b>Gesamt</b>	<b>89</b>	

Quelle: Monitoring der Projekte zum Stichtag 30. Juni 2022, eigene Darstellung.

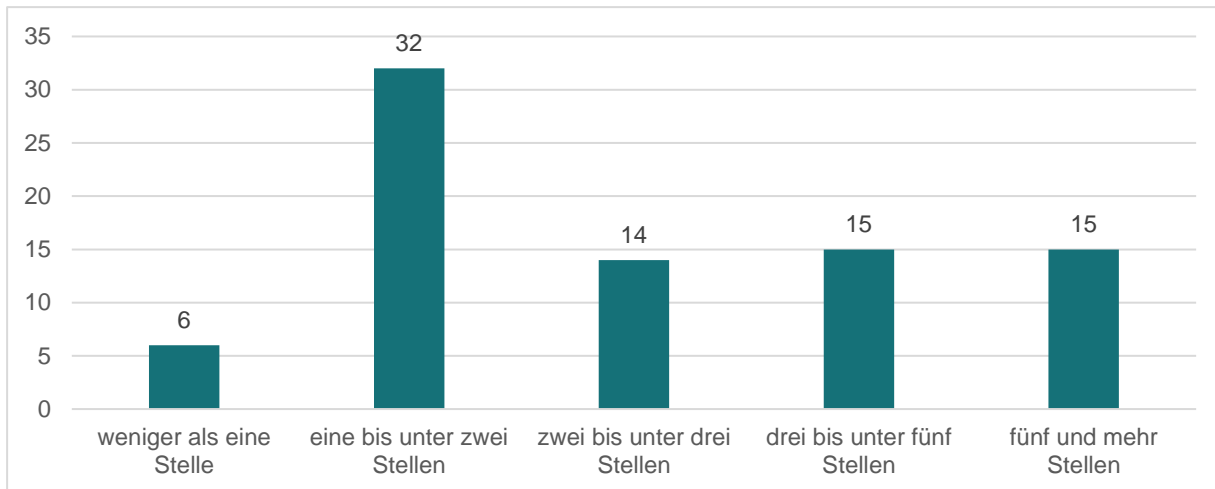
Die überwiegende Mehrheit der dienstältesten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahm die Tätigkeit im Projekt mit Projektstart auf. Einige waren schon viele Jahre in dem jeweiligen Projekt tätig, vor allem in den Projekten, die bereits vor 2020 begannen. In zwei Fällen konnten die Träger erst drei Monate nach Projektstart und in einem Fall erst sechs Monate danach jemanden einstellen. In zwei weiteren Fällen, zu denen Angaben vorliegen, stieg die oder der heute dienstälteste Mitarbeitende deutlich nach Projektstart in das Projekt ein (einmal ein Jahr und einmal zwei Jahre nach Projektstart), was nach Auskunft der Projektverantwortlichen mit einem oder mehreren Personalwechslern im Projekt zusammenhing.

### 3.3 Ausstattung und Ressourceneinsatz

#### 3.2.1 Personelle Ausstattung

Die Anzahl der geplanten Personalstellen lag bei einem Großteil der Projekte bei einer bis unter zwei Stellen (N=32), die meisten Projekte planten jedoch zwei oder mehr Stellen ein (N=44), davon jeweils ein Drittel (N=14 bzw. 15) zwei bis drei, drei bis fünf oder gar fünf und mehr Stellen. Nur vereinzelte Projekte planten mit weniger als einer Stelle (N=6) (vgl. Abbildung 7).

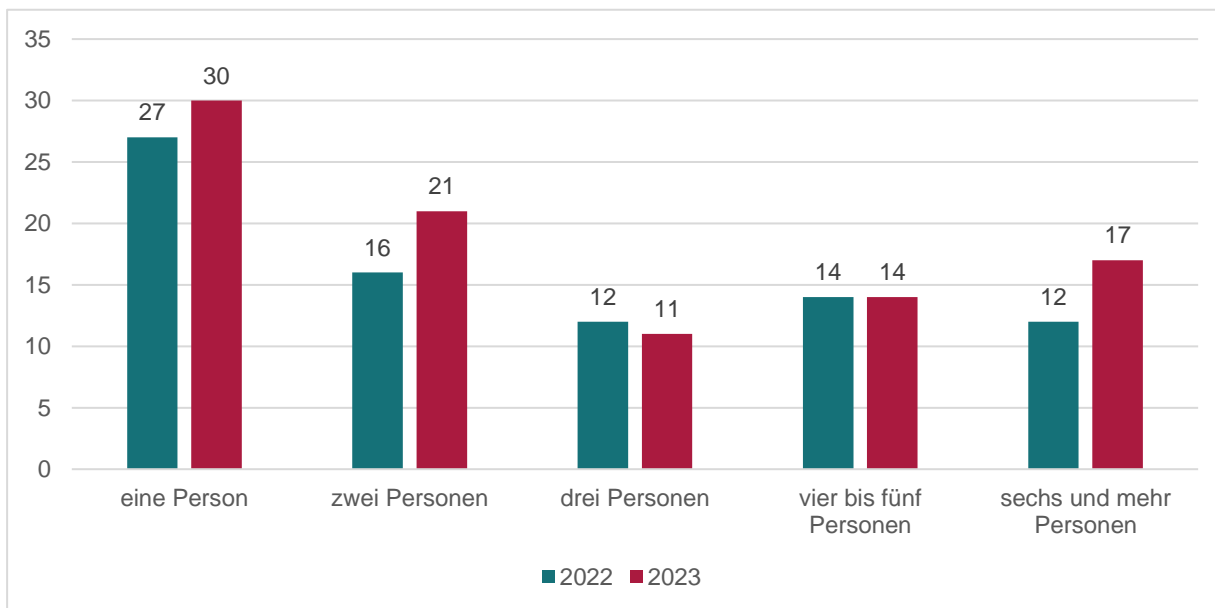
**Abbildung 7: Anzahl der geplanten Personalstellen (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zum Stichtag 30. Juni 2022, N=82, eigene Darstellung.

Die meisten Projekte setzten eine Person für das Vorhaben ein (vgl. Abbildung 8). Die Anzahl der Personen, die in den Projekten arbeiteten, blieb auch im Vergleich zum Folgejahr dabei relativ konstant.

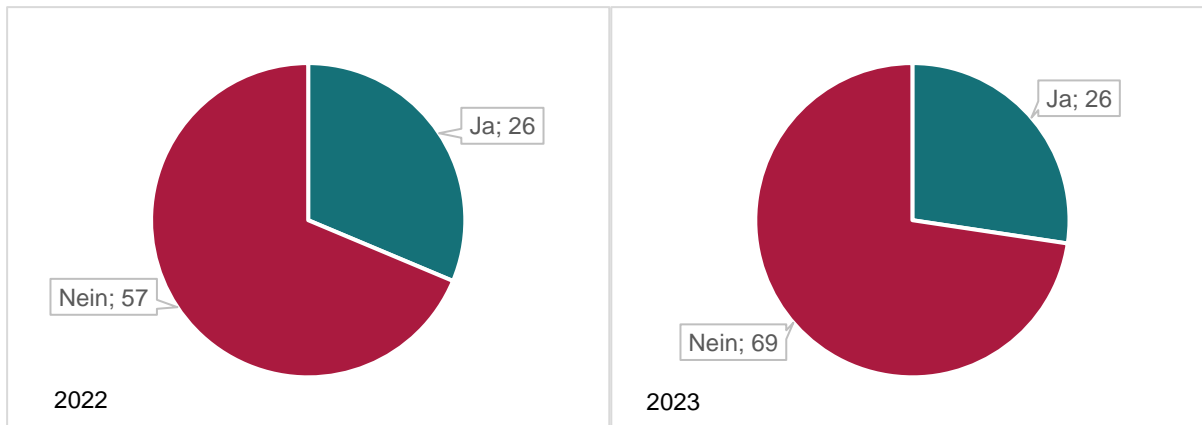
**Abbildung 8: Anzahl der Personen, die zum Stichtag im Projekt arbeiten (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=81) und 30. Juni 2023 (N=93), eigene Darstellung.

In knapp einem Drittel der Projekte (27 von 84) war der Einsatz von Ehrenamtlichen geplant, 50 Projekte, und damit weit mehr als die Hälfte, planten nicht, Ehrenamtliche im Rahmen der Projektarbeit einzusetzen. Zu beiden Stichtagen kamen in 26 Projekten Ehrenamtliche tatsächlich auch zum Einsatz (vgl. Abbildung 9).

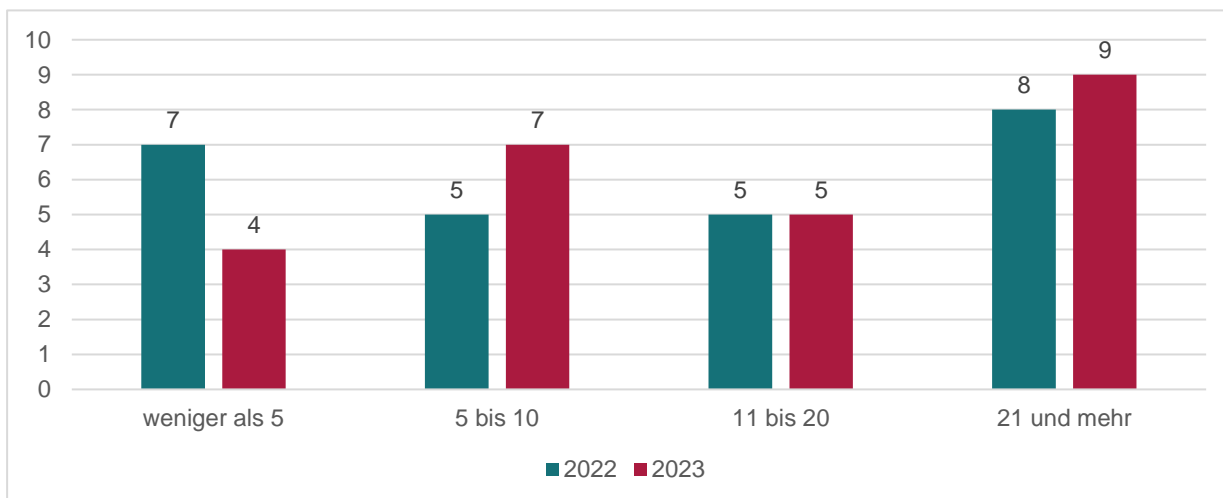
**Abbildung 9: Einsatz von Ehrenamtlichen im Projekt (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=83) und 30. Juni 2023 (N=95), eigene Darstellung.

Die Anzahl der Ehrenamtlichen in den Projekten variierte dabei (vgl. Abbildung 10). Während 2022 in sieben Projekten weniger als fünf Ehrenamtliche tätig waren, waren dies im Jahr 2023 vier Projekte. Gesteigert hat sich dagegen leicht die Anzahl der Projekte, die 2023 fünf bis 10 Ehrenamtliche bzw. 21 und mehr Ehrenamtliche einsetzen.

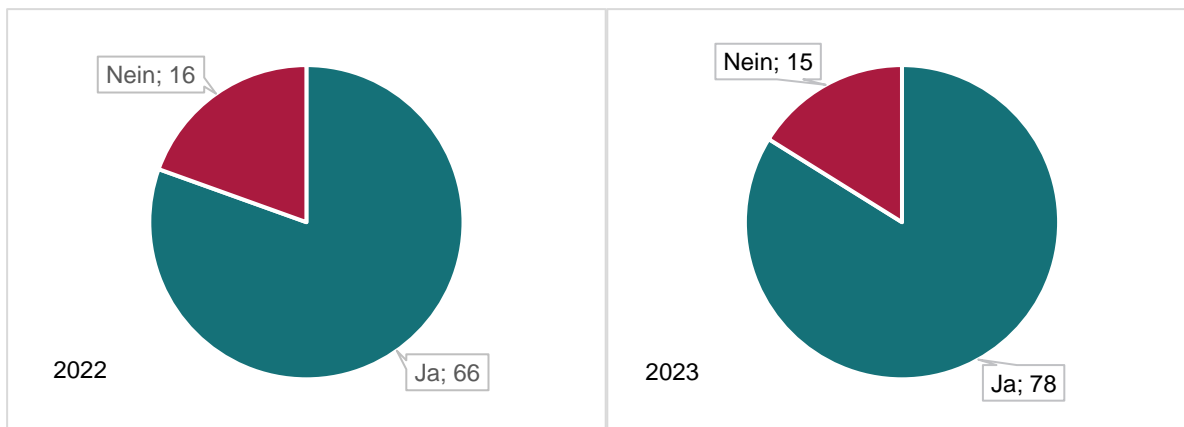
**Abbildung 10: Anzahl der Ehrenamtlichen im Projekt (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=25) und 30. Juni 2023 (N=25), eigene Darstellung.

Abbildung 11 zeigt, dass zu beiden Stichtagen in 16 bzw. 15 Projekten die Personalstellen nicht planmäßig besetzt werden konnten. Demnach konnten 2022 circa 80 Prozent der Projekte (N=66) ihre Stellen planmäßig besetzen, während dies 2023 einem Anteil von 84 Prozent der Projekte (N=78) gelang.

**Abbildung 11: Planmäßigkeit der Stellenbesetzung (absolute Zahlen)**

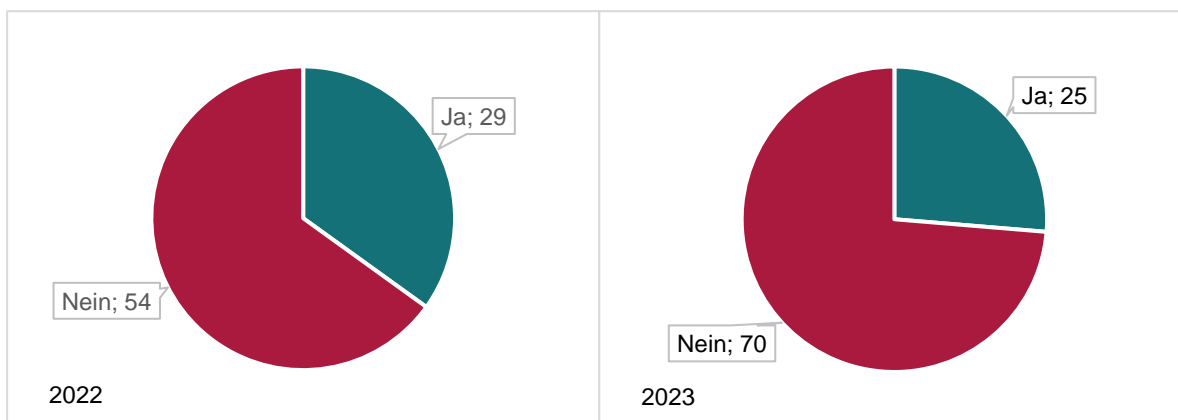


Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=82) und 30. Juni 2023 (N=93), eigene Darstellung.

In den näheren Erläuterungen, warum die Projekte die Stellen nicht planmäßig besetzen konnten, stach in beiden Erhebungszeitpunkten heraus, dass es aufgrund mangelnder geeigneter Bewerberinnen und Bewerber zu einer späteren Stellenbesetzung kam. Während im ersten Monitoring zusätzlich verwaltungsinterne Verzögerungen und die Folgen der Maßnahmen der Corona-Pandemie als Gründe angegeben wurden, wurde im zweiten Monitoring der Fachkräftemangel als hauptsächliche Ursache für die Verzögerungen genannt.

Eine Beeinträchtigung der Arbeit des Projekts durch Personalwechsel wurde im Monitoring 2022 von etwas mehr als einem Drittel der befragten Projekte bejaht (N=29 von 83, vgl. Abbildung 12). 2023 traf dies noch auf 25 von 95 Projekte zu, einem Anteil von nunmehr noch rund einem Viertel.

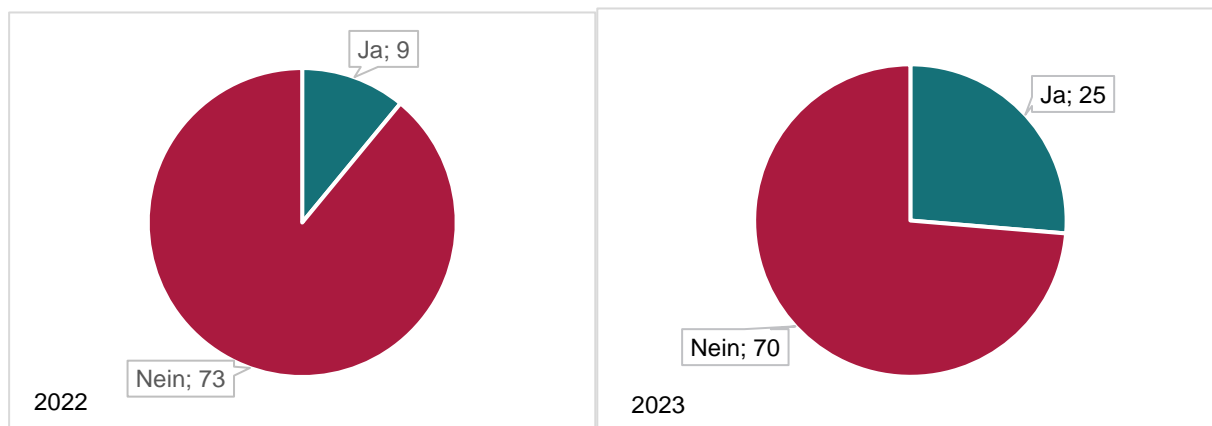
**Abbildung 12: Beeinträchtigung der Arbeit des Projekts durch Personalwechsel (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=83) und 30. Juni 2023 (N=95), eigene Darstellung.

Im ersten Monitoring gab nur gut ein Zehntel der Projektverantwortlichen (N=9) an, dass es Unterschiede zwischen den geplanten und den vorhandenen personellen Ressourcen gab (vgl. Abbildung 13). Zum Zeitpunkt des zweiten Monitorings traf dies dagegen auf gut ein Viertel der Projekte zu (N=25).

**Abbildung 13: Unterschiede zwischen geplanten und vorhandenen personellen Ressourcen im Projekt (absolute Zahlen)**

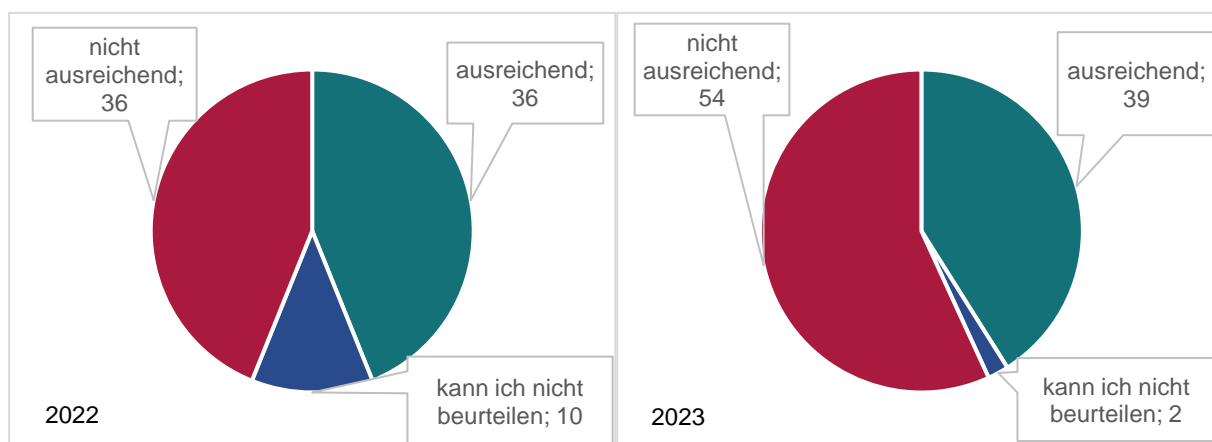


Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=82) und 30. Juni 2023 (N=95), eigene Darstellung.

Als Erläuterung zu den Unterschieden zwischen den geplanten und vorhandenen personellen Ressourcen gaben die Projektverantwortlichen zu beiden Erhebungszeitpunkten fehlende finanzielle Möglichkeiten, ein zu geringes Stellenvolumen oder eine stundenmäßig geringere Besetzung der Stellen an. Dabei wurde im ersten Monitoring am häufigsten ein höherer Aufwand (bspw. bürokratischer Art) und die daraus resultierende höhere Belastung angeführt. Im zweiten Monitoring wurde ferner eine hohe Fluktuation in den Teams als Hauptursache genannt.

Während im ersten Monitoring jeweils gut zwei Fünftel der Projektverantwortlichen der Meinung waren, dass das zur Verfügung stehende Stellenvolumen ausreichend bzw. nicht ausreichend war (jeweils N=36), schätzten weit mehr als die Hälfte im zweiten Monitoring ein, dass das zur Verfügung stehende Stellenvolumen nicht ausreicht (N=54, vgl. Abbildung 14). Der Anteil der Projektverantwortlichen, die das verfügbare Stellenvolumen als ausreichend einstufen, blieb hingegen mit rund zwei Fünftel in etwa gleich (N=36 bzw. 39).

**Abbildung 14: Einschätzung des zur Verfügung stehenden Stellenvolumens (ohne Ehrenamtliche) für die Umsetzung des Projekts (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=82) und 30. Juni 2023 (N=95), eigene Darstellung.

Was die Qualifikationen und beruflichen Erfahrungen angeht, verfügten die Projekte durchweg über gut bis sehr gut ausgebildete Mitarbeitende. So wurde aus dem ersten Monitoring 2022 deutlich, dass der höchste Bildungsabschluss der Mitarbeitenden in fast allen Projekten ein Fachhochschulabschluss/FH-Diplom/Abschluss an einer Berufsakademie oder Hochschulabschluss (Magister, Diplom, Staatsexamen) oder höher war. Die beruflichen Disziplinen der Mitarbeitenden erstreckten sich vor allem über Erziehungs-, Sozial- sowie Politikwissenschaften. Alle Projektverantwortlichen gaben zudem an, dass die Mitarbeitenden über erste (30 Prozent) bzw. umfassende (70 Prozent) Erfahrungen im programmspezifischen Themenfeld aus bisherigen Tätigkeiten verfügten. Zudem gaben gut vier Fünftel der Projektverantwortlichen an, dass ihre Mitarbeitenden zusätzlich zur beruflichen Ausbildung an projektrelevanten bzw. für das Fördervorhaben relevanten Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. Fort- und Weiterbildungen) teilgenommen hatten.

### 3.3.1 Finanzielle Ausstattung

Der größte Teil der kalkulierten Kosten umfasste Personalkosten (vgl. Tabelle 2). Die durchschnittlichen geplanten Personalkosten beliefen sich 2022 auf 138.290 Euro pro Projekt, im Jahr 2023 betragen diese nur noch 97.672 Euro und damit rund 70 Prozent der Vorjahreskosten. Die geplanten Sachkosten betragen 2022 94.000 Euro und 2023 knapp 36.000 Euro, was eine Differenz um mehr als 60 Prozent darstellt.<sup>35</sup> Der Eigenanteil betrug 2022 durchschnittlich 23.200 Euro, 2023 11.090 Euro, eine Differenz von mehr als der Hälfte. Die geplante Förderquote betrug 2022 durchschnittlich knapp drei Viertel der Kosten (73 Prozent) und 2023 80 Prozent.

**Tabelle 2: Geplante Kosten pro Projekt nach Kostenart (Mittelwerte)**

Kostenart	Mittelwert 2022	Mittelwert 2023
Personalkosten	138.290 Euro	97.672 Euro
Sachkosten	94.000 Euro	35.968 Euro
Eigenanteil	23.200 Euro	11.090 Euro
Förderquote	73 Prozent	80 Prozent

Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=67) und 30. Juni 2023 (N=68 bis 83), eigene Darstellung.

Die bis zum Stichtag 30. Juni verausgabten tatsächlichen Kosten lagen in beiden Jahren weit unter den für das gesamte Jahr geplanten Kosten (vgl. Tabelle 3). Während im Sommer 2022 etwas mehr als ein Drittel der Personalkosten verausgabt waren, waren es zum Halbjahr 2023 bereits mehr als die Hälfte der Kosten. Von den Sachkosten waren Ende Juni 2022 durchschnittlich weniger als ein Fünftel verausgabt, im Sommer 2023 war es ebenfalls etwas mehr als die Hälfte. Auch der tatsächlich eingebrachte Eigenanteil lag im Vergleich zu den geplanten Mitteln im Sommer 2022 viel niedriger bei lediglich knapp 20 Prozent, während es im Sommer 2023 wiederum etwas mehr als die Hälfte war. Die Förderquote lag zu beiden Zeitpunkten mit 65 Prozent bzw. 69 Prozent einige Prozentpunkte unter dem Plan.

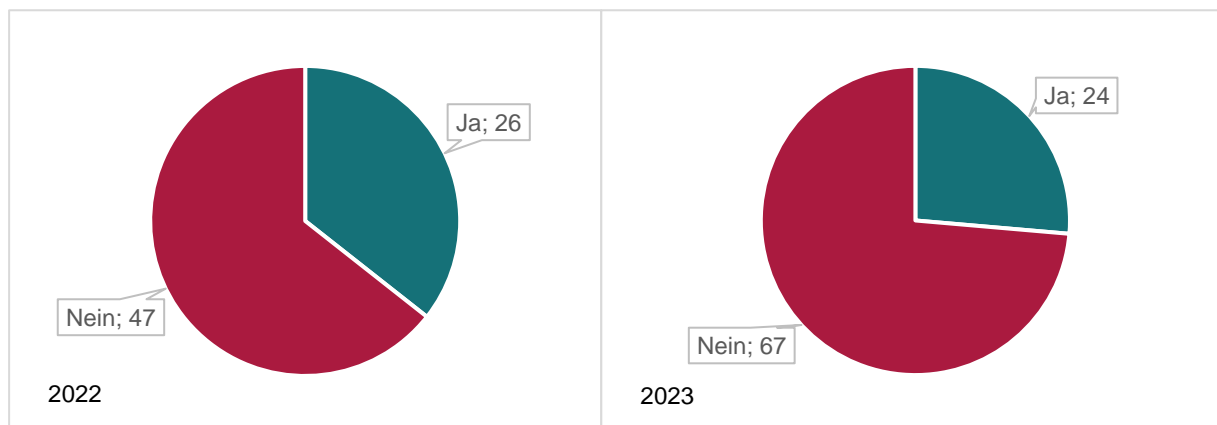
<sup>35</sup> Dabei ist zu beachten, dass im Jahr 2023 mehr Projekte am Monitoring teilnahmen, sodass die durchschnittlichen Kosten schon aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung der beteiligten Projekte variieren und nicht zwangsweise auf einen Rückgang der geplanten Kosten in den einzelnen Projekten zurückzuführen ist.

**Tabelle 3: Aktuelle Kosten pro Projekt nach Kostenart (Mittelwerte)**

Kostenart	Mittelwert 2022	Mittelwert 2023
Personalkosten	50.080 Euro	52.810 Euro
Sachkosten	15.680 Euro	18.284 Euro
Eigenanteil	4.340 Euro	6.367 Euro
Förderquote	65 Prozent	69 Prozent

Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=64) und 30. Juni 2023 (N=60 bis 75), eigene Darstellung.

Zum ersten Zeitpunkt bestätigten etwas mehr als ein Drittel der Projektverantwortlichen (N=26, vgl. Abbildung 15), dass Unterschiede zwischen den geplanten und den bis dahin eingesetzten finanziellen Ressourcen bestanden. Im Sommer 2023 lag dieser Anteil hingegen nur noch bei einem Viertel der Projekte (N=24).

**Abbildung 15: Unterschiede zwischen den geplanten und eingesetzten finanziellen Ressourcen (absolute Zahlen)**

Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=73) und 30. Juni 2023 (N=91), eigene Darstellung.

Im Rahmen der offenen Antworten wurden überwiegend Verschiebungen im zeitlichen Projektablauf durch Personalwechsel und gestiegene Kosten als Gründe angeführt, warum es zu Unterschieden zwischen den geplanten und eingesetzten finanziellen Ressourcen gekommen war. Darüber hinaus wurden eine steigende Teilnehmendenzahl sowie ein zunehmender Beratungsbedarf in den Projekten als Faktoren angeführt.

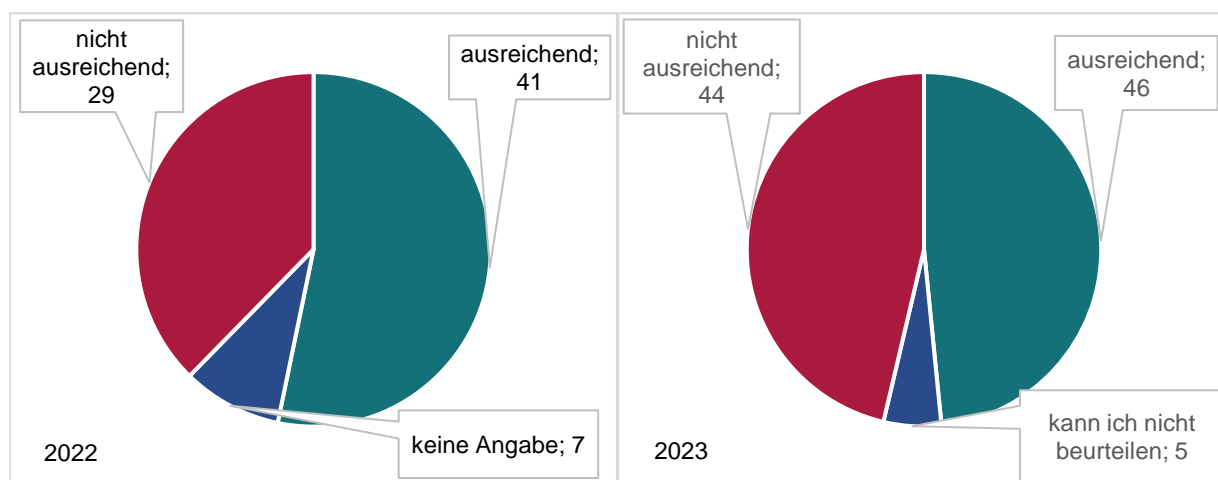
Circa ein Viertel der Projektverantwortlichen gab im Rahmen des zweiten Monitorings an, versucht zu haben, weitere Fördermittel zu akquirieren (N=23, ohne Abbildung). Mittel wurden u.a. bei Stiftungen, der Bundeszentrale für politische Bildung, bei freien Trägern oder vereinzelt bei Kommunen oder weiteren Ministerien beantragt. Sofern keine weitere Akquirierung von Fördermitteln erfolgte, waren die Fördermittel nach eigenem Bekunden entweder ausreichend oder es wurden keine geeigneten Förderprogramme gefunden. Darüber hinaus wurde angeführt, dass eine zusätzliche Akquirierung von Fördermitteln dem



bürokratischen Mehraufwand entgegenstand, der mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen nicht zu erbringen war.

Was die Einschätzung des zur Verfügung stehenden Budgets angeht, gab mehr als die Hälfte der teilnehmenden Projektverantwortlichen im Jahr 2022 an, dass dieses ausreichend war (N=41, vgl. Abbildung 16). Im Sommer 2023 lag dieser Anteil bei knapp weniger als der Hälfte der Projekte (N=46 von 95), fast ebenso viele waren der Ansicht, dass das Budget nicht ausreichte. Zum ersten Zeitpunkt lag dieser Anteil bei nur etwas mehr als einem Drittel der Projekte.

**Abbildung 16: Einschätzung des zur Verfügung stehenden Budgets für die Umsetzung des Projekts (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=77) und 30. Juni 2023 (N=95), eigene Darstellung.

Im offenen Antwortformat wurden zu beiden Erhebungszeitpunkten vor allem höhere Personalmittel als erforderlich erachtet, da diese aktuell nicht ausreichten bzw. der geförderte Stellenumfang sowie die Eingruppierung als den Stellenanforderungen nicht angemessen betrachtet wurden. Hinzu kamen Tarifierhöhungen und Inflationsausgleich als besondere finanzielle Belastungen für die Projekte. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass sich der Bedarf für die Angebote der Projekte erhöht habe, die Vorgaben des Förderprogramms es aber nicht erlaubten, dass die Projekte mitwachsen. Drei Projektverantwortliche erwähnten in diesem Kontext, dass die Förderung zwar bislang ausreichend war, eine Aufstockung der Mittel jedoch wünschenswert sei, um eine Ausweitung des jeweiligen Projekts zu ermöglichen.

### 3.4 Inhalte, Ziele und Zielgruppen

#### 3.4.1 Inhalte und Ziele

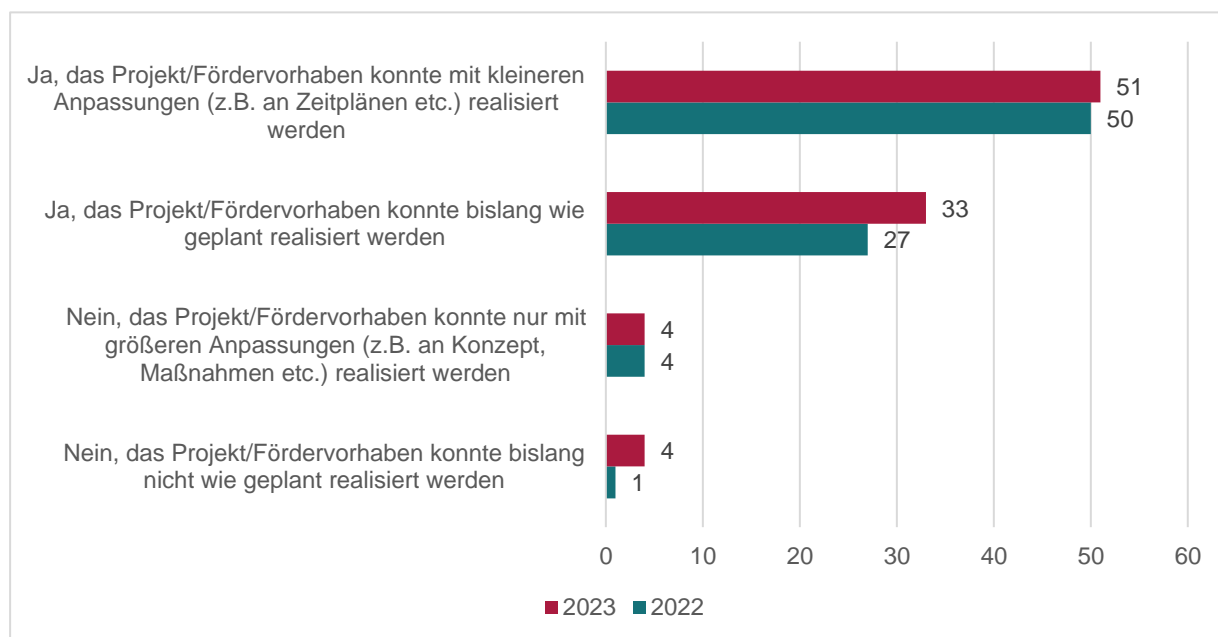
Im Rahmen des ersten Monitorings nannte die große Mehrzahl der Projekte Demokratieförderung, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus als thematische Schwerpunkte ihrer Vorhaben (vgl. Abschnitt 2.4). Fast ein Fünftel der Projektverantwortlichen gab zum zweiten Erhebungszeitpunkt 2023 an, dass sich die thematischen Schwerpunkte zwischenzeitlich angepasst bzw. geändert hatten. Die Gründe hierfür lagen zum einen an einer veränderten Relevanz von Phänomenbereichen, sodass neue Themen

berücksichtigt wurden, bspw. Extremismus von sog. Reichsbürgerinnen und -bürgern und sog. Selbstverwalterinnen und -verwaltern. Zudem wurden gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, wie eine feststellbare Zunahme von Alltagsrassismus und Rechtsextremismus sowie Ereignisse, wie der russische Angriffskrieg und das Erdbeben in der Türkei und Syrien, angegeben.

Im ersten Monitoring gaben die meisten Projekte Demokratieförderung/-bildung, die Aufklärung zu den genannten Phänomenbereichen/Themen und die Vernetzung, den Austausch und/oder Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als Hauptziele ihrer Vorhaben an (vgl. Abschnitt 2.4). Neun Projekte erwähnten zum zweiten Erhebungszeitpunkt 2023, dass sie ihre Ziele angepasst hatten. Begründet wurde dies einerseits mit externen Einflüssen (Corona-Pandemie, russischer Angriffskrieg etc.), andererseits lag dies an veränderten Bedarfen und Anforderungen der Zielgruppen und/oder einer Erweiterung der Zielgruppen.

Bei der Planmäßigkeit der Umsetzung der Projekte gab es zu beiden Monitoringzeitpunkten keine nennenswerten Unterschiede (vgl. Abbildung 17). Demnach mussten sowohl 2022 als auch 2023 nur einzelne Projekte größere Anpassungen vornehmen, um ihre Vorhaben zu realisieren. Ebenfalls nur einzelne Projekte konnten bislang ihre Vorhaben nicht wie geplant realisieren. Der größte Teil der Projekte konnte mit kleineren Anpassungen realisiert werden.

**Abbildung 17: Planmäßigkeit der Umsetzung der Projekte (absolute Zahlen)**

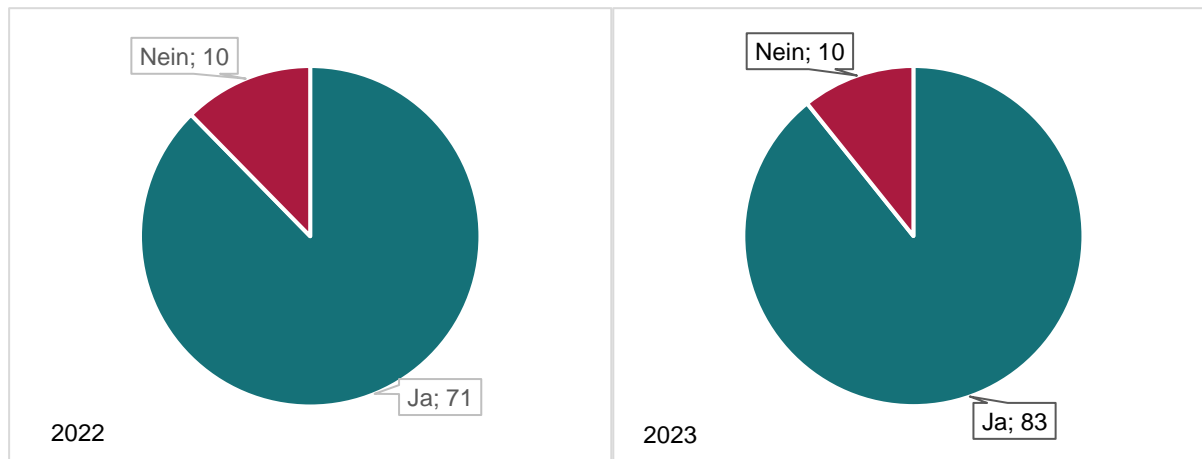


Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=84) und 30. Juni 2023 (N=92), eigene Darstellung.

Neben den Folgen der Corona-Pandemie, die zu beiden Erhebungszeitpunkten als Erklärungen für erforderliche konzeptionelle Anpassungen angeführt wurden, standen in den Fällen, in denen größere Anpassungen erforderlich waren, oder Projekte bislang nicht wie geplant realisiert werden konnten, vor allem auch personelle Wechsel, Krankheitsausfälle und Probleme bei der Stellenbesetzung im Vordergrund.

Im weitaus größten Teil der Projekte konnten zu beiden Stichtagen die geplanten Meilensteine auch umgesetzt werden (N=70 bzw. 83, vgl. Abbildung 18).

**Abbildung 18: Umsetzung der geplanten Meilensteine (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=81) und 30. Juni 2023 (N=93), eigene Darstellung.

Sofern Meilensteine nicht umgesetzt werden konnten, war dies zum ersten Erhebungszeitpunkt vor allem den Einschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie geschuldet, während dies im Sommer 2023 eher an schwer erreichbaren Zielgruppen sowie den bereits mehrfach genannten Personalwechseln lag.

### 3.4.2 Zielgruppen

Die Hauptzielgruppen, die im Rahmen der ersten Erhebung 2022 von den meisten Projekten genannt wurden, waren Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis 27 Jahren, sowie zivilgesellschaftliche Akteure (Verbände, Vereine). Veränderungen bei den Zielgruppen der Projektaktivitäten gaben zum zweiten Erhebungszeitpunkt nur vier Projektverantwortliche an, wobei es sich nur um kleinere Veränderungen handelte, indem bspw. der Fokus auf bestimmte Zielgruppen oder Teile davon gestärkt wurde.

Die Erreichung der verschiedenen Zielgruppen wurde größtenteils positiv eingeschätzt. Insbesondere Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 27 Jahren wurden von der überwiegenden Mehrheit der Projekte „sehr gut“ und „eher gut“ erreicht. Unter den weiteren Zielgruppen wurden im Rahmen beider Erhebungen ebenfalls Erwachsene über 27 Jahre, Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen sowie zivilgesellschaftliche Akteure (Vereine, Verbände) von dem Großteil der Projekte „sehr gut“ bzw. „eher gut“ erreicht.

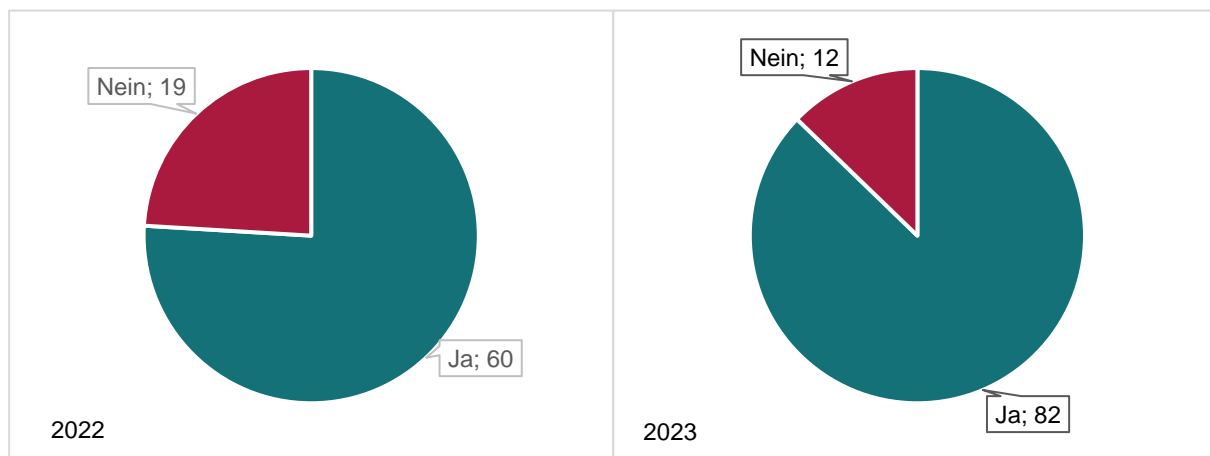
In jeweils etwas mehr als der Hälfte der Projekte gelang auch die Erreichung der folgenden Zielgruppen „sehr gut“ bzw. „eher gut“ mit nur geringen Unterschieden zwischen den beiden Erhebungen:

- Personen mit Migrationshintergrund,
- Kinder bis 13 Jahre,
- Ehrenamtliche,
- breite Bevölkerung/interessierte Öffentlichkeit sowie
- kommunale Akteurinnen und Akteure aus Politik und/oder Verwaltung.

Eltern und Erziehungsberechtigte bzw. das Erziehungsumfeld, Personen mit Fluchthintergrund sowie Opfer und Betroffene von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konnten in etwas geringeren Anteilen der Projekte „sehr gut“ bzw. „eher gut“ erreicht werden.

Die Planmäßigkeit der Erreichung der Zielgruppen verbesserte sich zudem vom ersten zum zweiten Erhebungszeitpunkt. Während im Sommer 2022 etwas mehr als drei Viertel der Projekte ihre Zielgruppen planmäßig erreichten, waren es zum zweiten Zeitpunkt fast neun von zehn Projekten (vgl. Abbildung 19).

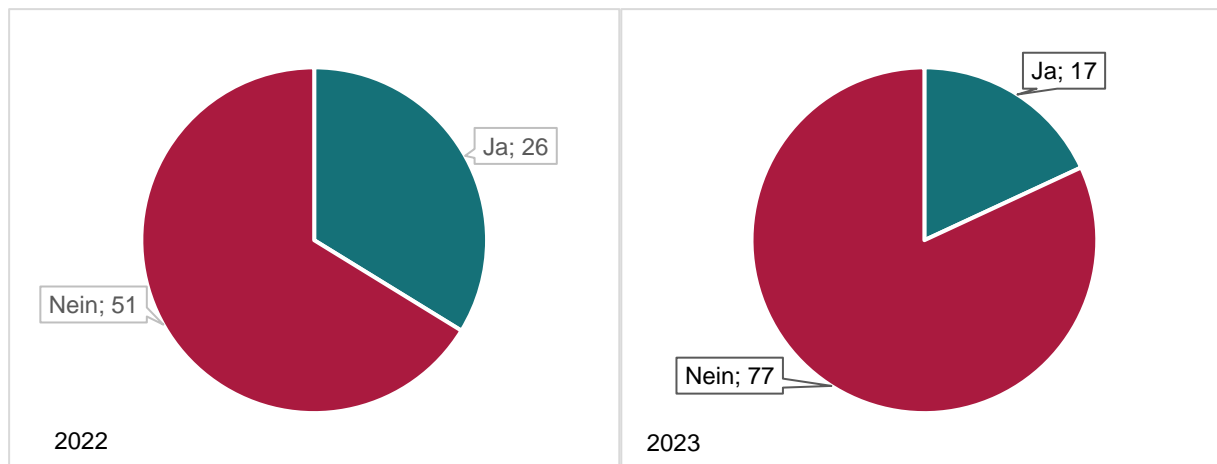
**Abbildung 19: Planmäßigkeit der Erreichung der Zielgruppen (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=79) und 30. Juni 2023 (N=94), eigene Darstellung.

Auch hier verlagerten sich die Gründe, warum die Projekte ihre Zielgruppen nicht erreichen konnten, vom ersten zum zweiten Erhebungszeitpunkt. Während im ersten Monitoring vor allem die Kontaktbeschränkungen infolge der Corona-Pandemie als Gründe dafür ausschlaggebend waren, waren es zum Zeitpunkt des zweiten Monitorings eher Schwierigkeiten bei der Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen, insbesondere in ländlichen Regionen, sowie Auswirkungen von Stellenvakanz in den Projekten.

In knapp einem Drittel der Projekte (N=26) konnten im Sommer 2022 neben den ursprünglich geplanten Zielgruppen auch andere Zielgruppen erreicht werden, im Sommer 2023 traf dies auf knapp jedes fünfte Projekt zu (N=17, vgl. Abbildung 20).

**Abbildung 20: Erreichung anderer Zielgruppen als geplant (absolute Zahlen)**

Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=77) und 30. Juni 2023 (N=94), eigene Darstellung.

Es wurde eine Vielzahl an weiteren Zielgruppen in beiden Monitorings genannt, die zusätzlich erreicht wurden. In beiden Monitorings häufig genannt wurden dabei Pädagoginnen und Pädagogen aus unterschiedlichen institutionellen Kontexten.

### 3.5 Angebote und Maßnahmen

#### 3.5.1 Angebote

Im Rahmen des ersten Monitorings gaben die Projektverantwortlichen eine Vielzahl an Projektansätzen an. Am häufigsten wurden dabei die Vernetzung bzw. die Netzwerkarbeit genannt, gefolgt von Ansätzen der Wissensvermittlung (bspw. Workshops), partizipations- und empowermentorientierten Ansätzen sowie demokratiepädagogischen, menschenrechtspädagogischen bzw. friedenspädagogischen Ansätzen.

Als Haupthandlungsorte für die Angebote und Maßnahmen der Projekte wurden vor allem Schulen und Kinder- und Jugend(freizeit-)Einrichtungen sowie Einrichtungen der außerschulischen Bildung genannt. Eine weitere wesentliche Rolle spielten der Sozialraum bzw. das Gemeinwesen sowie kommunale Einrichtungen.

Im Vergleich zu den geplanten Angeboten für die Jahre 2022 und 2023 konnten zu beiden Stichtagen (jeweils 30. Juni) der größte Teil bereits realisiert werden (vgl. Tabelle 4).

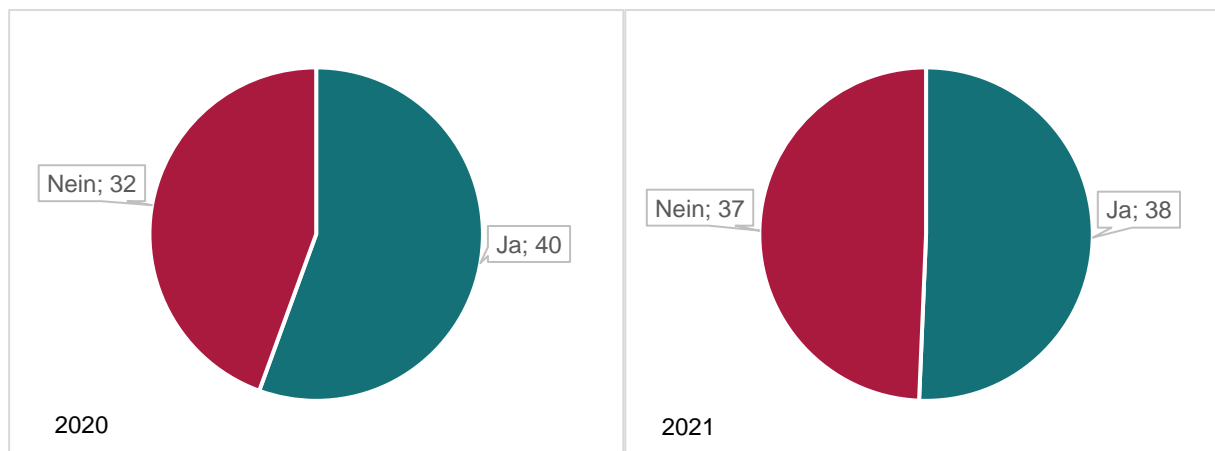
**Tabelle 4: Anzahl der geplanten und bislang realisierten Angebote**

	2022		2023	
	Geplant (N=60)	Realisiert (N=67)	Geplant (N=75)	Realisiert (N=86)
Gesamtzahl	4.085	3.490	13.961	12.556
Mittelwert	68	52	186	146

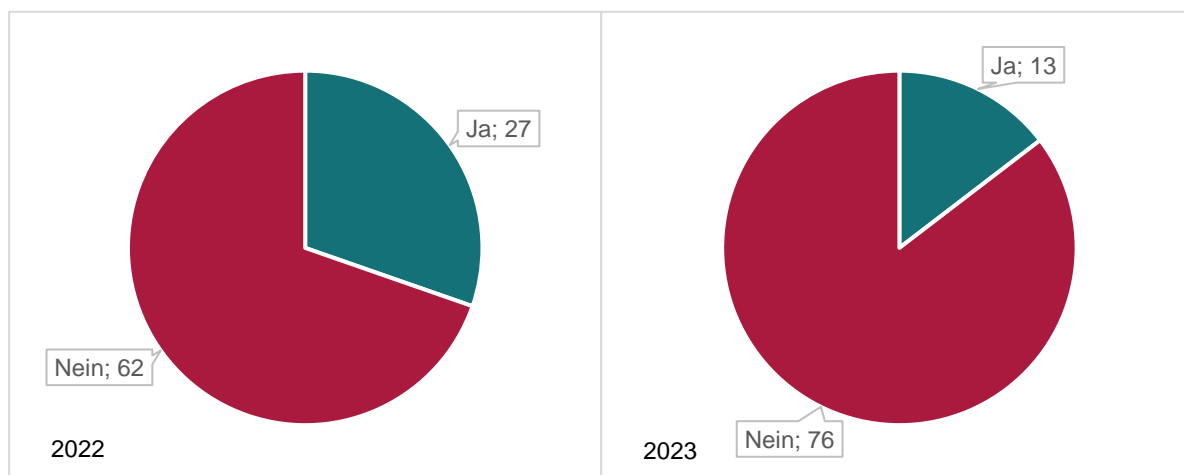
Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 und 30. Juni 2023, eigene Darstellung.

Mehr als die Hälfte der Projekte, für die Angaben gemacht wurden, verzeichnete im Jahr 2020 Unterschiede zwischen den geplanten und den realisierten Angeboten (N=40, vgl. Abbildung 21). Was das Förderjahr 2021 anging, bestanden noch in circa der Hälfte der Projekte Unterschiede zwischen den geplanten und den realisierten Angeboten (N=38). Im Jahr 2022 verringerte sich der Anteil der Projekte, die einen Unterschied zwischen den geplanten und realisierten Angeboten verzeichneten, auf nunmehr 30 Prozent (N=27, vgl. Abbildung 22). Im Förderjahr 2023 lag der Anteil der Projekte, in denen es zu Unterschieden zwischen den geplanten und den realisierten Angeboten kam nur noch bei 15 Prozent (N=13).

**Abbildung 21: Unterschiede zwischen geplanten und seit Förderbeginn realisierten Angeboten 2020 und 2021 (absolute Zahlen)**



Quelle: Monitoring der Projekte zum Stichtag 30. Juni 2022 (N=72 und 75), eigene Darstellung.

**Abbildung 22: Unterschiede zwischen geplanten und realisierten Angeboten 2022 und 2023 (absolute Zahlen)**

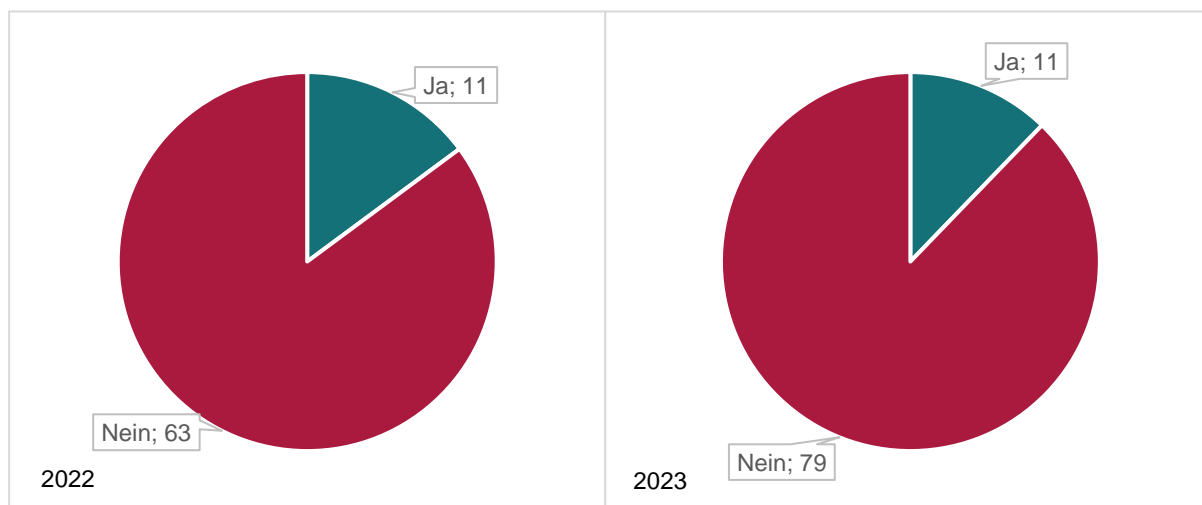
Quelle: Monitoring der Projekte zum Stichtag 30. Juni 2022 (N=89), eigene Darstellung.

Die Gründe für die Unterschiede zwischen den geplanten und realisierten Angeboten variierten dabei je nach Förderjahr. In den Jahren 2020 und 2021 waren vor allem die Folgen der Maßnahmen aus der Corona-Pandemie hauptverantwortlich für die Unterschiede. Dabei mussten viele Projekte ihre Vorhaben in den digitalen Raum verlegen bzw. Vorhaben verschieben oder gar ganz absagen. Auch im Jahr 2022 wurden die Folgen der Corona-Pandemie noch als Grund angegeben, vor allem beim Zugang zu Schulen, deren Fokus stärker auf dem Nachholen von versäumtem Lehrstoff lag. Ferner wurden Personalwechsel und nicht besetzte Stellen sowie mangelnde Teilnehmerszahlen als Gründe genannt, warum Projekte die geplanten Angebote nicht umsetzen konnten. Auch im Jahr 2023 wurden verschiedenste Gründe dafür genannt. Diese reichten von finanziellen und personellen Engpässen bis hin zu mangelnden Anmeldezahlen für Workshops und andere Veranstaltungen.

### 3.5.2 Maßnahmen zur Zielgruppenerreichung

Im Rahmen des ersten Monitorings gaben fast 90 Prozent der Projektverantwortlichen an, dass sie über bestehende bzw. etablierte Kontakte zu Mitgliedern der Zielgruppe verfügten, die sie auch nutzten, um diese zu erreichen. Den zweitwichtigsten Weg zur Erreichung der Zielgruppen stellten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und/oder Gate-Keeperinnen und -Keeper dar. Nahezu 80 Prozent der Projekte nutzten zudem gezielte Kooperationen mit Akteurinnen und Akteuren außerhalb des eigenen Projekts, z.B. mit weiteren themenrelevanten Projekten, sowie allgemeine Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Social Media wurde in etwa der Hälfte der Projekte zur Zielgruppenerreichung eingesetzt.

Nur bei einem kleineren Teil der Projekte (N=11, circa 15 Prozent) bestanden zum Stichtag 30. Juni 2022 Unterschiede zwischen den geplanten und umgesetzten Maßnahmen zur Zielgruppenerreichung (vgl. Abbildung 23). Zum Stichtag 30. Juni 2023 gab es noch bei rund einem Zehntel der Projekte Unterschiede zwischen den geplanten und umgesetzten Maßnahmen (N=11).

**Abbildung 23: Unterschiede zwischen geplanten und umgesetzten Maßnahmen der Zielgruppen-  
erreichung (absolute Zahlen)**

Quelle: Monitoring der Projekte zu den Stichtagen 30. Juni 2022 (N=74) und 30. Juni 2023 (N=90), eigene Darstellung.

In Ergänzung dazu wurde im Jahr 2022 vor allem auf coronabedingte Schwierigkeiten bei der Erreichung der Zielgruppe verwiesen, da persönliche Kontakte gar nicht oder nur bedingt möglich waren, wobei durchaus alternative Maßnahmen durchgeführt wurden, wie z.B. die Gründung von Elterncafés oder die Kontakthanbahnung zu Gate-Keeperinnen und -Keepern. Durch die Verlagerung in den digitalen Raum konnten Zielgruppen zudem auch überregional erreicht werden. Im Sommer 2023 wurden ebenfalls noch coronabedingte Verschiebungen oder Änderungen in den Formaten als Gründe angegeben. Andere Maßnahmen mussten aufgrund veränderter Zielgruppenzusammensetzung oder -anforderungen umgeplant werden.

## 4 Kooperation und Vernetzung der Projekte

### 4.1 Typen von Kooperationspartnerinnen und -partnern

In der gewachsenen Trägerlandschaft zeigten sich stabile Formen der Zusammenarbeit, die primär auf themenrelevanten Vorerfahrungen und etablierten Arbeitsbeziehungen einzelner Akteurinnen und Akteure, zum Teil auf der Historie vergangener Förderprogramme basieren.

Die Dokumentenanalyse ergab neun Typen von Akteurinnen und Akteuren, mit denen die Projekte auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene kooperierten:

- kommunale Akteurinnen und Akteure (Kommunalpolitik und Verwaltung, kommunales Gremium z.B. Ausländerbeirat/Integrationskommission, DEXT-Fachstelle, WIR-Koordination, PFD),
- Bildungseinrichtungen (Schule, Kita, Universität, Museum, Volkshochschule),
- Vereine und Verbände,
- Religionsgemeinschaften,
- Netzwerke/Bündnisse,
- Polizei (regionale Polizeistellen, PMK-Beauftragte),
- Landesämter (z.B. LfV), Hessische Ministerien (inkl. HKE) sowie



- Unternehmen und Stiftungen.

Auf der lokalen Ebene stellen kommunale Einrichtungen, Ämter (Kinder, Jugend, Migration, Soziales, Chancengleichheit, Inklusion) und (DEXT-)Fachstellen, PfdEn sowie Jugendhilfeeinrichtungen öffentlicher Träger wichtige Partnerinnen und Partner der Projekte dar, gefolgt von Vereinen, Verbänden und Angeboten freier Trägerorganisationen im (Sozial-)Raum, Bildungseinrichtungen und Lehrkräften sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulsozialarbeit, von Religionsgemeinschaften, Bündnissen und Initiativen sowie diversen Netzwerken. Darüber hinaus zählen weitere Projekte, die aus dem Landesprogramm gefördert werden, sowie die Polizei zu den wichtigsten Kooperationspartnerinnen und -partnern der Projekte vor Ort.

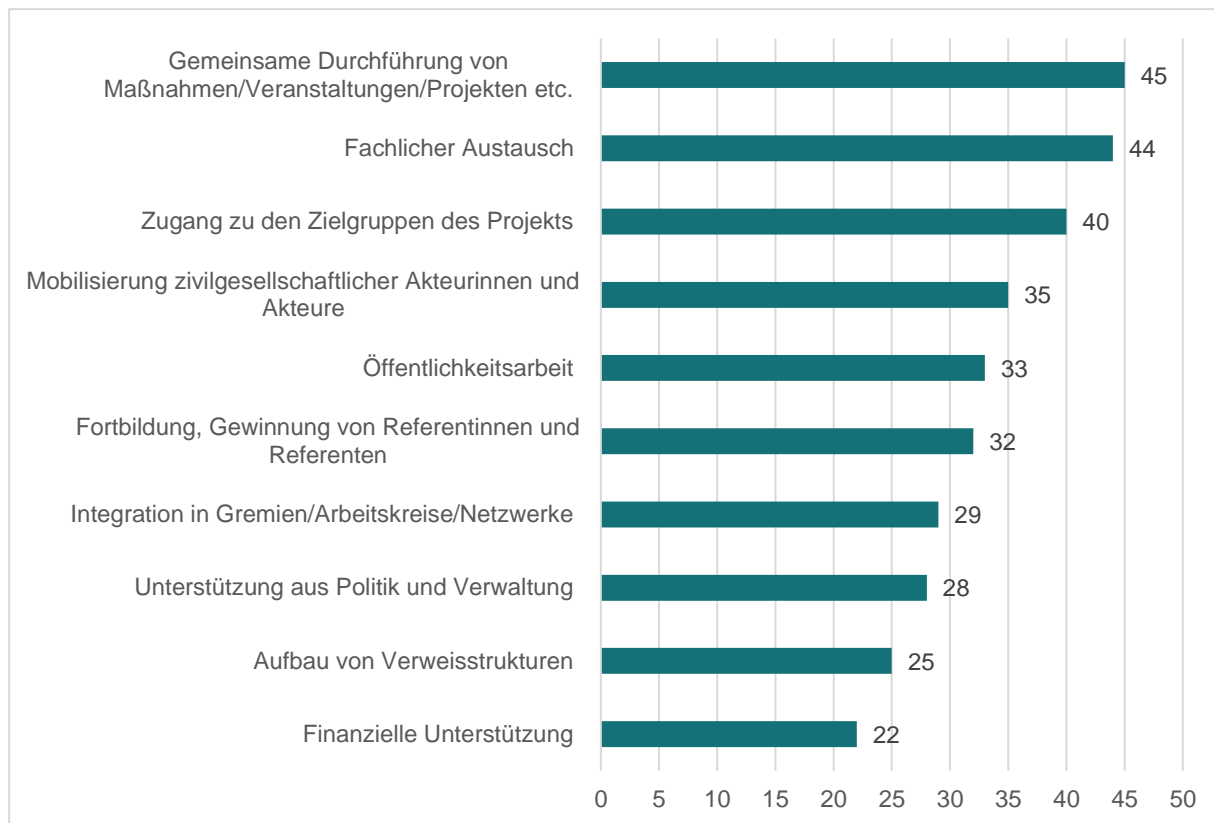
Hessenweit ist das Demokratiezentrum mit dem Beratungsnetzwerk „Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ (inklusive der Meldestelle RIAS) sehr wichtig für die Kooperation vieler Projekte. Als wichtigste Kooperationspartnerinnen und -partner wurden in der teilstandardisierten Befragung der Projektverantwortlichen das Demokratiezentrum selbst sowie dessen Letztempfänger genannt (Mobile Beratung, Opfer- und Betroffenenberatung sowie Ausstiegsberatung), gefolgt von weiteren Projekten, die aus dem Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ oder anderen Bundes- oder Landesprogrammen gefördert werden. Weitere wichtige hessenweite Netzwerkpartnerinnen und -partner sind überregional tätige Vereine und Verbände, hessenweite Netzwerke und Bündnisse (z.B. Netzwerk gegen Gewalt, AdiNet, ADiBe Netzwerk Hessen), Bildungseinrichtungen, Landesministerien und -einrichtungen (HKE, LfV) sowie Religionsgemeinschaften und die Polizei (PMK).

Auf Bundesebene zählen verschiedene Ministerien (z.B. BMFSFJ, BAFzA, BAMF), Fachstellen (z.B. Rechtsextremismus und Familie), die Bundeszentrale für politische Bildung und bundesweit tätige Bildungsträger, bundesweite Projekte (z.B. KN:IX, PrEval) und Beratungsangebote (OFEK, RIAS), verschiedene Bundesarbeitsgemeinschaften (z.B. Kirche, Ausstieg zum Einstieg), Dachverbände (z.B. Sportjugend, Schützenverband), Netzwerke (z.B. Netzwerk für Demokratie und Courage, Demokratiebildung im Kindesalter), Stiftungen (z.B. Amadeu Antonio Stiftung) zu den wichtigsten Partnerinnen und Partnern der Projekte.

## 4.2 Ziele und Bewertung der Kooperation aus Perspektive der Projekte

### Säule A und B

Fast alle Projektverantwortlichen aus Säule A und B bewerteten im Rahmen der teilstandardisierten Befragung den Stellenwert von Kooperation und Vernetzung als „sehr wichtig“ (98 Prozent, N=48). Die wichtigsten Ziele von Kooperation und Vernetzung waren demnach für rund 90 Prozent der Projekte die gemeinsame Durchführung von Maßnahmen, Veranstaltungen und Projekten (N=45), gefolgt von fachlichem Austausch (N=44). Gut vier Fünftel der Projektverantwortlichen gaben den Zugang zu den Zielgruppen als Ziel von Kooperation und Vernetzung an (N=40, vgl. Abbildung 24).

**Abbildung 24: Ziele von Kooperation und Vernetzung (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen)**

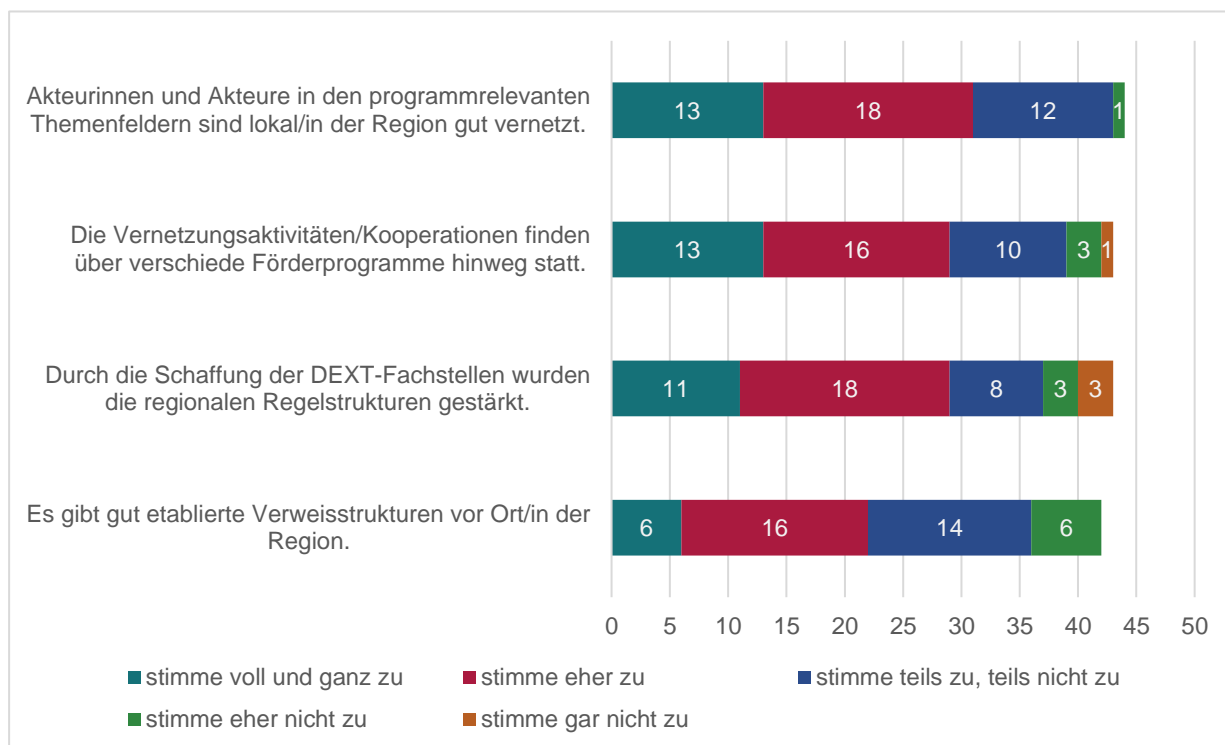
Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte Säule A und B 2022, N=49, eigene Darstellung.

Knapp zwei Drittel der Projekte aus den Säulen A und B (64 Prozent, N=30) konnten ihre vorgesehenen Kooperations- und Vernetzungsaktivitäten wie geplant umsetzen.

Hinderliche Faktoren bei der Vernetzung waren nach Angabe der Projektverantwortlichen diverse Krisen (vor allem die Corona-Pandemie), fehlende personelle Ressourcen und Überlastung sowie Kommunikationsbarrieren mit einzelnen Akteurinnen und Akteuren.

Die Bewertung der regionalen Vernetzungsstrukturen zeigte insgesamt ein eher positives Bild (vgl. Abbildung 25). Die befragten Projektverantwortlichen bekräftigten, dass Akteurinnen und Akteure in den programmrelevanten Themenfeldern lokal bzw. in der Region gut vernetzt sind (31 von 44 Projektverantwortlichen stimmten der Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu). Die Vernetzungsaktivitäten fanden zu meist über verschiedene Förderprogramme hinweg statt (29 von 43 Projektverantwortlichen stimmten dieser Aussage zu). Der Ausbau der DEXT-Fachstellen führte zudem zu einer Stärkung der regionalen Regelstrukturen (29 von 43 Projekten gaben hier eine Zustimmung an). Auch die regionalen Verweisstrukturen bewerteten circa die Hälfte der Projektverantwortlichen positiv (N=22).

**Abbildung 25: Bewertung der bestehenden Vernetzungsstrukturen vor Ort/in der Region (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte Säule A und B 2022, N=42 bis 44, eigene Darstellung.

Im Rahmen der leitfadengestützten Interviews wurde deutlich, dass es enge Verflechtungen zwischen den DEXT-Fachstellen und den lokalen PfDen gibt. Mehrfach wurden eine organisatorische Anbindung und räumliche Nähe beider Stellen hervorgehoben. „Kurze Wege“ förderten den Informationsfluss und die Zusammenarbeit zwischen den DEXT-Fachstellen und PfDen. In einigen Fällen gab es auch eine organisatorische und räumliche Anbindung mit dem WIR-Vielfaltszentrum und der bzw. dem Integrationsbeauftragten. Der regelmäßige Fachaustausch und die „kurzen Wege“ wurden positiv als Gelingensfaktoren hervorgehoben.

Die Zusammenarbeit der DEXT-Fachstellen untereinander war abhängig vom jeweiligen Entwicklungsstand und der Region, in der sie aktiv waren. Zum Beispiel starteten die DEXT-Fachstellen in einigen nordhessischen Landkreisen relativ früh, so dass sich hier bereits frühzeitig Netzwerkstrukturen untereinander etablieren konnten. Eine ähnliche Einwicklung war in Mittel-, Süd- und Osthessen zu verzeichnen. Hier hatten sich „Regionalverbünde“ mit regelmäßigen Austauschtreffen etabliert.

DEXT-Fachstellen, die früh gestartet waren, nahmen eine beratende Rolle für später gestartete DEXT-Fachstellen ein. Die DEXT-Fachstelle Pro Prävention im Landkreis Offenbach erhielt darüber hinaus eine koordinierende und vernetzende Funktion aller DEXT-Fachstellen im Landesprogramm.

Erwartungsgemäß gab es unter den Projekten des Beratungsnetzwerks Hessen eine enge Zusammenarbeit, die sich in regelmäßigen Vernetzungstreffen und etablierten Verweisstrukturen zwischen den Projekten (z.B. zwischen der Mobilen Beratung und Opferberatung sowie der Mobilen Beratung und Ausstiegsberatung), aber auch durch Verweise zu anderen Projekten (z.B. Antidiskriminierungsberatung)

ausdrückt. Auch die PFDen stellten wichtige Kooperationspartnerinnen und -partner der Projekte in Säule B dar („Türöffner in Kommunen“).

Seit der Etablierung der DEXT-Fachstellen ab dem Jahr 2020 wurde seitens der neu geschaffenen Stellen vermehrt der Kontakt zum Demokratiezentrum und dem Beratungsnetzwerk gesucht (z.B. für Fortbildungen, Anfragen zur Gewinnung von Referentinnen und Referenten, allgemeine Vernetzungsanfragen). Die Kontaktaufnahme wurde insgesamt positiv bewertet, auch wenn die Aufgabenbereiche bzw. der Zuschnitt der Aufgaben der relativ neuen DEXT-Fachstellen anfangs noch weniger klar waren, wie folgendes Zitat aus einem leitfadengestützten Interview verdeutlicht: „Die DEXT-Fachstellen sind gute Kooperationspartner. Die DEXT-Fachstellen müssen manchmal noch ihren Platz in der Landschaft finden“.

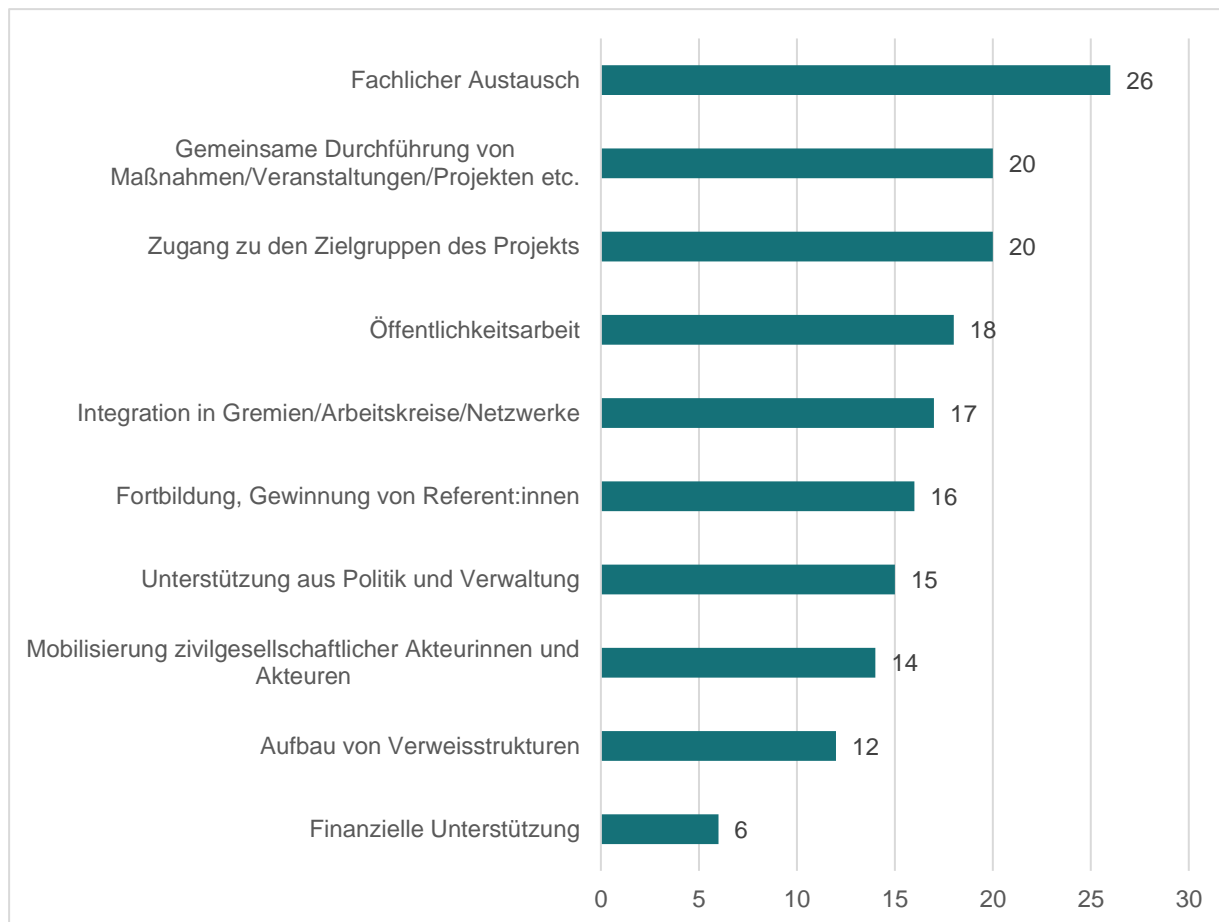
Die Netzwerkpartnerinnen und -partner der geförderten Projekte in Säule A und B bewerteten das Thema Kooperation und Vernetzung mit dem Demokratiezentrum positiv, wie folgende Zitate aus der teilstandardisierten Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner verdeutlichen:

- „Gute Netzwerktreffen von Seiten des Beratungsnetzwerks, Offenheit untereinander könnte größer sein.“
- „Die Partnerschaften für Demokratie im (...)Kreis sowie in Hessen sind dank des Demokratiezentrums sehr gut untereinander vernetzt.“

Im Bereich PMK stellen die regionalen Polizeistellen wichtige Akteure dar, zu denen es seitens der geförderten Projekte regelmäßigen Kontakt gab. Die Beziehungen zur Polizei könnten nach Einschätzung eines Interviewpartners teilweise noch ausgebaut werden, um mehr voneinander zu lernen, wie folgendes Zitat verdeutlicht: „Durch die Polizei wird bisher wenig auf uns verwiesen. Das wäre wünschenswert. In anderen Bundesländern läuft das teilweise anders. Wir sind aber derzeit im Kontaktausbau“.

### **Säule C bis E**

Auch die große Mehrheit der Projekte aus den Säulen C bis E bewerteten den Stellenwert von Kooperation und Vernetzung als „sehr wichtig“ für die Umsetzung der Projektaktivitäten (89 Prozent, N=25). Das wichtigste Ziel von Kooperation und Vernetzung war für fast alle Projektverantwortlichen der fachliche Austausch (vgl. Abbildung 26). Gut zwei Drittel der Projektverantwortlichen nannten darüber hinaus die gemeinsame Durchführung von Maßnahmen, Veranstaltungen und Projekten sowie den Zugang zu den Zielgruppen des Projekts als Ziele der Zusammenarbeit (N=20).

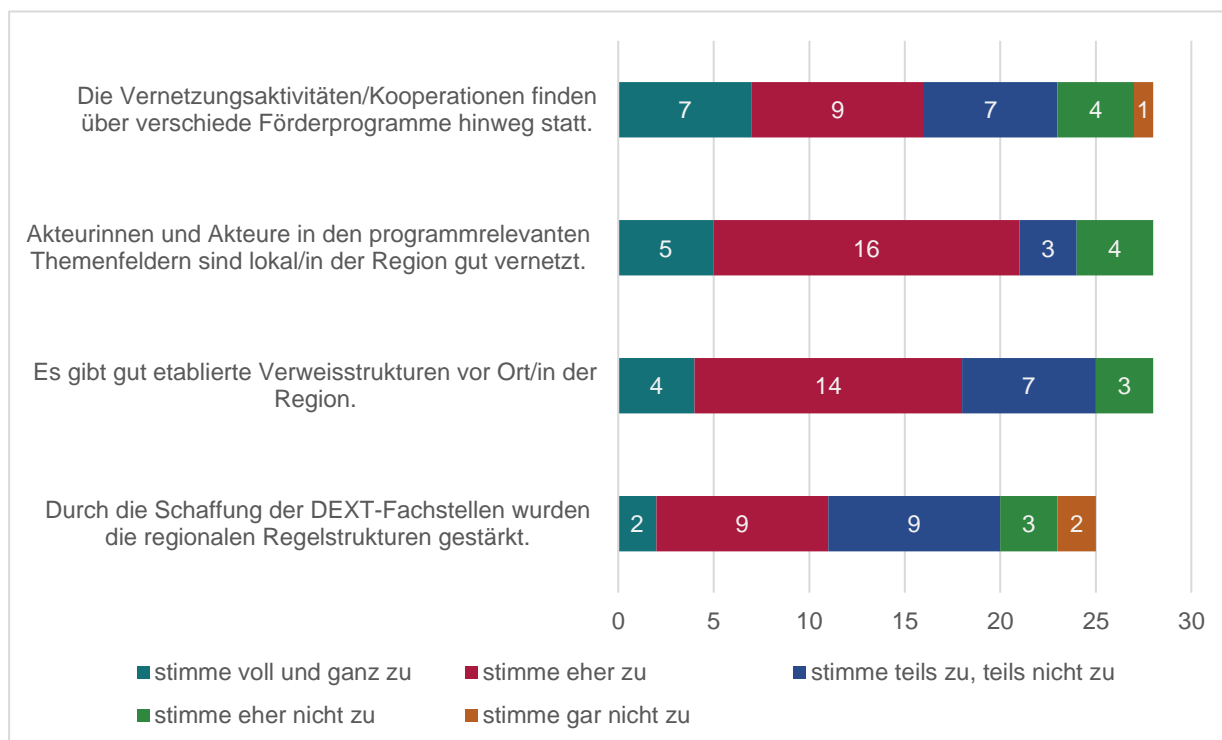
**Abbildung 26: Ziele von Kooperation und Vernetzung (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen)**

Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte Säule C, D und E 2023, N=28, eigene Darstellung.

Die Bewertung der regionalen Vernetzungsstrukturen seitens der Projektverantwortlichen zeigte erneut ein insgesamt eher positives Bild (vgl. Abbildung 27).

Die Akteurinnen und Akteure in programmrelevanten Themenfeldern waren lokal bzw. in der Region gut vernetzt (21 von 28 Projektverantwortlichen stimmten dieser Aussage „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu). Zudem gab mehr als die Hälfte an, dass es gut etablierte Verweisstrukturen vor Ort bzw. in der Region gab (18 von 28 Projektverantwortlichen stimmten der Aussage „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu). Sie bekräftigten zudem, dass die Vernetzungsaktivitäten und Kooperationen über verschiedene Förderprogramme hinweg stattfanden (16 von 28 Projektverantwortlichen stimmten der Aussage „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu). Indifferent bewerteten die Projektverantwortlichen aus Säule C bis E dagegen, dass der Ausbau der DEXT-Fachstellen zu einer Stärkung der regionalen Regelstrukturen führte. Dieser Aussage stimmten elf von 25 befragten Projektverantwortlichen zu, neun stimmten teils zu, teils nicht zu. Fünf Projektverantwortliche stimmten dieser Aussage (eher) nicht zu.

**Abbildung 27: Bewertung der bestehenden Vernetzungsstrukturen vor Ort/in der Region (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte Säule C, D und E 2023, N=25 bis N=28, eigene Darstellung.

### Säulenübergreifende Betrachtung

Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf Kooperation und Vernetzung wurden von den Projektverantwortlichen aller Säulen in folgenden Bereichen gesehen:

- Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten mit zivilgesellschaftlichen (lokalen) Akteurinnen und Akteuren,
- Nutzung und Ausbau bestehender Strukturen (Stärkung und Intensivierung der Vernetzung und Zusammenarbeit v.a. zwischen den DEXT-Fachstellen und PfDen, Verbesserung der Verweisorganisation, intensiverer Austausch/Informationsfluss von Polizei bzw. PMK-Beauftragten zu Stellen vor Ort),
- Förderung der Integration neuer Akteurinnen und Akteure in bestehende Netzwerke,
- Unterstützung (förderprogramm)übergreifender regionaler Vernetzung sowie
- Intensivierung des fachlichen Austausches.

In der teilstandardisierten Befragung der Projektverantwortlichen wurde zudem kritisch angemerkt, dass Akteurinnen und Akteure vor Ort oftmals keine Aktivitäten bzw. Kooperationsbeziehungen über die Grenzen der Stadt bzw. Gemeinde hinaus planen oder durchführen. Hier wurde auch der Wunsch für eine

„Etablierung eines Formates, bei welchem alle Präventionsträger der Kommune (zivilgesellschaftlich oder staatlich) teilnehmen und gemeinsam an einer Strategieausrichtung der kommunalen Extremismusprävention arbeiten, welche dann als Empfehlung an die Politik weitergeleitet wird“, geäußert. In anderen Regionen gab es dagegen bereits vergleichbare Formate wie folgendes Zitat verdeutlicht:

„Hier in der Stadt bzw. im Landkreis sind wir bereits (auch durch Vorgänger Programme) sehr gut vernetzt. Monatlich findet ein Netzwerktreffen statt, wo beteiligte Akteure aus der gesamten Region teilnehmen. Darunter Vertreter von geförderten Projekten der ansässigen PfDen, DEXT-Fachstellen, interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der Zivilgesellschaft und Amtspersonen wie Bürgermeister und erste Kreisbeigeordnete. Unser Ziel ist es daher, dieses Netzwerk weiter auszubauen und neue Akteure zu gewinnen.“

Die Befragung der DEXT-Fachstellen und PfDen ergab darüber hinaus ein großes Interesse nach mehr Austausch und Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Strukturen, wie folgende Aussage aus der teilstandardisierten Befragung verdeutlicht:

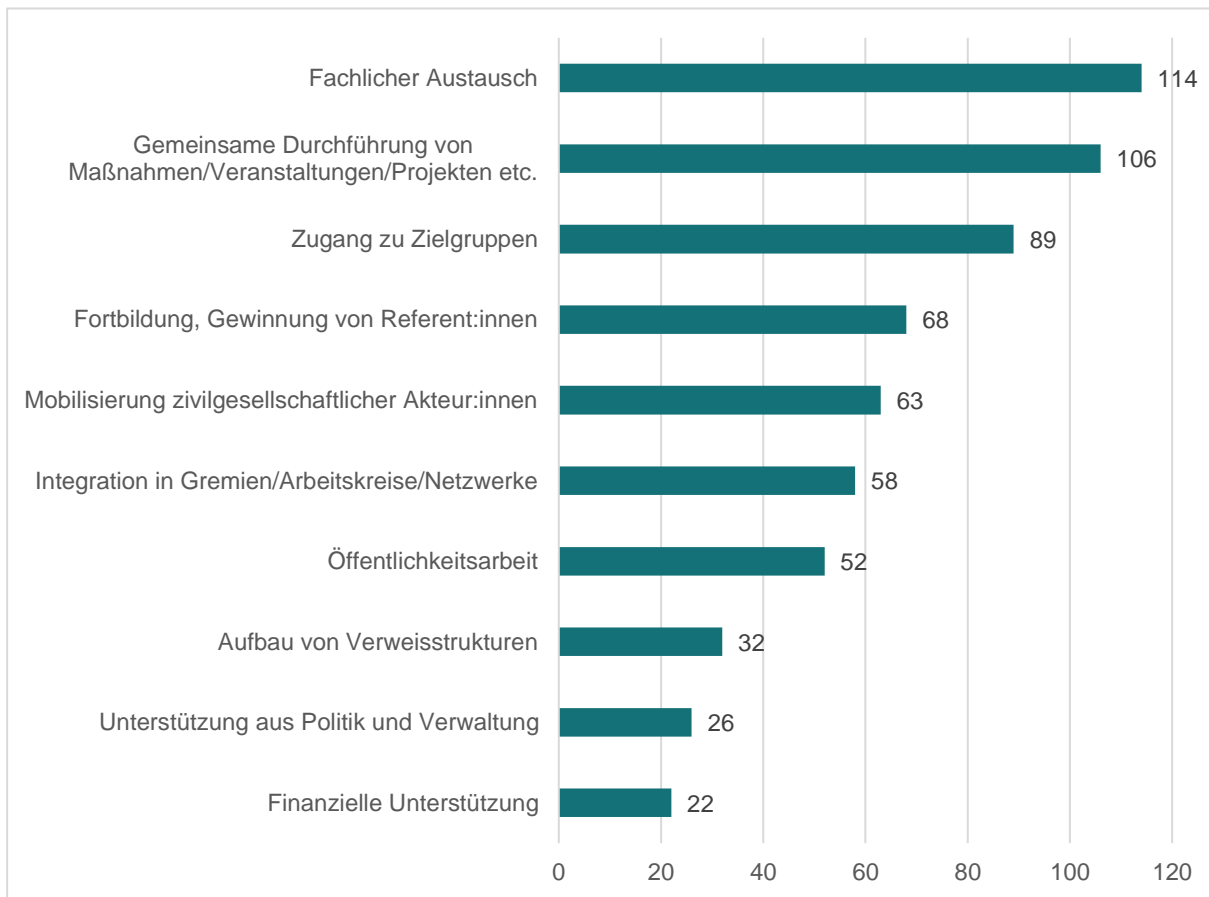
„Bundesprogramm und Landesprogramm müssen dafür sorgen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Arbeit der DEXT-Fachstelle und die der PfD Hand in Hand gehen können. Wir müssen uns in der Arbeit vor Ort und mit unseren Maßnahmen und Veranstaltungen gegenseitig ergänzen und gegebenenfalls auch bestimmte Arbeitsfelder gemeinsam bearbeiten“.

### **4.3 Ziele und Bewertung der Kooperation aus Perspektive der Netzwerkpartnerinnen und -partner**

Für eine multiperspektivische Betrachtung wurde im Rahmen der Evaluation auch die Einschätzung der regionalen Netzwerkpartnerinnen und -partner eingeholt.

Die Online-Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner der Projekte aus den Säulen A bis E ergab, dass die Angebote der aus dem Landesprogramm geförderten Projekte in der Regel in den jeweiligen Regionen bekannt waren und sich diverse Formen der Zusammenarbeit etabliert hatten. Die Ziele der Kooperation unterschieden sich nicht merklich von denen der Projektverantwortlichen (vgl. Abbildung 28). Auch hier standen der fachliche Austausch und die Durchführung von Maßnahmen und Veranstaltungen sowie Projekten an erster Stelle. Darüber hinaus sollte der Zugang zu Zielgruppen und die Fortbildung sowie Gewinnung von Referentinnen und Referenten und die Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gefördert werden. Weitere Ziele der Zusammenarbeit waren: Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, Aufbau von Verweisstrukturen, Unterstützung aus Politik und Verwaltung, finanzielle Unterstützung und sonstige Ziele (z.B. Forschung und Bildung).

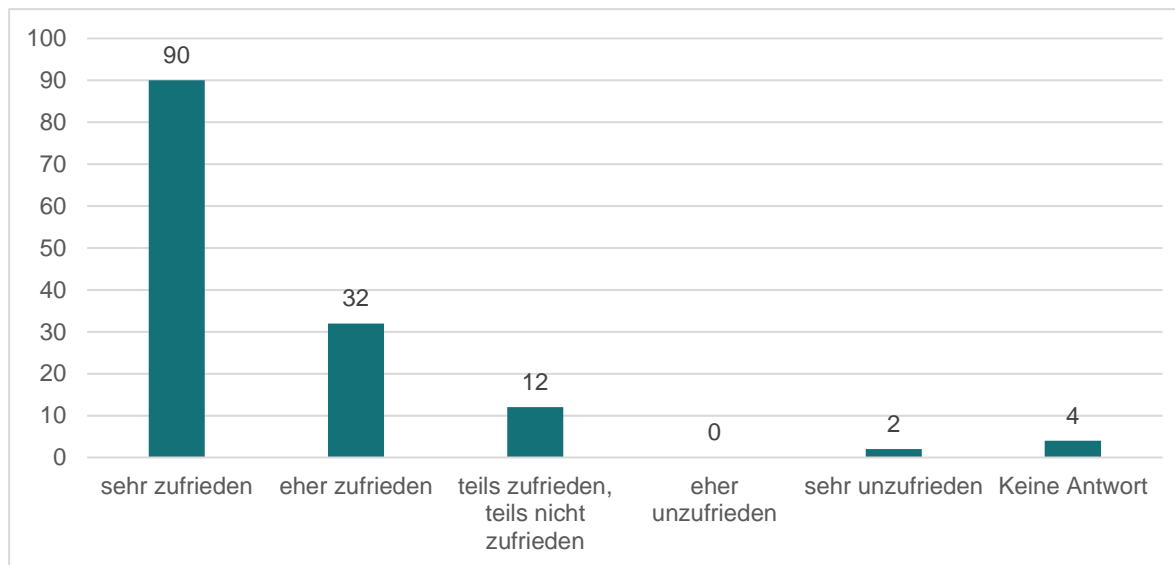
**Abbildung 28: Ziele der Kooperation und Vernetzung der Netzwerkpartnerinnen und -partner (Mehrfachnennungen, absolute Zahlen)**



Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner Säule A bis E 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

Die Erreichung dieser Ziele wurde durchgehend positiv bewertet (vgl. Abbildung 29): Mehrheitlich waren die Netzwerkpartnerinnen und -partner „sehr zufrieden“ (N=90) oder „eher zufrieden“ (N=31) mit der Zielerreichung der Zusammenarbeit. Ein ähnlich positives Bild zeigte sich für die Zusammenarbeit mit den Projekten insgesamt (66 Prozent sind „sehr zufrieden“, 24 Prozent „eher zufrieden“).



**Abbildung 29: Zufriedenheit der Zielerreichung der Zusammenarbeit (absolute Zahlen)**

Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner Säule A bis E 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

Als Gelingensbedingungen für Kooperation und Vernetzung wurden von den Netzwerkpartnerinnen und -partnern primär folgende Aspekte genannt: „Kurze Wege bei Fragen oder Projektideen“, „langjährige (persönliche) Kontakte“, „regelmäßiger (kollegialer) fachlicher Austausch und Verweisberatung“.

Herausforderungen und Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich regionaler Kooperation und Vernetzung mit den Projekten der Säule A und B wurden von den Netzwerkpartnerinnen und -partnern in diesen Bereichen gesehen:

- Regelmäßige Austauschformate/Treffen in der Region,
- Klärung von Aufgaben und Rollen einzelner Akteurinnen und Akteure (z.B. zwischen DEXT-Fachstellen und PfdEn),
- Vermeidung von Parallelstrukturen,
- Stärkung bestehender und neuer Projekte.

Hilfreich wäre für die Netzwerkpartnerinnen und -partner auch eine Übersicht der Angebote regionaler Akteurinnen und Akteure („eine übersichtliche Datenbank mit Ansprechpersonen nach Themengebiet“, „generell könnte ein Überblick geschaffen werden, wie die DEXT-Stellen für die Kommunen zur Zusammenarbeit zur Verfügung stehen“).

Tiefere Erkenntnisse zu Herausforderungen und Erfolgsfaktoren regionaler Kooperation und Vernetzung finden sich im folgenden Abschnitt zu den regionalen Fallstudien in fünf ausgewählten Regionen.

#### 4.4 Regionale Präventionslandschaften

Die Fallstudien verfolgten das Ziel, die Vernetzung und Verzahnung der geförderten Projekte aller fünf Säulen mit anderen Angeboten und Akteurinnen und Akteuren im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention in verschiedenen Regionen vertiefend zu analysieren. Um dieses Zusammenspiel unterschiedlichster Träger und Akteurinnen und Akteure zur Ausgestaltung „regionaler Präventionslandschaften“ zu untersuchen, wurden Fokusgruppeninterviews mit den in den ausgewählten Städten und

Landkreisen tätigen Akteurinnen und Akteuren geführt. Als Untersuchungsregionen wurden drei Landkreise (Darmstadt-Dieburg, Lahn-Dill-Kreis, Schwalm-Eder-Kreis) und zwei Städte (Frankfurt am Main, Kassel) ausgewählt.<sup>36</sup>

Laut Monitoring sind im Lahn-Dill-Kreis elf Projekte aus dem Landesprogramm aktiv (inklusive der Sonderstatus-Stadt Wetzlar mit fünf Projekten<sup>37</sup>), im Schwalm-Eder-Kreis sechs und im Kreis Darmstadt-Dieburg vier. In der kreisfreien Stadt Frankfurt sind zwölf geförderte Projekte und in Kassel sechs Projekte aktiv.

### **Beschreibung der fünf Fallstudien**

Die drei untersuchten Landkreise Darmstadt-Dieburg, Lahn-Dill und Schwalm-Eder sind Flächenlandkreise und haben zwischen 23 und 27 Gemeinden mit bis zu 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie verteilen sich auf Süd-, Mittel- und Nordhessen. In allen drei Landkreisen ist Rechtsextremismus eine zentrale Herausforderung, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen. Darüber hinaus stellen Rassismus, Antisemitismus und sog. Reichsbürgerinnen und -bürger Herausforderungen in den Regionen dar. Im Unterschied zu den kreisfreien Städten gibt es in der ländlichen Region der drei Landkreise weniger Angebote und Strukturen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. Oft wird auf Angebote zurückgegriffen, die in den angrenzenden Städten vorhanden sind, oder Projekte agieren überregional und können daher auch in den Landkreisen wahrgenommen und angefragt werden.

Besonders hervorzuheben ist das im Lahn-Dill Kreis im Jahr 2021 gegründete „Haus der Prävention“, das als regionales Kompetenzzentrum für Demokratieförderung und Prävention zu verstehen ist.

Die kreisfreie Stadt Frankfurt am Main liegt in Südhessen und ist mit ihren circa 800.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Stadt Hessens. Im Ballungsraum Frankfurt leben mehr als 2,3 Millionen Menschen. Frankfurt ist internationaler Finanzplatz, „Bankenmetropole“, Messestadt, internationaler Verkehrsknotenpunkt und Sitz der Europäischen Zentralbank. Die Stadt gilt als weltoffen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund.

Die kreisfreie Stadt Kassel ist die einzige Großstadt in Nordhessen und mit circa 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nach Frankfurt am Main und Wiesbaden die drittgrößte Stadt im Land. Die beiden Städte unterscheiden sich nicht nur in Größe und Lage, sondern insbesondere hinsichtlich der Phänomenbereiche, die in den Großstädten auftreten. In Frankfurt sind nach Aussage der Interviewpartnerinnen und -partner so gut wie alle Phänomenbereiche von religiös begründetem Extremismus bis hin zu Rechtsextremismus vertreten, wobei Rechtsextremismus eine eher geringere Rolle spielt. Bedeutend auffälliger wird eine Zunahme von Alltags- und struktureller Diskriminierung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen. In Kassel hingegen konzentriert sich die Akteurslandschaft nicht zuletzt wegen des rechtsterroristischen Mordes an Halit Yozgat durch den NSU im Jahr 2006, des Messerangriffs auf einen Geflüchteten im Jahr 2016 in Kassel-Lohfelden und des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübke durch einen Rechtsextremisten im Jahr 2019 auf zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus und haben der Einrichtung einer DEXT-Fachstelle und einer Pfd Vorschub geleistet. Des Weiteren ist in jüngster Zeit eine Zunahme im Themenfeld Homophobie und Queerfeindlichkeit festzustellen.

---

<sup>36</sup> Eine detaillierte Beschreibung der fünf Fallstudien findet sich in Huth et al. 2023.

<sup>37</sup> Der Sonderstatus ermöglicht der Stadt, die gleichen Fördermittel zu beantragen wie der Landkreis, so dass zwei DEXT-Fachstellen in der Region vorhanden sind (Stadt Wetzlar und Landkreis).

Strukturell geht man in Frankfurt und im Schwalm-Eder-Kreis einen ähnlichen Weg, DEXT-Fachstelle und die PfD sind bei dem gleichen Amt bzw. beim Kreis angesiedelt. In Darmstadt-Dieburg und in Kassel sind die Stellen hingegen bei unterschiedlichen Trägern angesiedelt.

## **Herausforderungen**

Eine Herausforderung stellen die häufig unbesetzten DEXT-Fachstellen und Fach- und Koordinierungsstellen der PfDen dar. Dadurch gestaltet sich der Austausch und die Zusammenarbeit der regionalen Akteurinnen und Akteure herausfordernder als geplant. Zentrale Kooperationspartnerinnen und -partner, die eine vernetzende Funktion übernehmen, fehlen. Mehr Austausch sowie eine bessere Abstimmung zwischen den Aufgabengebieten der DEXT-Fachstellen und der PfDen würde, dies wurde im Rahmen der Fallstudien deutlich, die Handlungsfähigkeit dieser Stellen erhöhen und somit die Wirkungsfähigkeit der regionalen Demokratieförderung und Extremismusprävention stärken. Noch weiter geht ein geäußelter Vorschlag, der eine strikte Abgrenzung vorsieht, sodass sich die DEXT-Fachstellen vermehrt auf die Arbeit nach „innen“ konzentrieren (z.B. Angebote für Behörden- und Verwaltungsmitarbeitende gestalten), während die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vornehmlich den PfDen überlassen wäre.

Weitere Herausforderungen und Optimierungsbedarfe werden insbesondere in den Strukturen gesehen, vor allem in Schulen und Behörden sowie bei der Zusammenarbeit mit der Polizei. Um die Präventionslandschaften zu stärken, müssten mehr strukturelle Antworten auf strukturelle Probleme gefunden werden, wie beispielsweise Antidiskriminierungsbeauftragte an Schulen. Die einzelnen Projekte seien sehr wichtig, aber es sei eine Aufgabe von Politik und Verwaltung, zusammen mit der Zivilgesellschaft nachzudenken, wie man die Strukturen stärken könnte. Im Gegensatz zu den Städten wurden in den Landkreisen als generelle Herausforderung „lange Wege“ sowie die Schwierigkeit der Erreichung der ländlichen Räume hervorgehoben, hier gäbe es kaum Angebote in der Präventionslandschaft und es stellt sich als Herausforderung dar, Kontakte und verlässliche Kooperationen mit Vereinen und Schulen aufzubauen.

## **Erfolgsfaktoren**

Als Erfolgsfaktor zur Ausgestaltung regionaler Präventionslandschaften wird die Bündelung von Präventionsangeboten an einem Ort deutlich. Die räumliche Nähe erleichtert die Zusammenarbeit, die Weitergabe von Informationen und Wissen, die Aufgabenteilung und Rollenklärung (z.B. zwischen der jeweiligen DEXT-Fachstelle und der PfD). In den Städten wird zudem ein Bedarf an Austausch deutlich, um sich gegenseitig besser zu informieren und einer mit der Fülle der Angebote einhergehenden Unübersichtlichkeit entgegenzuwirken. Derart können Synergieeffekte (z.B. bei der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen) besser genutzt und Parallelangebote bzw. fehlende Kenntnis über die Angebote anderer Akteurinnen und Akteure vermieden werden.

Als ein weiterer Erfolgsfaktor wurde die Förderstruktur genannt. Ist die Förderung gesichert, bleiben Fachkräfte erhalten und sorgen für die notwendige Kontinuität im Themenfeld. Gleiches gilt für die Projektarbeit. (Sozialräumliche) Angebote von Trägerorganisationen sind dann erfolgreich, wenn sie bereits über mehrere Jahre am Standort angesiedelt sind und Vertrauen bei der ansässigen Bevölkerung aufgebaut haben (z.B. zu migrantischen Communities).

Darüber hinaus wurde deutlich, dass insbesondere in den Landkreisen eine spürbare Unterstützung, Anerkennung und Wertschätzung der Präventionsangebote durch die Kreisverwaltung und durch den Landrat selbst von großer Bedeutung ist. Auch die Unterstützung durch die Politik stellt somit einen zentralen Erfolgsfaktor dar.

Die Interviewpartnerinnen und -partner waren auch hier der Auffassung, dass auf lange Sicht strukturgebende Maßnahmen erfolgsversprechender sind, als punktuelle Aktivitäten, bspw. Informationsveranstaltungen.

Positiv ist zudem hervorzuheben, dass im Land-Dill-Kreis, der an andere Bundesländer angrenzt, bundesland- und förderprogrammübergreifende Kooperationen mit Akteurinnen und Akteuren aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aufgebaut werden konnten. Die Steuerung erfolgt durch das Demokratiezentrum. In der Lenkungsgruppe sind verschiedene DEXT-Fachstellen, PfDen und mobile Beratungsteams aus der Region vertreten.

## **Zusammenfassung**

Im Ergebnis zeigen die regionalen Fallstudien die große Bedeutung und gleichzeitig den weiterhin großen Bedarf an Austausch und Vernetzung der ansässigen Träger von Angeboten zur Demokratieförderung und Extremismusprävention in den Regionen, um die Entwicklung regionaler Präventionslandschaften zu stärken, auch wenn die schlechte Erreichbarkeit von ländlichen Räumen und fehlende Kooperationspartnerinnen und -partner vor Ort insbesondere in den Flächenlandkreisen eine bleibende Herausforderung darstellen.

Darüber hinaus wurde die Bedeutung einer besseren Rollen- und Aufgabeklä rung sowie einer Nutzung von Synergieeffekten sowohl zwischen den DEXT-Fachstellen und den PfDen (wenn vorhanden) sowie zwischen diesen und weiteren zivilgesellschaftlichen Trägern von Demokratieförder- und Extremismuspräventionsangeboten deutlich. Dabei werden die Aufgabenteilung und Zusammenarbeit z.B. durch räumliche und strukturelle Nähe begünstigt. Die PfDen als „Türöffner in den Kommunen“ sowie deren Aktivitäten ebenso wie die Aktivitäten der geförderten Einzelprojekte könnten zudem strukturell besser angebunden und gestärkt sowie (politisch) besser unterstützt werden.

## **5 Ergebnisse und Wirkungen der Projekte**

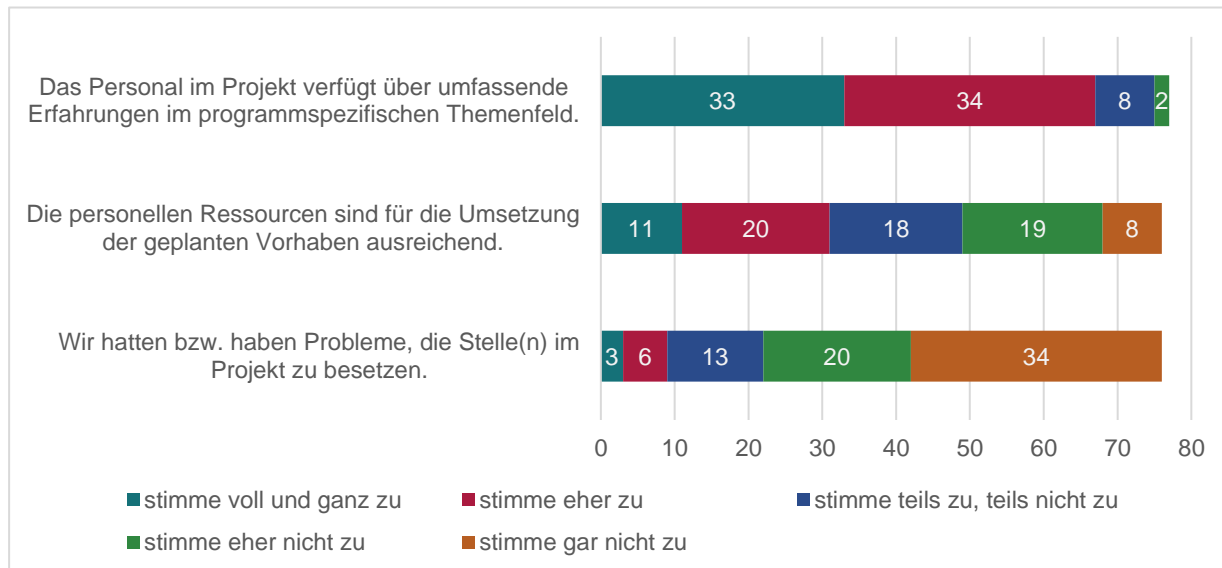
### **5.1 Herausforderungen und Gelingensfaktoren**

Um die Herausforderungen und Gelingensfaktoren bei der Umsetzung darzustellen, wurden die Projekte zunächst zu ihrer Personalsituation befragt. Sie sollten angeben, ob sie (a) Probleme hatten bzw. haben, die Stelle(n) zu besetzen, (b) ob das Personal im Projekt über umfassende Erfahrungen im programmspezifischen Themenfeld verfügt und (c) ob die personellen Ressourcen für die Umsetzung der geplanten Vorhaben ausreichend waren.

In der teilstandardisierten Befragung war die überwiegende Mehrheit der Projektverantwortlichen der Meinung, keine Probleme gehabt zu haben bzw. zu haben, die Stelle(n) zu besetzen, wobei dies auf 34 Projekte „gar nicht“ und auf 20 Projekte „eher nicht“ zutraf (vgl. Abbildung 30). Es zeigte sich auch, dass das Personal mehrheitlich über umfassende Erfahrungen verfügte (N=33 „stimme voll und ganz zu“, N=34 „stimme eher zu“). Was den Einsatz personeller Ressourcen angeht, waren die Einschätzungen

dagegen sehr unterschiedlich. Während 31 Projektverantwortliche „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen, ausreichend personelle Ressourcen gehabt zu haben, stimmten 19 Projektverantwortliche „eher nicht“ sowie acht Projektverantwortliche „gar nicht“ zu.

**Abbildung 30: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Personalsituation (absolute Zahlen)**

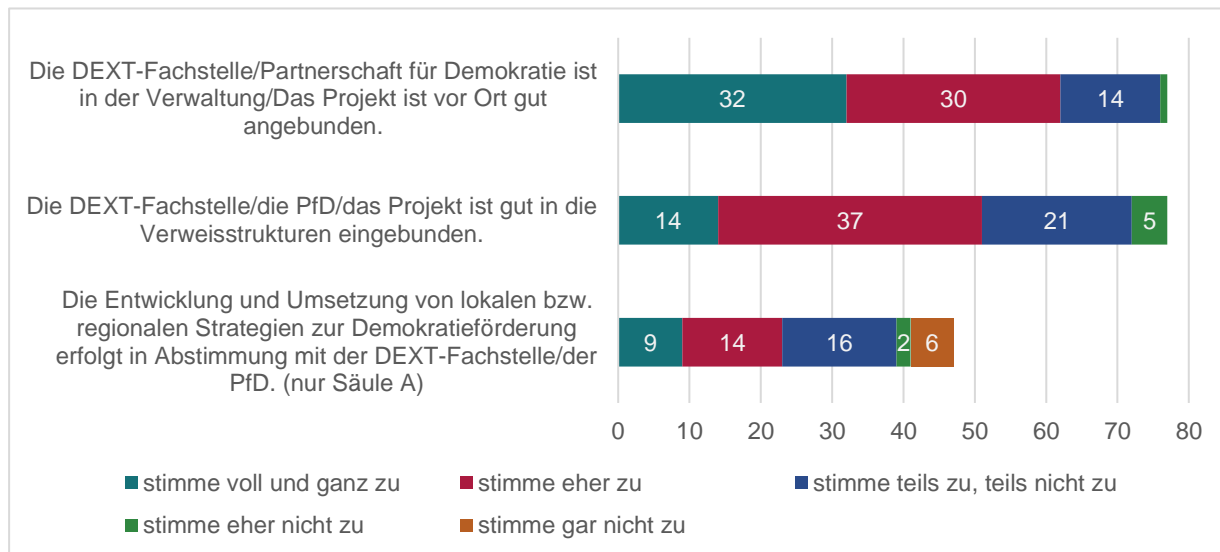


Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=76 bis 77, eigene Darstellung.

Für die weitere Ermittlung von Herausforderungen und Gelingensfaktoren wurden die Projektverantwortlichen nach ihrer Einschätzung zur Anbindung der Projekte gefragt. Dabei sollten sie (a) die Anbindung in der Verwaltung (DEXT) bzw. vor Ort (PfD), (b) die Einbindung des Projekts in die Verweisstrukturen und (c) die Abstimmung der PfD mit der DEXT-Fachstelle bzw. der DEXT-Fachstelle mit der jeweiligen PfD bezüglich der Entwicklung und Umsetzung lokaler bzw. regionaler Strategien zur Demokratieförderung bewerten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Anbindung in der Verwaltung bzw. vor Ort aus Sicht der Projektverantwortlichen überwiegend gut gelungen ist (N=62 „voll und ganz“, bzw. „eher“, vgl. Abbildung 31). Der größte Teil stimmte zu, dass die Projekte gut in die Verweisstrukturen eingebunden waren (N=51 „voll und ganz“ bzw. „eher“), weiterhin bewertete ein großer Anteil der Projektverantwortlichen dies mit „teils/teils“ (N=14). Ähnlich verhielt es sich mit der Einschätzung, dass die Entwicklung und Umsetzung von lokalen bzw. regionalen Strategien zur Demokratieförderung in Abstimmung mit der jeweiligen DEXT-Fachstelle bzw. der PfD erfolgt (nur Säule A; N=23 „voll und ganz“ bzw. „eher“), wobei acht Projektverantwortliche dem auch „eher nicht“ bzw. „gar nicht“ zustimmten.

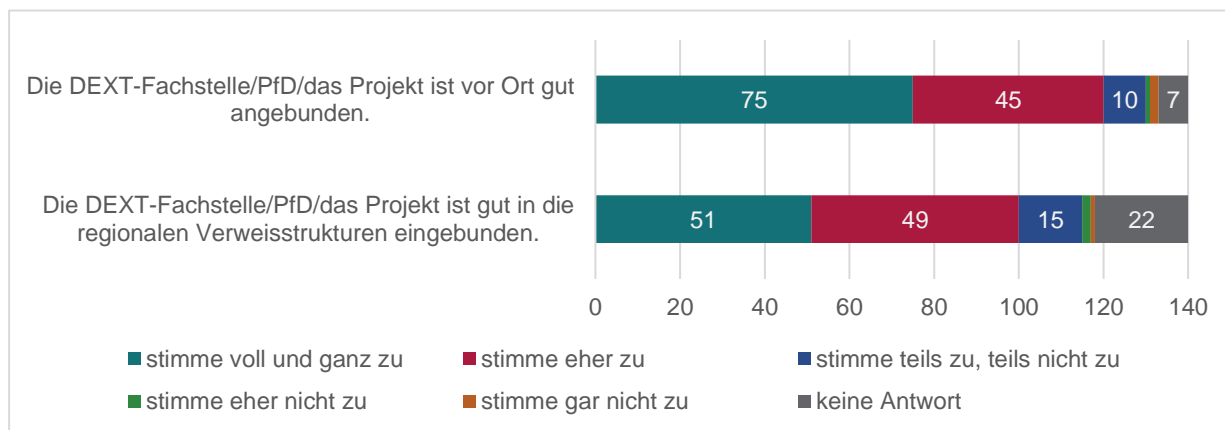
**Abbildung 31: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Anbindung des Projekts (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=47 (nur Säule A) bzw. 77, eigene Darstellung.

Auch die Befragung der lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partner der Projekte ergab ein positives Bild hinsichtlich der regionalen Anbindung der Projekte (vgl. Abbildung 32).<sup>38</sup> Die weit überwiegende Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass die Projekte vor Ort gut angebunden (N= 120 „voll und ganz“ bzw. „eher“) und auch gut in die regionalen Verweisstrukturen eingebunden sind (N=100 „voll und ganz“ bzw. „eher“).

**Abbildung 32: Beurteilung der Anbindung des Projekts durch Netzwerkpartnerinnen und -partner (absolute Zahlen)**



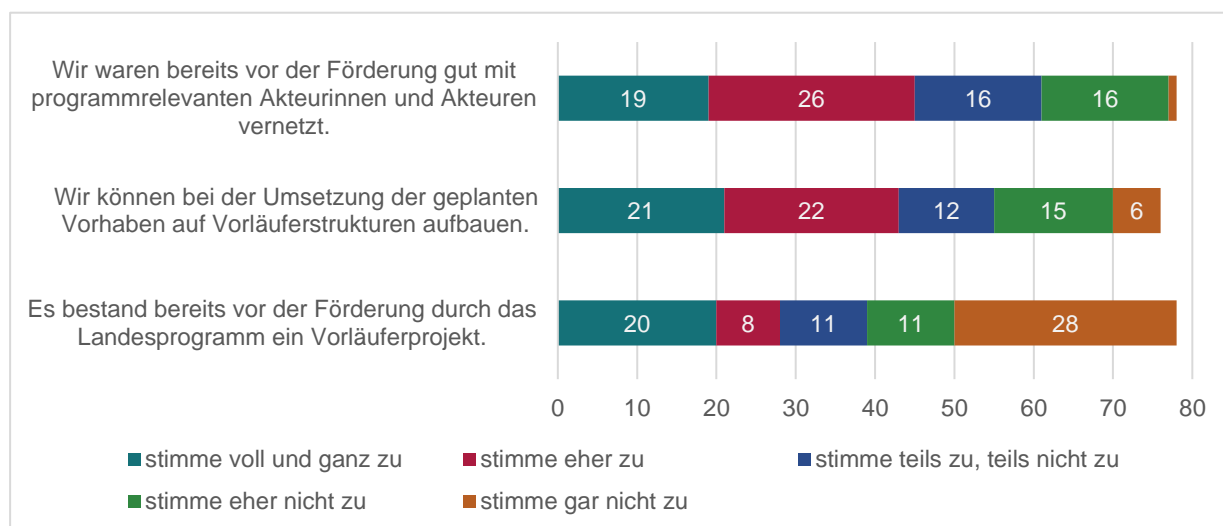
Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

<sup>38</sup> Hier ist zu berücksichtigen, dass die Projektverantwortlichen eine Selbstauswahl der Netzwerkpartnerinnen und -partner getroffen haben, die zur Befragung eingeladen wurden. Die Ergebnisse sind vor diesem Hintergrund zu interpretieren.

Mit Blick auf Vorläuferprojekte bzw. -strukturen sollten die Befragten Aussagen dazu treffen, (a) ob bereits vor der Förderung durch das Landesprogramm ein Vorläuferprojekt bestand, (b) ob sie bei der Umsetzung der geplanten Vorhaben auf Vorläuferstrukturen aufbauen können und (c) ob sie bereits vor der Förderung gut mit programmrelevanten Akteurinnen und Akteuren vernetzt waren.

Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Projekte bereits vor der Förderung durch das Landesprogramm gut mit programmrelevanten Akteurinnen und Akteuren vernetzt waren (N=45 von 78 stimmten dieser Aussage „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu) (vgl. Abbildung 33). Weiterhin wurde deutlich, dass mehrheitlich zwar keine Vorläuferprojekte bestanden, mehr als die Hälfte der Projekte bei der Umsetzung der Vorhaben jedoch auf Vorläuferstrukturen aufbauen konnte. Weder auf Vorläuferprojekte noch auf Vorläuferstrukturen konnten v.a. die DEXT-Fachstellen zurückgreifen, die im Rahmen des Landesprogramms neu eingerichtet wurden. Die PfdEn und die geförderten Projekte in Säulen B bis E verzeichneten dagegen häufiger Vorläuferprojekte und -strukturen. In der Gesamtbetrachtung bestand in 28 von 78 Fällen bereits vor der Förderung („voll und ganz“ oder „eher“) ein Vorläuferprojekt, in 39 Fällen war dies nicht der Fall. 43 Projekte konnten zudem auf vorherigen Strukturen aufbauen, während 21 Projekte dies „eher nicht“ bzw. „gar nicht“ konnten.

**Abbildung 33: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Vorläuferprojekte/-strukturen (absolute Zahlen)**



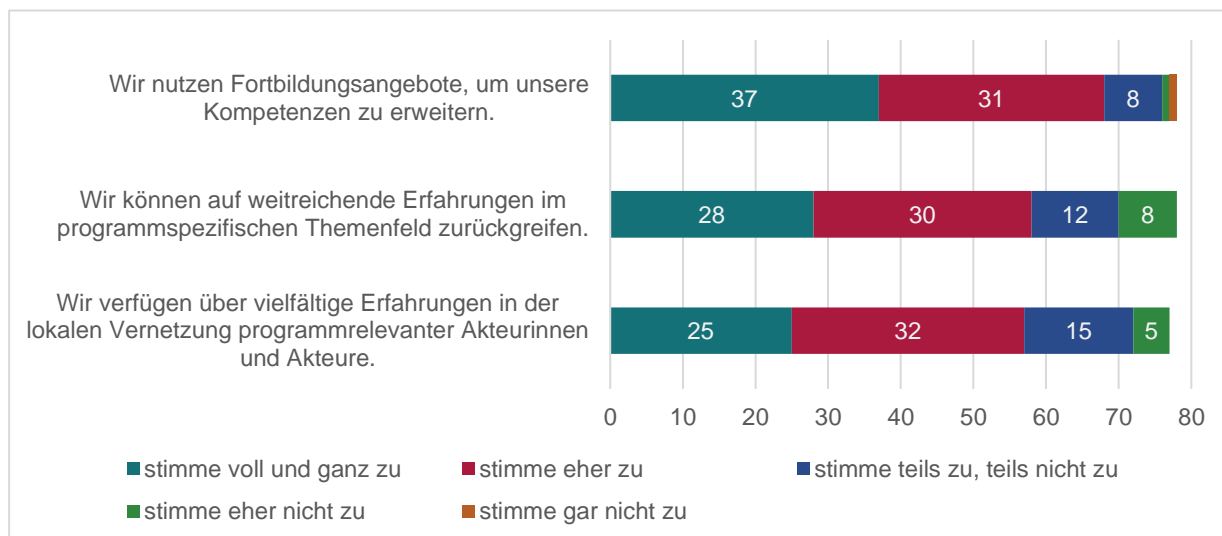
Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=76 bis 78, eigene Darstellung.

Für die Erfassung der Erfahrungen und Kompetenzen sollten die Projektverantwortlichen bewerten, (a) ob sie auf weitreichende Erfahrungen im programmspezifischen Themenfeld zurückgreifen konnten. Darüber hinaus sollten sie eine Aussage treffen, (b) inwieweit sie Fortbildungsangebote nutzten, um die Kompetenzen zu erweitern. Schließlich sollte angegeben werden, (c) inwieweit sie über vielfältige Erfahrungen in der lokalen Vernetzung programmrelevanter Akteurinnen und Akteuren verfügten.

Abbildung 34 zeigt, dass zu allen drei Aussagen eine mehrheitliche Zustimmung vorlag. 58 Projektverantwortliche meinten, „voll und ganz“ bzw. „eher“, auf weitreichende Erfahrungen im programmspezifischen Themenfeld zurückgreifen zu können. Fast ebenso viele Projekte (N=57) verfügten über vielfältige Erfahrungen in der lokalen Vernetzung durch programmspezifische Akteurinnen und Akteure. Beinahe

90 Prozent der Projektverantwortlichen (N=68) gaben an, Fortbildungen zu nutzen, um Kompetenzen zu erweitern.

**Abbildung 34: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Erfahrungen und Kompetenzen (absolute Zahlen)**



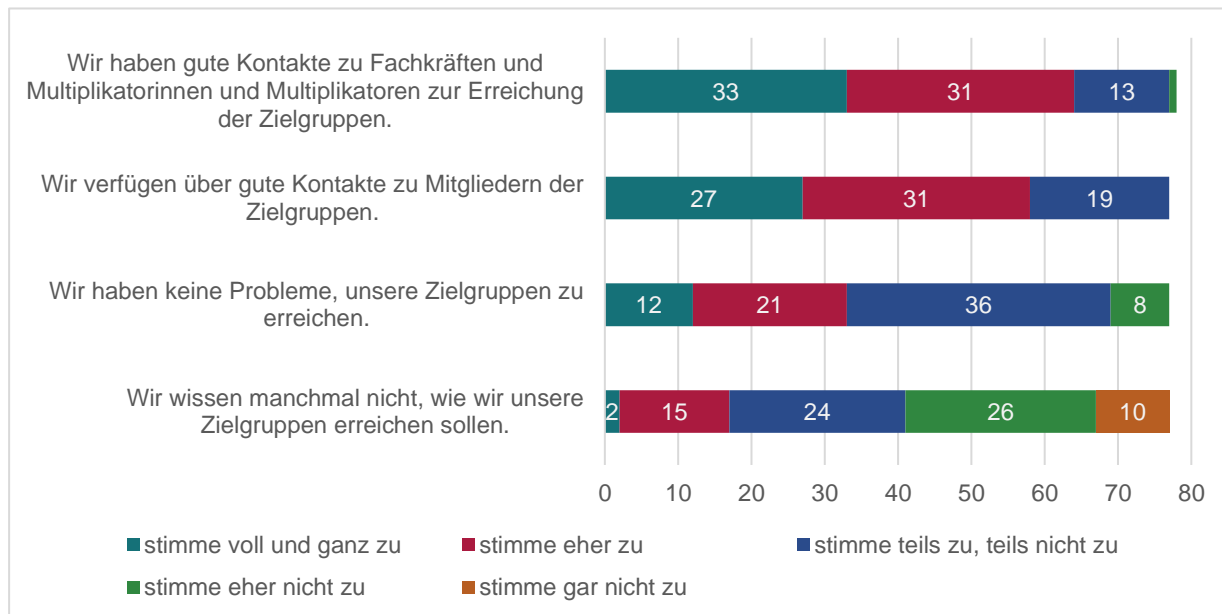
Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=77 bis 78, eigene Darstellung.

Hinsichtlich der Ansprachewege und Zugänge zu den Zielgruppen wurde einerseits erfasst, ob in den Projekten gute Kontakte zu (a) Mitgliedern der Zielgruppe sowie (b) zu Fachkräften und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Erreichung der Zielgruppe bestanden. Andererseits sollte angegeben werden, (c) ob es Probleme bei der Erreichung der Zielgruppe gab bzw. (d) ob das Wissen vorhanden war, wie sie ihre Zielgruppen erreichen sollen.

Mehr als vier Fünftel der Projektverantwortlichen (N=64) stimmten „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu, gute Kontakte zu Fachkräften und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu haben (vgl. Abbildung 35). Die Mehrzahl verfügte ebenfalls über Kontakte zu Mitgliedern der Zielgruppe (N=58 „voll und ganz“ bzw. „eher“). Die meisten gaben jedoch „teils/teils“ oder „eher“ Probleme bei der Erreichung der Zielgruppen an (N=44). In 33 Projekten gestaltete sich dies (eher) nicht problematisch. In etwa so viele Projektverantwortliche wussten auch, wie sie die Zielgruppen erreichen sollten (N=36), während ein nennenswerter Teil der Projektverantwortlichen angab, manchmal nur zum Teil (N=24) oder manchmal nicht zu wissen, wie sie die Zielgruppe erreichen sollten (N=17 „voll und ganz“ bzw. „eher“).



**Abbildung 35: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Ansprachewege und Zugänge zur Erreichung der Zielgruppen (absolute Zahlen)**

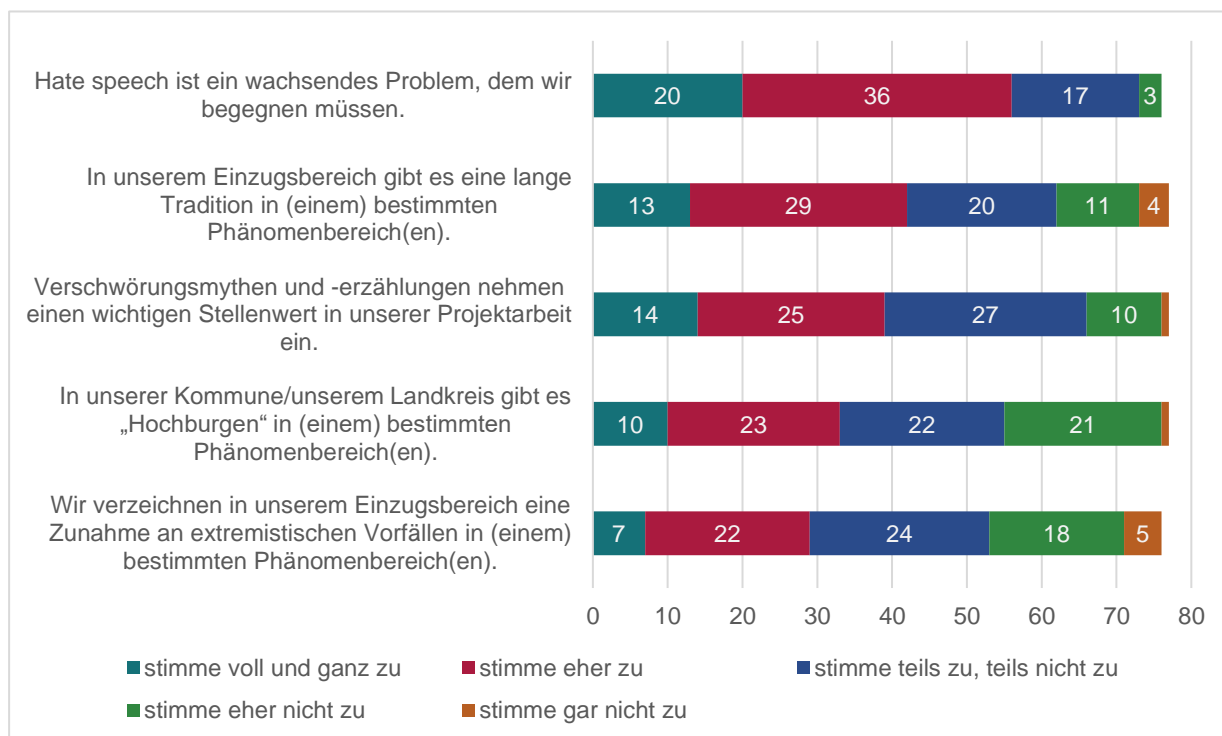


Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=77 bis 78, eigene Darstellung.

Um einen Eindruck von der Entwicklung von Phänomenbereichen oder „Hochburgen“ zu gewinnen, sollten die Projektverantwortlichen ihre Einschätzung dazu angeben, (a) inwieweit es in ihrer Kommune bzw. ihrem Landkreis „Hochburgen“ bestimmter Phänomenbereiche gibt. Zudem sollte festgehalten werden, (b) ob sich im Einzugsbereich eine Zunahme an extremistischen Vorfällen in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en) verzeichnen lassen, (c) ob es eine lange Tradition in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en) gibt, (d) ob Verschwörungsmmythen und -erzählungen einen wichtigen Stellenwert in der Projektarbeit einnehmen, sowie (e) ob Hate Speech ein wachsendes Problem ist, dem begegnet werden muss.

Für die überwiegende Mehrheit der Projekte (N=56) stellte Hate Speech „voll und ganz“ bzw. „eher“ ein wachsendes Problem dar (vgl. Abbildung 36) und in 39 Projekten nahmen Verschwörungsmmythen und -erzählungen (eher) einen wichtigen Stellenwert ein. Weiterhin bestand nach Auskunft der Projektverantwortlichen im Einzugsbereich von 42 Projekten eine lange Tradition in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en), während 33 bzw. 29 Projektverantwortliche in ihrer Kommune oder ihrem Landkreis auch „Hochburgen“ in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en) und/oder einer Zunahme an extremistischen Vorfällen in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en) feststellten. Für 22 bzw. 23 Projektverantwortliche traf dies „eher nicht“ bzw. „gar nicht“ zu.

**Abbildung 36: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Entwicklung von Phänomenbereichen/„Hochburgen“ (absolute Zahlen)**



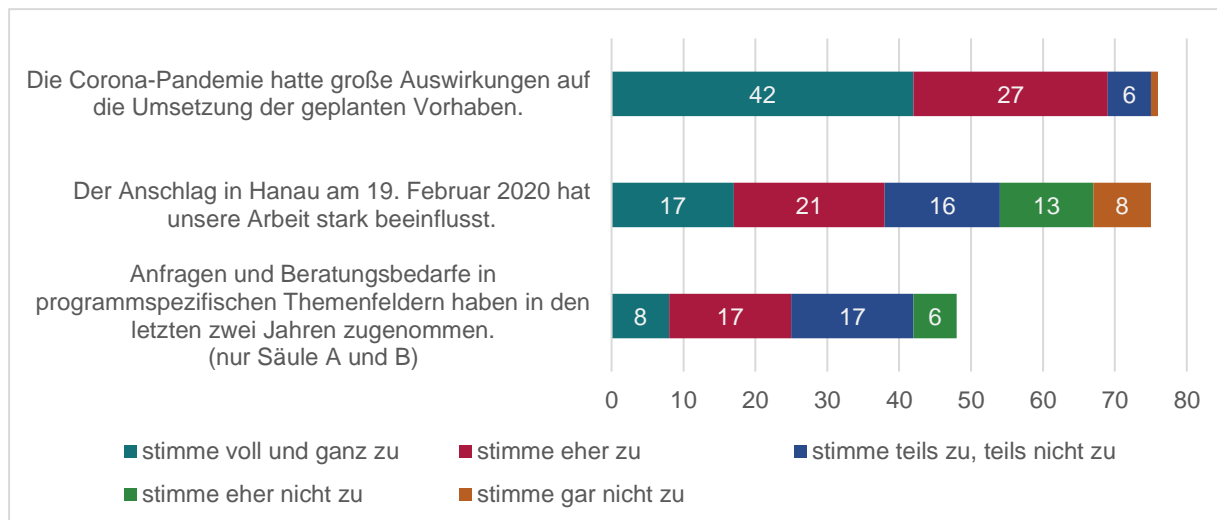
Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=76 bis 77, eigene Darstellung.

Zuletzt sollten die Projekte Angaben über externe Ereignisse machen. Dabei wurde gefragt, ob (a) der Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 die Arbeit stark beeinflusst hat, (b) die Corona-Pandemie große Auswirkungen auf die Umsetzung der geplanten Vorhaben hatte und (c) Anfragen und Beratungsbedarfe in programmspezifischen Themenfeldern in den letzten zwei Jahren zugenommen haben.

90 Prozent der Projekte verzeichnete große Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Umsetzung der geplanten Vorhaben (N=69 „voll und ganz“ bzw. „eher“, vgl. Abbildung 37). Einen starken Einfluss des Anschlags in Hanau auf die Arbeit sah die Hälfte der Projektverantwortlichen als gegeben an (N=38 „voll und ganz“ bzw. „eher“).

Die Frage, ob die Projekte eine Zunahme der Anfragen und Beratungsbedarfe in den letzten zwei Jahren verzeichneten, wurde den Befragten aus Säule A und B im Jahr 2022 anhand der bekannten Zustimmungsskala gestellt. Etwas mehr als die Hälfte sah dies als (eher) gegeben an (N=25). Im Rahmen der Befragung der geförderten Projekte aus Säule C bis E (2023) wurde die Frage vereinfacht und dichotom (Ja/Nein) formuliert. Die Mehrheit der Projektverantwortlichen (N=23 von 28) stimmte hier zu (ohne Abbildung).

**Abbildung 37: Herausforderungen und Gelingensfaktoren: Externe Ereignisse (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=49 (nur Säule A und B) bzw. 75 bis 76, eigene Darstellung.

Die Projekte aus Säule A und B, in denen eine Zunahme der Anfragen und Beratungsbedarfe in den letzten zwei Jahren verzeichnet wurde, wurden gebeten, mögliche Ursachen in einer offenen Nachfrage zu erläutern. Acht Projektverantwortliche erwähnten dabei sowohl eine höhere Dynamik gesamtgesellschaftlicher Veränderungen durch die Corona-Pandemie (v.a. durch „Querdenker“) als auch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Energiekrise. Im Detail wurden eine Zunahme allgemeiner Verunsicherung, von Verschwörungserzählungen, Wissenschaftsskepsis und Fake News genannt, aber auch eine Zunahme von Antisemitismus und einer Reichsbürgerideologie. Zwei Projektverantwortliche verwiesen noch einmal auf den Anschlag in Hanau als Ursache für eine Zunahme der Anfragen und Beratungsbedarfe.

Neben den genannten Einflüssen durch gesamtgesellschaftliche Problemlagen und Herausforderungen nannten sechs Projektverantwortliche auch den gestiegenen Bekanntheitsgrad der PfDen bzw. die Etablierung der DEXT-Fachstellen als Grund für eine Zunahme der Anfragen und Beratungsbedarfe, da dadurch die Sichtbarkeit und das Vertrauen erhöht und die Sensibilität der Betroffenen gesteigert worden seien. Antisemitismus und Rassismus würden deutlicher benannt und die Diskurse polarisierter und vehementer geführt. Demokratieförderung werde von immer mehr Menschen als relevanter Programmpunkt erachtet, gleichzeitig würden Hetze und Abwertungen in sozialen Medien den Beratungsbedarf erhöhen.

22 Projektverantwortliche aus Säule C bis E gaben eine kurze Einschätzung dazu, womit die Zunahme an Anfragen und Beratungsbedarfen zusammenhing. Hierbei erwähnten zehn Projektverantwortliche, dass das Projekt – auch bedingt durch die Landesförderung – einerseits eine höhere Bekanntheit und eine größere Sichtbarkeit erreicht hatte. Andererseits stellten die Projektverantwortlichen eine größere Sensibilisierung und die allgemeine Sichtbarkeit der programmrelevanten Themen in der breiten Gesellschaft fest.

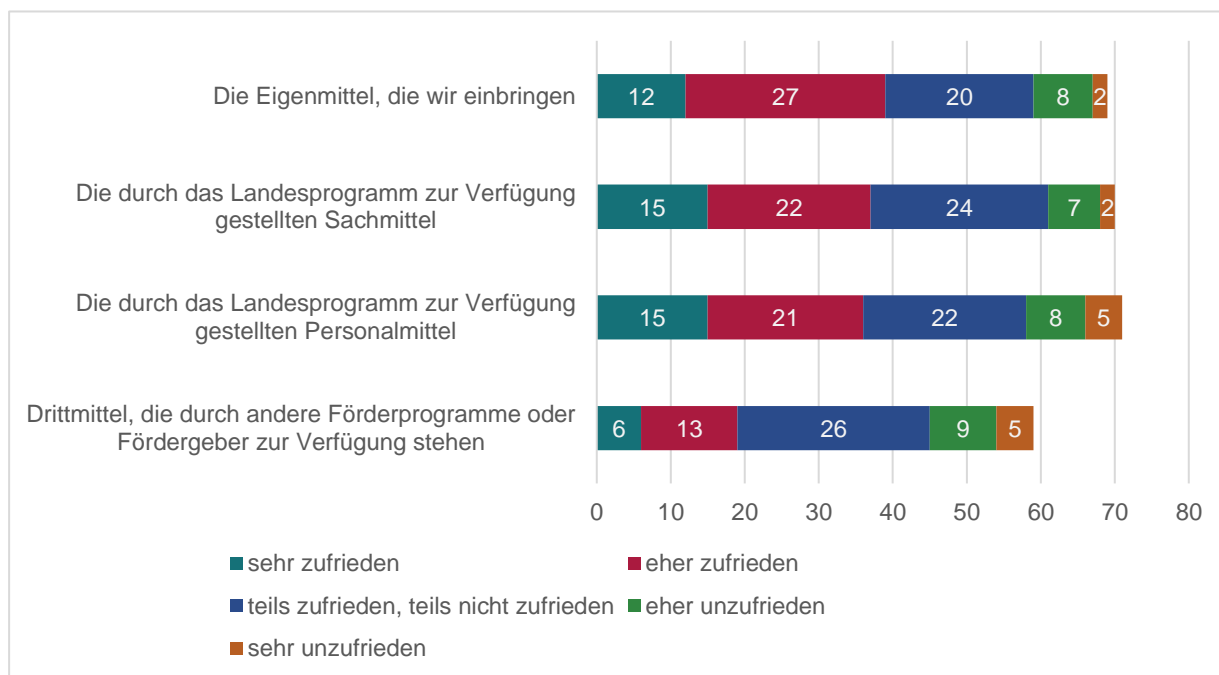
Sieben Projektverantwortliche sahen hier auch einen starken Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen. Vor allem nach deren Ende schienen mehr Personen die Angebote der Projekte zu suchen bzw. einen Ort, an dem man sich wieder in Präsenz vernetzen und austauschen konnte.

Als weitere Herausforderungen oder Gelingensfaktoren bei der Umsetzung nannten einige Projektverantwortliche über die genannten Fragestellungen hinaus zwei weitere Aspekte. Vier hoben die Zielgruppe Lehrkräfte hervor, die einerseits zwar interessierter an den Angeboten, andererseits weiterhin zu sehr mit der Aufarbeitung der Corona-Pandemie und deren Folgen beschäftigt seien. Fünf Projektverantwortliche erwähnten noch einmal die schwierige personelle Situation in ihren Projekten. Dabei konkretisierten sie dies auf zu wenig Personal im Allgemeinen, obwohl der Bedarf gestiegen war, und die Herausforderung, auch ehrenamtlich engagierte Kräfte zu gewinnen, was durch die Corona-Pandemie erheblich schwieriger wurde. In einem Falle wurde zudem hervorgehoben, dass ein engagiertes, diverses und empathisches Team ein wesentlicher Gelingensfaktor sei.

## 5.2 Beurteilung der Förderarrangements

Um eine Beurteilung der Förderarrangements zu treffen, wurden die Projektverantwortlichen gebeten, ihre Zufriedenheit mit der Mittelausstattung darzustellen. Dabei wurden die durch das Landesprogramm zur Verfügung gestellten (a) Personal- und (b) Sachmittel, die (c) Eigenmittel und die (d) Drittmittel, die durch andere Förderprogramme oder Fördergeber zur Verfügung standen, bewertet.

Abbildung 38 zeigt, dass jeweils circa die Hälfte der Projektverantwortlichen „sehr“ bzw. „eher“ zufrieden – bis auf die Drittmittel – mit den verschiedenen Mitteln im Landesprogramm war, wobei es mit jeweils rund 30 Prozent der Projektverantwortlichen auch einen großen Teil gab, der in diesen Punkten „teils zufrieden/teils nicht zufrieden“ war. Die höchste Zufriedenheit bestand mit den Eigenmitteln (N=39 „sehr“ bzw. „eher zufrieden“), gefolgt von den durch das Landesprogramm zur Verfügung gestellten Sach- (N=37 „sehr“ bzw. „eher zufrieden“) und Personalmitteln (N=36 „sehr“ bzw. „eher zufrieden“). Am geringsten fiel die Zufriedenheit mit den Drittmitteln aus (N=19 „sehr“ bzw. „eher zufrieden“).

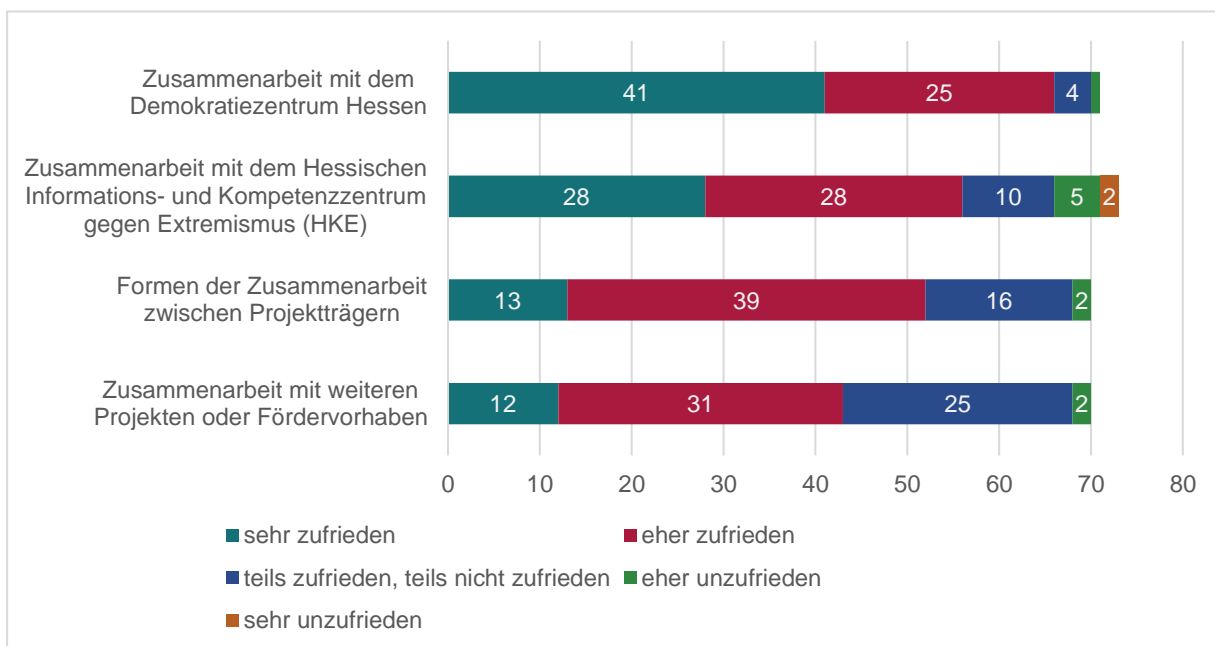
**Abbildung 38: Beurteilung der Förderarrangements: Personal-, Sach-, Eigen- und Drittmittel (absolute Zahlen)**

Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=59 bis 71, eigene Darstellung.

Als weitere Aspekte sollten die Vernetzung und der Austausch der Projektträgerorganisationen bewertet werden. Hierzu wurden (a) die Zusammenarbeit mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), (b) die Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum Hessen, (c) Formen der Zusammenarbeit zwischen den Projektträgern sowie (d) die Zusammenarbeit mit weiteren Projekten oder Fördervorhaben herangezogen.

Die mit Abstand größte Zufriedenheit erhielt die Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum Hessen (N=66 „sehr“ und „eher zufrieden“, vgl. Abbildung 39). Auch die Zusammenarbeit mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) wurde überwiegend positiv bewertet (N=56 „sehr“ bzw. „eher zufrieden“), nur wenige Projektverantwortliche waren in diesem Punkt „eher“ (N=5) bzw. „sehr“ (N=2) unzufrieden. Mit den Formen der Zusammenarbeit zwischen den Projektträgerorganisationen bestand ebenfalls überwiegend Zufriedenheit (N=13 „sehr“ und N=39 „eher zufrieden“). Die Zusammenarbeit mit weiteren Projekten wurde ebenfalls positiv bewertet (N=43 „sehr“ bzw. „eher zufrieden“).

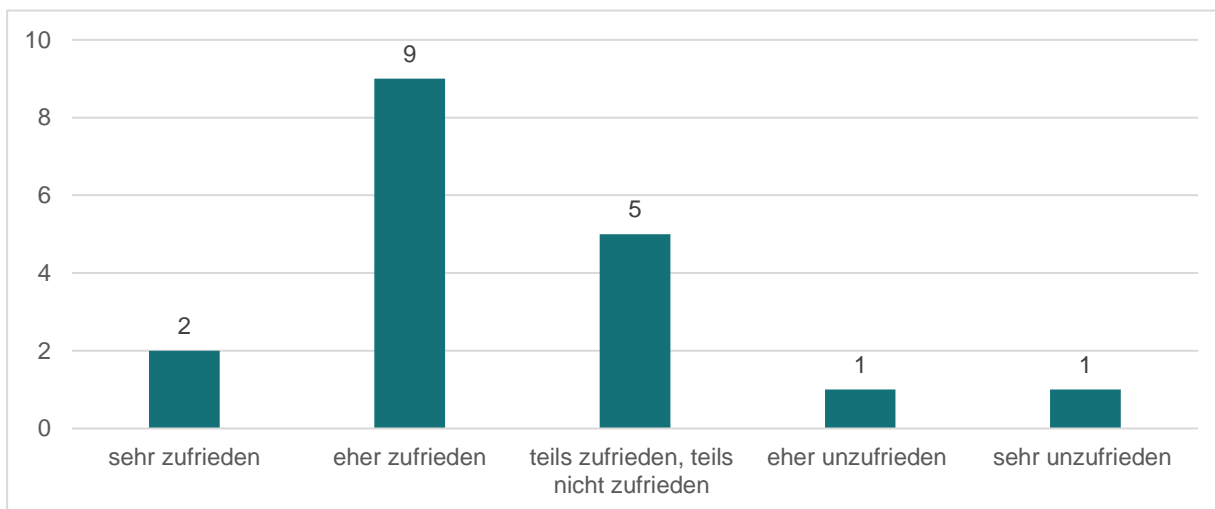
**Abbildung 39: Beurteilung der Förderarrangements: Vernetzung und Austausch der Projektträger (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=70 bis 73, eigene Darstellung.

Die PfDen wurden zudem gebeten, ihre Zufriedenheit bezüglich der Qualifizierungsangebote im Bereich Demokratiebildung und Extremismusprävention im Rahmen des Landesprogramms anzugeben. Die Mehrheit (N=11) der PfDen war mit den Qualifizierungsangeboten „sehr“ bzw. „eher zufrieden“ (vgl. Abbildung 40). Fünf Befragte gaben eine teilweise Zufriedenheit an, nur zwei Projektverantwortliche waren „eher“ bzw. „sehr unzufrieden“.

**Abbildung 40: Beurteilung der Förderarrangements: Qualifizierungsangebote im Bereich Demokratiebildung und Extremismusprävention im Rahmen des Landesprogramms (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte Säule A und B 2022, nur PfDen, N=18, eigene Darstellung.

Im Rahmen einer offenen Nachfrage machten sieben Projektverantwortliche aus Säule A und B Anmerkungen zu den Förderarrangements. Dabei wurde vier Mal die Förderung einer Vollzeitstelle bzw. eine Aufstockung der Mittel bspw. analog zum Landesprogramm „WIR“ gewünscht, da die Personalmittel nicht immer den geltenden Erwartungen an eine DEXT-Fachstelle entsprächen. Je eine Stimme wünschte sich mehr Mittel für eine systematische Weiterbildung der Mitarbeitenden bzw. für lokale und überregionale Maßnahmen. Schließlich nannte eine Person, dass Informationen zu Qualifizierungsangeboten fehlten und die Kofinanzierung der PfDen durch das HKE erhöht werden sollte.

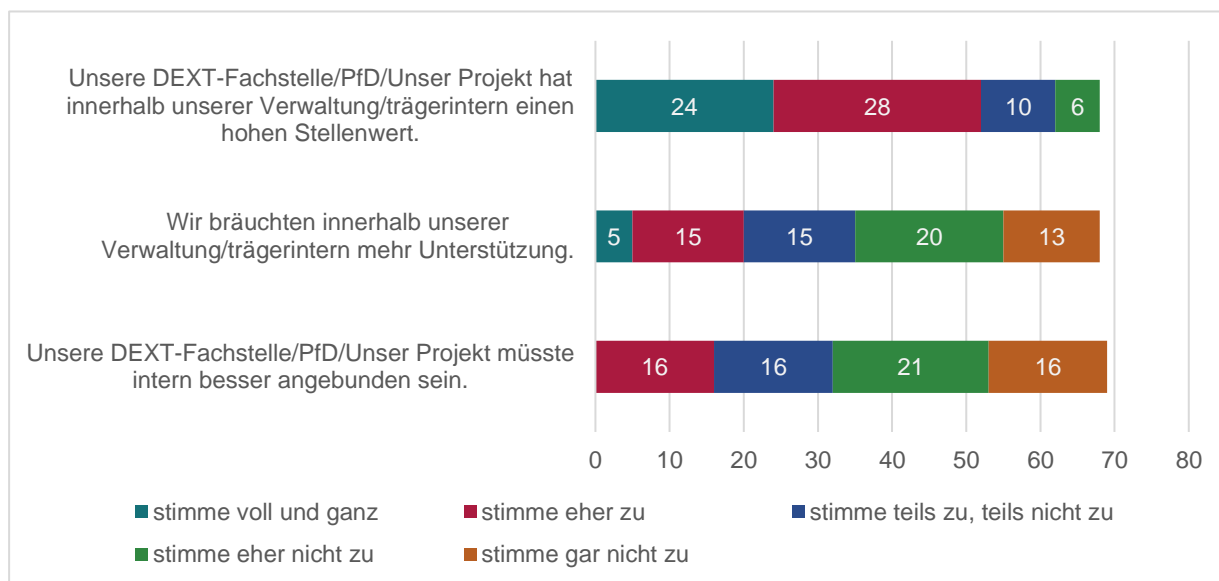
Auch aus Säule C bis E machten einige Projektverantwortliche Anmerkungen zum Thema Förderarrangement. Dabei hoben vier Befragte hervor, dass die Bewilligungszeiträume der Projektmittel verlängert werden sollten, um nachhaltiger planen zu können. Drei Mal wurde erwähnt, dass vor allem bei kleineren Trägern die Einbringung von Eigenmitteln nicht oder nur schwer darstellbar sei. Positiv hoben einzelne Stimmen die Zusammenarbeit mit dem HKE, mit anderen Projekten und mit internationalen Trägern hervor.

### **5.3 Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven**

Mit Blick auf Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven sollte zunächst die interne Unterstützung der Projekte bewertet werden. Hierzu wurde die Zustimmung erfragt, ob (a) innerhalb der Verwaltung bzw. trägerintern mehr Unterstützung benötigt wird, (b) das Projekt intern besser angebunden sein müsste und (c) ob das Projekt innerhalb der Verwaltung bzw. trägerintern einen hohen Stellenwert hat.

Insgesamt wurde deutlich, dass die DEXT-Fachstellen, PfDen und Projekte innerhalb der Verwaltungen bzw. trägerintern einen hohen Stellenwert genießen (N=53 stimmten „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu), wohingegen die beiden anderen Aspekte durchaus unterschiedlich bewertet wurden (vgl. Abbildung 41). Fast 30 Prozent (N=20) der Projekte benötigte aus Sicht der Verantwortlichen mehr Unterstützung innerhalb der Verwaltung bzw. trägerintern, knapp die Hälfte (N=33) der Projektverantwortlichen sah hier (eher) keinen Bedarf. Noch deutlicher verhielt es sich mit einer besseren internen Anbindung der DEXT-Fachstelle, PfDen und Projekte. Nur ein Viertel (N=16) stimmte eher zu, dass eine bessere interne Anbindung erforderlich sei, gut die Hälfte der Projektverantwortlichen sah hier (eher) keinen Unterstützungsbedarf (N=37).

**Abbildung 41: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Interne Unterstützung (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=68 bis 69, eigene Darstellung.

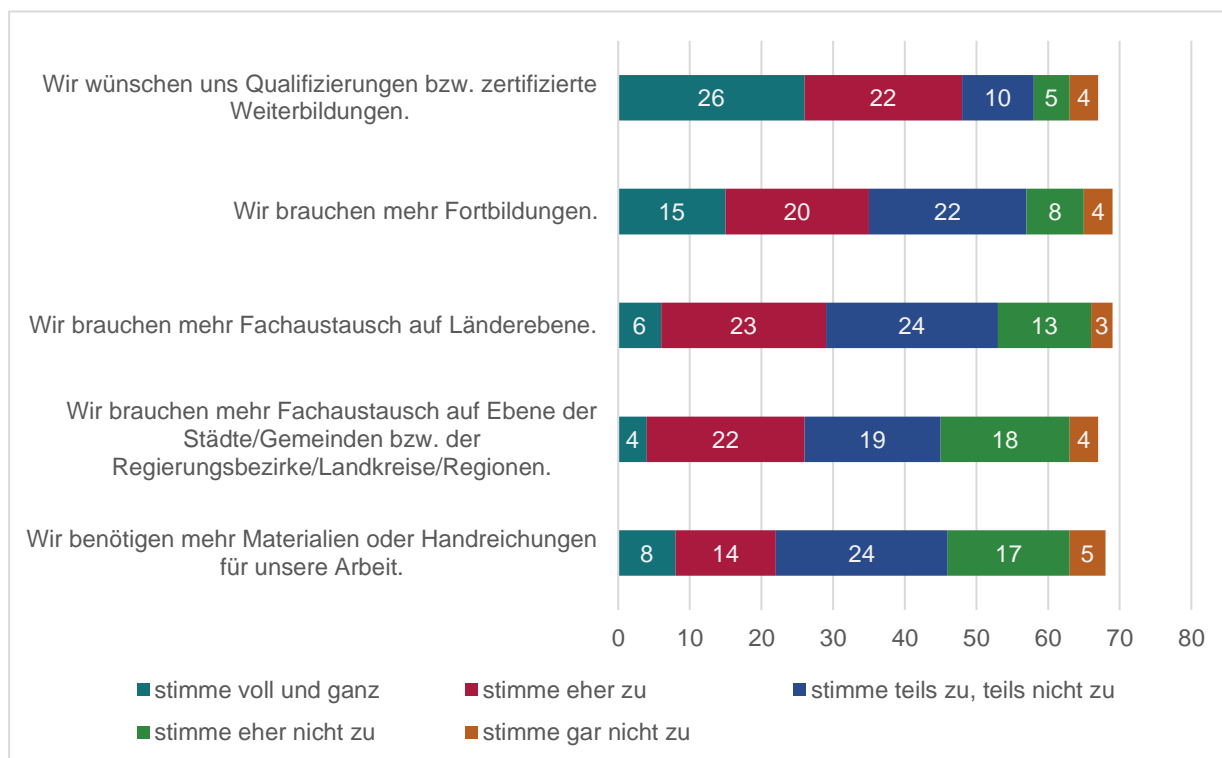
Mit Blick auf Erfahrungen und Kompetenzen wurden folgende Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven erhoben: (a) Mehr Materialien oder Handreichungen für die eigene Arbeit, (b) mehr Fachaustausch auf Länderebene, (c) mehr Fachaustausch auf Ebene der Städte/Gemeinden bzw. Regierungsbezirke/Landkreise/Regionen<sup>39</sup>, (d) mehr Fortbildungen sowie (e) der Wunsch nach Qualifizierungen bzw. zertifizierten Weiterbildungen.

Am häufigsten wurde der Wunsch nach Qualifizierungen bzw. zertifizierten Weiterbildungen geäußert (N=48 „voll und ganz“ bzw. „eher“, vgl. Abbildung 42). Außerdem bestand bei etwa der Hälfte der Projekte ein Bedarf an Fortbildungen (N=35). Etwa zwei Fünftel der Projektverantwortlichen sahen (eher) einen Bedarf an mehr Fachaustausch auf Länderebene (N=29) sowie auf lokaler bzw. regionaler Ebene der Städte/Gemeinden bzw. der Regierungsbezirke/Landkreise/Regionen (N=26). Ein Bedarf an mehr Materialien oder Handreichungen für die Arbeit wurde dagegen nur von einer Minderheit als (eher) erforderlich angesehen (N=22).

<sup>39</sup> Im Rahmen der Befragung der Projekte in Säule A und B (2022) lautete die Frage „Wir brauchen mehr Fachaustausch auf Ebene der Regierungsbezirke“, im Rahmen der Befragung der Projekte in Säule C bis E (2023) lautete sie „Wir brauchen mehr Fachaustausch auf Ebene der Städte/Gemeinden bzw. Landkreise/Regionen“.



**Abbildung 42: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Erfahrungen und Kompetenzen (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=67 bis 69, eigene Darstellung.

Im Rahmen einer offenen Nachfrage wurden seitens der Projektverantwortlichen aus Säule A und B vor allem folgende Themen bzw. Bereiche genannt, in denen Fortbildungen oder Qualifizierungen gewünscht wurden:

- Erst- und Verweisberatung/Systemische Beratung (N=10),
- Methoden, darunter (Konflikt-)Moderation, Demokratievermittlung, Argumentationstraining, Coaching (N=7),
- Phänomenbereiche (N=5),
- Fortentwicklung der Pfd/Kooperation sowie Rollenklärung Fachamt und Koordinierungsstelle, Förderrichtlinien und Abrechnung (N=4),
- Zielgruppenansprache und -gewinnung (N=3).

17 Projektverantwortliche aus Säule B bis C nannten ebenfalls sehr unterschiedliche Themen bzw. Bereiche, in denen sie Fortbildungen oder Qualifizierungen wünschen, wie eine offene Antwort verdeutlicht:

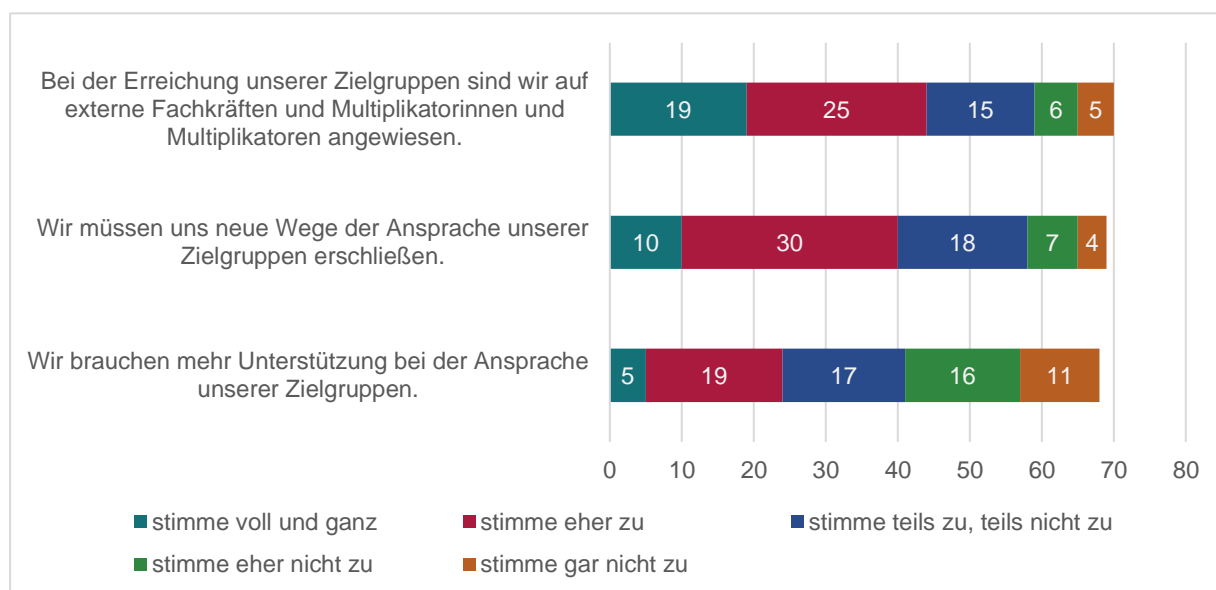
„Psychologische Betreuung, Gesprächsführung, kritische Jungenarbeit, intersektionaler Feminismus, Queerness, Konfliktleitung, Diversity Management, Religionskunde, Nahostkonflikt, anti-muslimischer Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Workshopmanagement“.

Darüber hinaus bekräftigten vier Projektverantwortliche den Wunsch nach Fortbildungen zu pädagogischer Arbeit. Eine Stimme wünschte sich mehr internationalen Austausch und sprachliche Fortbildungen. Zwei Personen nannten Fortbildungen im Bereich Verwaltung bzw. Drittmittelakquise.

Was die Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven in Bezug auf Ansprachewege und Zugänge zur Erreichung der Zielgruppen angeht, sollten die Projektverantwortlichen angeben, (a) ob sie mehr Unterstützung bei der Ansprache der Zielgruppen brauchen, (b) sich neue Wege der Ansprache der Zielgruppen erschließen müssen und (c) ob sie bei der Erreichung der Zielgruppen auf externe Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angewiesen sind.

Abbildung 43 zeigt, dass der überwiegende Teil der Projekte bei der Erreichung der Zielgruppen auf externe Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren angewiesen war (knapp zwei Drittel, N=44 „voll und ganz“ bzw. „eher“). Dies traf insbesondere auf die Projekte aus Säule A und B, deutlich seltener auf die in Säule C bis E geförderten Projekte zu. Eine Mehrheit der Projektverantwortlichen beklagte zudem das Erfordernis, sich neue Wege der Ansprache der Zielgruppen erschließen zu müssen (knapp 60 Prozent, N=40), auch dieser Punkt traf häufiger auf die Projekte aus Säule A und B zu, als auf die geförderten Projekte aus Säule C bis E. Gut ein Drittel der Projekte (N=24) benötigte zudem mehr Unterstützung bei der Ansprache ihrer Zielgruppen. Wie zuvor war auch hier der Anteil der Projekte aus Säule A und B höher als der Anteil der in Säule C bis E geförderten Projekte.

**Abbildung 43: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Ansprachewege und Zugänge zur Erreichung der Zielgruppen (absolute Zahlen)**



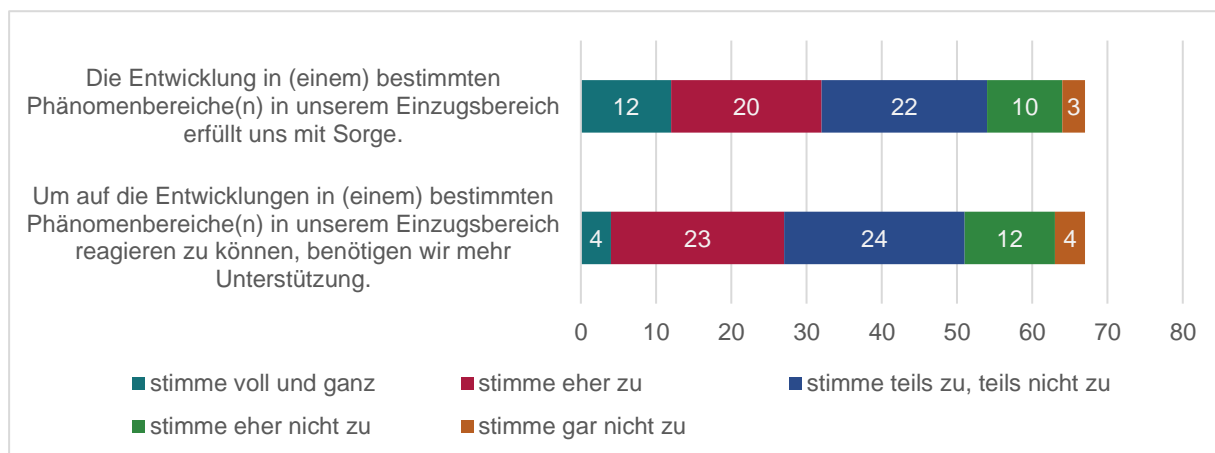
Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=68 bis 70, eigene Darstellung.

Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven mit Bezug zur Entwicklung von Phänomenbereichen bzw. „Hochburgen“ umfassten die Einschätzung, (a) inwieweit die Entwicklung in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en) im Einzugsbereich Sorgen bereiten und (b) ob mehr Unterstützung benötigt wird, um auf die Entwicklungen in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en) im Einzugsbereich reagieren zu können.

Fast die Hälfte der Projektverantwortlichen bestätigte, dass die Entwicklung in (einem) bestimmten Phänomenbereich(en) sie mit Sorge erfüllt (N=32 „voll und ganz“ bzw. „eher“, vgl. Abbildung 44). Diese Einschätzung wurde häufiger aus Reihen der Projekte der Säule C bis E geäußert. 13 Projektverantwortliche

vertraten diese Auffassung (eher) nicht. Einen Unterstützungsbedarf, um auf die Entwicklungen in (einem) bestimmten Phänomenbereiche(n) in ihrem Einzugsbereich reagieren zu können, äußerten zwei Fünftel der Projektverantwortlichen (N=27). Ein Viertel (N=17) sah hier (eher) keinen Unterstützungsbedarf gegeben.

**Abbildung 44: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Entwicklung von Phänomenbereichen/„Hochburgen“ (absolute Zahlen)**

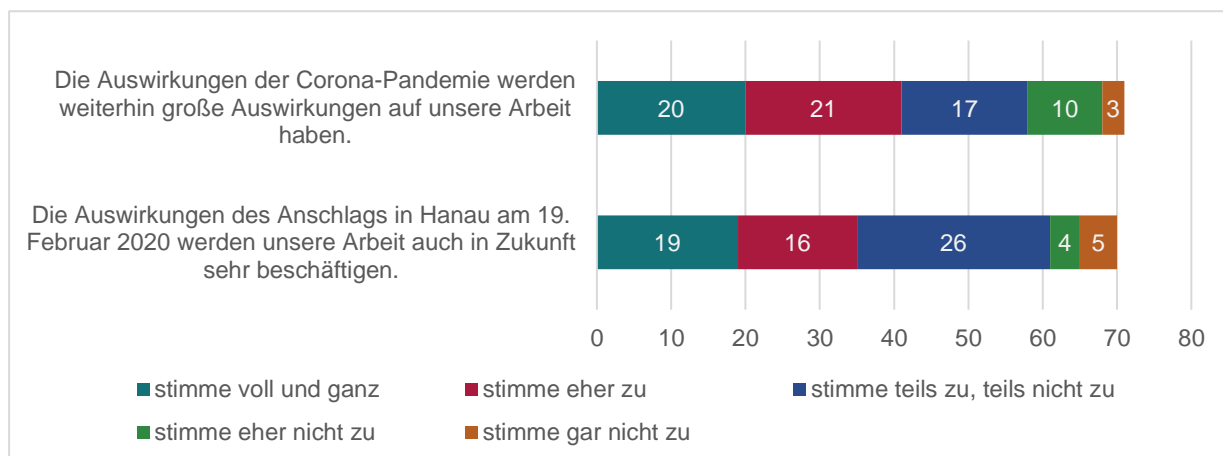


Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=67, eigene Darstellung.

Der Einfluss von externen Ereignissen auf die Projektarbeit zeigte sich (a) an den Auswirkungen der Corona-Pandemie und (b) des rassistisch motivierten Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020.

In mehr als der Hälfte der Projekte wurden weiterhin große Auswirkungen durch die Corona-Pandemie auf die Arbeit erwartet (N=41, vgl. Abbildung 45). Die Hälfte der Projektverantwortlichen war der Auffassung, dass die Auswirkungen des Anschlags in Hanau die Projektarbeit auch in Zukunft sehr beschäftigen werden (N=35).

**Abbildung 45: Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven: Externe Ereignisse (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=70 bis 71, eigene Darstellung.

Weitere Unterstützungsbedarfe, die von den Projektverantwortlichen der Projekte in Säule A und B genannt wurden, umfassten die Aspekte Personalausstattung, fachlicher Austausch, politische Unterstützung, Vernetzung und Zusammenarbeit, den Aufbau eines hessenweiten mobilen Beraterpools und ein zentrales Register mit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern sowie den Zugang zu belastbaren Zahlen und mehr Transparenz seitens der Sicherheitsbehörden.

Einzelne Projektverantwortliche aus Säule C bis E nannten als weitere Aspekte zur Thematik Unterstützungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven eine Ausweitung ihres Projekts auf Bundesebene sowie die Einrichtung eines zivilgesellschaftlichen Beirats im Landesprogramm.

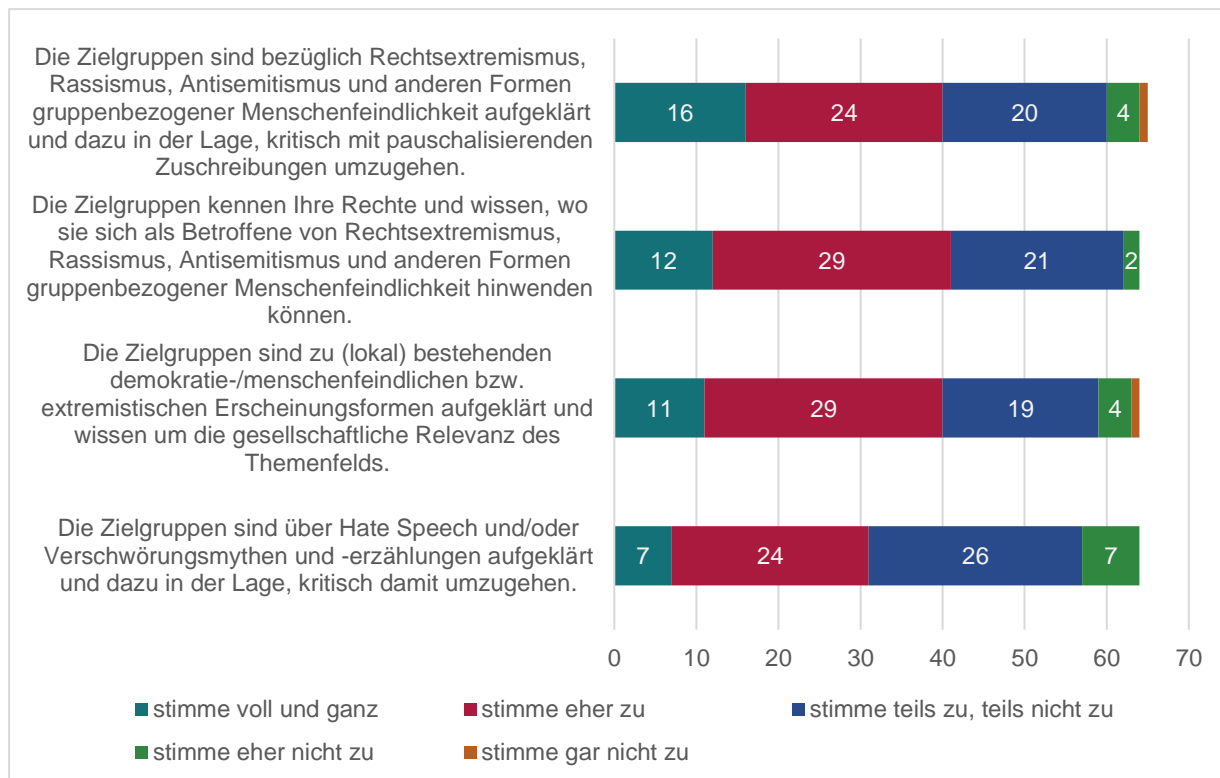
## 5.4 Wirkungen bei den Zielgruppen

In Hinblick auf die Zielgruppen werden im Folgenden Wirkungen, die die Projektverantwortlichen durch die Aktivitäten ihres Projekts bei den Zielgruppen verzeichneten, betrachtet, die die folgenden Aspekte berücksichtigen: Wissensgewinn, Haltungen/Einstellungen, Lebenslagen, konkrete Handlungen sowie Gewinn von Handlungssicherheit.

Als möglicher Wissensgewinn bei den Zielgruppen sollten die Projektverantwortlichen angeben, (a) ob die Zielgruppen zu (lokal) bestehenden demokratie-/menschenfeindlichen bzw. extremistischen Erscheinungsformen aufgeklärt sind, (b) ob sie bezüglich Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufgeklärt und dazu in der Lage sind, kritisch mit pauschalisierenden Zuschreibungen umzugehen, (e) ob sie ihre Rechte kennen und wissen, wo sie sich als Betroffene von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hinwenden können sowie (d) ob sie über Hate Speech und/oder Verschwörungsmymen und -erzählungen aufgeklärt und dazu in der Lage sind, kritisch damit umzugehen.

Abbildung 46 zeigt, dass die ersten drei Aussagen, die die Aufklärung zu extremistischen Erscheinungsformen und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, das Wissen um die gesellschaftliche Relevanz und wo man sich als Betroffene hinwenden kann, ähnlich hohe Zustimmungswerte erhielten. Jeweils gut zwei Fünftel der Befragten (N=40 bis 41) war der Auffassung, dass die DEXT-Fachstellen, PfDen und Projekte in dieser Hinsicht Wirkung bei den Zielgruppen zeigen. Was das Themenfeld Hate Speech und Verschwörungsmymen und -erzählungen angeht, waren die meisten Projektverantwortlichen der Säule A und B geteilter Meinung, dass die Zielgruppen hierüber aufgeklärt und dazu in der Lage waren, kritisch damit umzugehen, während die Projektverantwortlichen aus Säule C bis E auch hier mehrheitlich eine Wirkung sahen, sodass die Zustimmung insgesamt mit N=31 etwas geringer ausfiel.

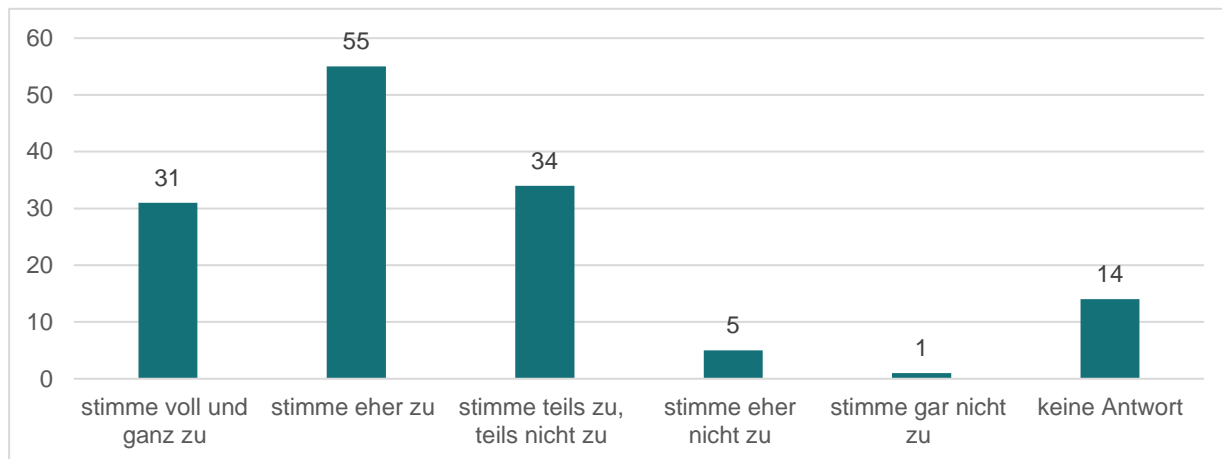
**Abbildung 46: Wirkungen bei den Zielgruppen: Wissensgewinn (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=64 bis 65, eigene Darstellung.

Ergänzend dazu zeigt Abbildung 47 ein ähnliches Bild. Die Netzwerkpartnerinnen und -partner stimmten überwiegend (N=86 „voll und ganz“ bzw. „eher“) zu, dass die Zielgruppen der Projekte zu (lokal) bestehenden demokratie-/menschenfeindlichen bzw. extremistischen Erscheinungsformen aufgeklärt sind und um die gesellschaftliche Relevanz des Themenfelds wissen. Circa ein Drittel (N=34) schätzte dies zum Teil als gegeben ein, was sich mit der Einschätzung der Projektverantwortlichen in Abbildung 46 deckt.

**Abbildung 47: Die Zielgruppen des Projekts sind zu (lokal) bestehenden demokratie-/mensenfeindlichen bzw. extremistischen Erscheinungsformen aufgeklärt und wissen um die gesellschaftliche Relevanz des Themenfelds (absolute Zahlen)**

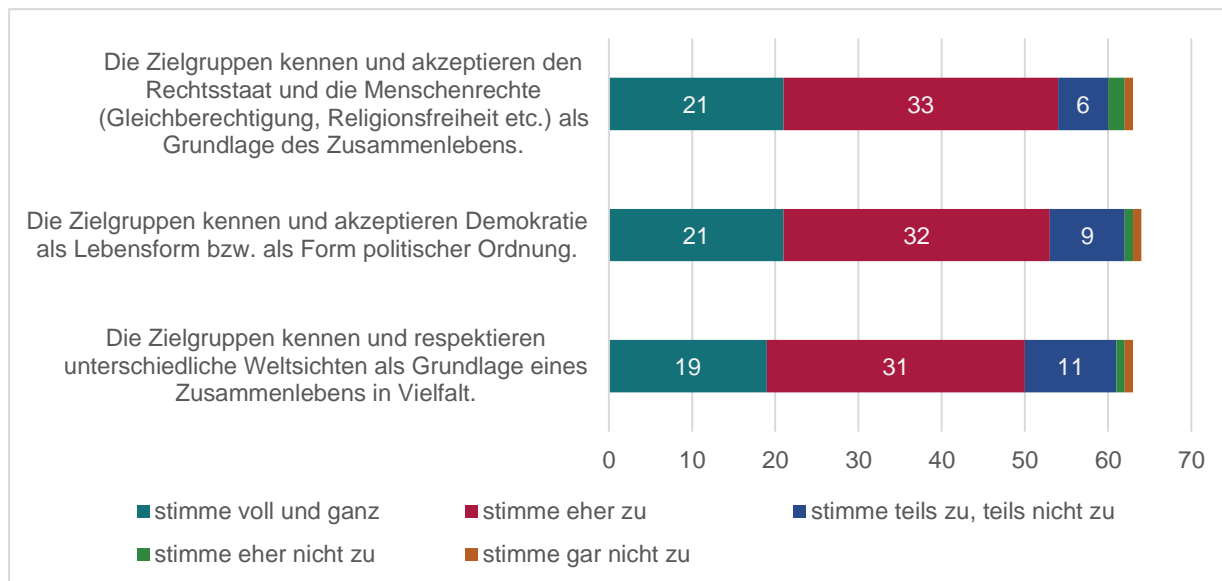


Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

Als weiterer Wirkungsbereich bei den Zielgruppen wurden Haltungen und Einstellungen betrachtet. Dabei sollten die Befragten bewerten, (a) ob die Zielgruppen ihrer Einschätzung nach Demokratie als Lebensform bzw. als Form politischer Ordnung kennen und akzeptieren, (b) ob sie den Rechtsstaat und die Menschenrechte (Gleichberechtigung, Religionsfreiheit etc.) als Grundlage des Zusammenlebens kennen und akzeptieren und (c) ob sie unterschiedliche Weltansichten als Grundlage eines Zusammenlebens in Vielfalt kennen und respektieren.

Die Zustimmungen zu diesen drei Aussagen fielen durchweg hoch aus (vgl. Abbildung 48). Jeweils ungefähr vier Fünftel der Projektverantwortlichen (N=50 bis 54) sahen diese Wirkung der DEXT-Fachstellen, PFDen und Projekte auf ihre Zielgruppen als gegeben.

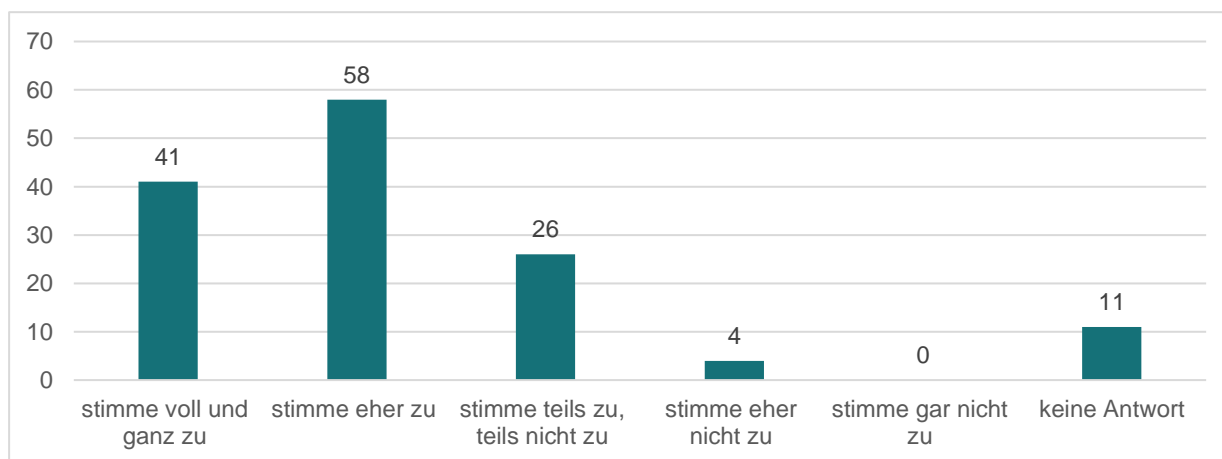
**Abbildung 48: Wirkungen bei den Zielgruppen: Haltungen/Einstellungen (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=63 bis 64, eigene Darstellung.

Auch in dieser Hinsicht zeigte sich ein ähnliches Bild bei der Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner (vgl. Abbildung 49), die weit überwiegend der Auffassung waren, dass die Zielgruppen durch die Projekte Demokratie als Lebensform bzw. den Rechtsstaat und die Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens kennen und akzeptieren (N=99 stimmten „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu).

**Abbildung 49: Die Zielgruppen des Projekts kennen und akzeptieren Demokratie als Lebensform bzw. den Rechtsstaat und die Menschenrechte (Gleichberechtigung, Religionsfreiheit etc.) als Grundlage des Zusammenlebens (absolute Zahlen)**

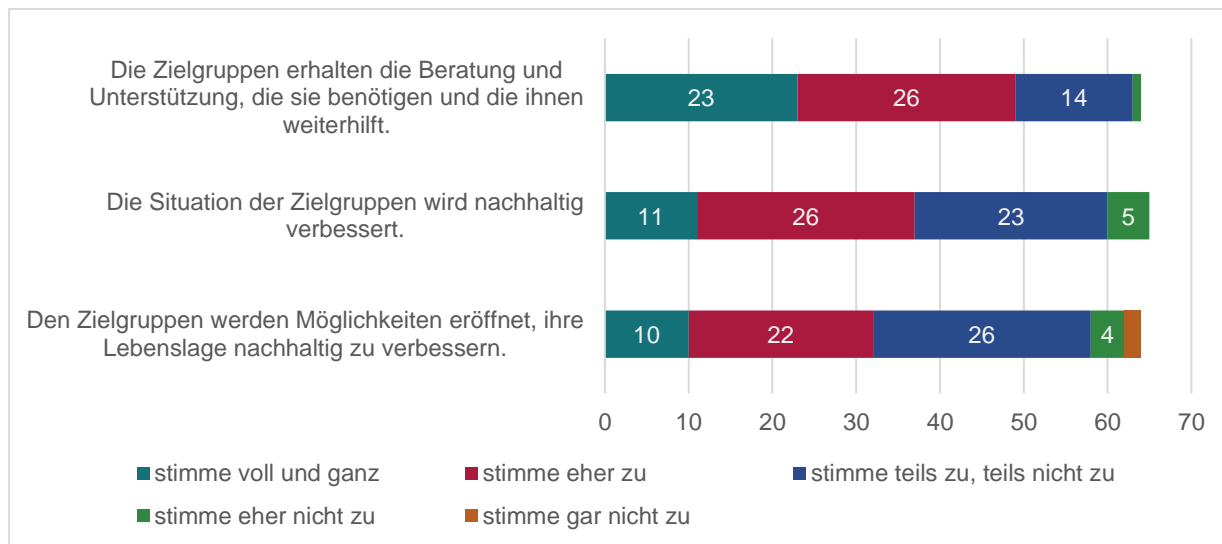


Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

Unter möglichen Wirkungen auf die Zielgruppen wurden auch Auswirkungen der Projekte auf die Lebenslagen der Zielgruppen erfasst. Hierzu wurde erfasst, (a) ob die Zielgruppen Beratung und Unterstützung

erhalten, die sie benötigen und die ihnen weiterhilft, (b) ob die Situation der Zielgruppen nachhaltig verbessert wird und (c) ob ihnen Möglichkeiten eröffnet werden, ihre Lebenslage nachhaltig zu verbessern. Drei Viertel der Befragten stimmten der Aussage zu, dass die Zielgruppen die nötige Beratung und Unterstützung durch die Projekte erhielten, die sie benötigten (N=49 „voll und ganz“ bzw. „eher“, vgl. Abbildung 50). In dieser Frage stimmte keine bzw. keiner der Befragten dieser Aussage nicht zu. Mehr als die Hälfte der Projektverantwortlichen war zudem überzeugt, dass die Situation der Zielgruppen durch die Projekte nachhaltig verbessert wurde (N=37 „voll und ganz“ bzw. „eher“). In etwa die Hälfte meinte zudem, dass den Zielgruppen durch die Projekte Möglichkeiten eröffnet wurden, ihre Lebenslage nachhaltig verbessern zu können (N=33 „voll und ganz“ bzw. „eher“), wobei sechs Projektverantwortliche dem „eher nicht“ bzw. „gar nicht“ zustimmten. Die meisten Befragten sahen diese Wirkung teilweise gegeben (N=26 „teils/teils“).

**Abbildung 50: Wirkungen bei den Zielgruppen: Lebenslagen (absolute Zahlen)**

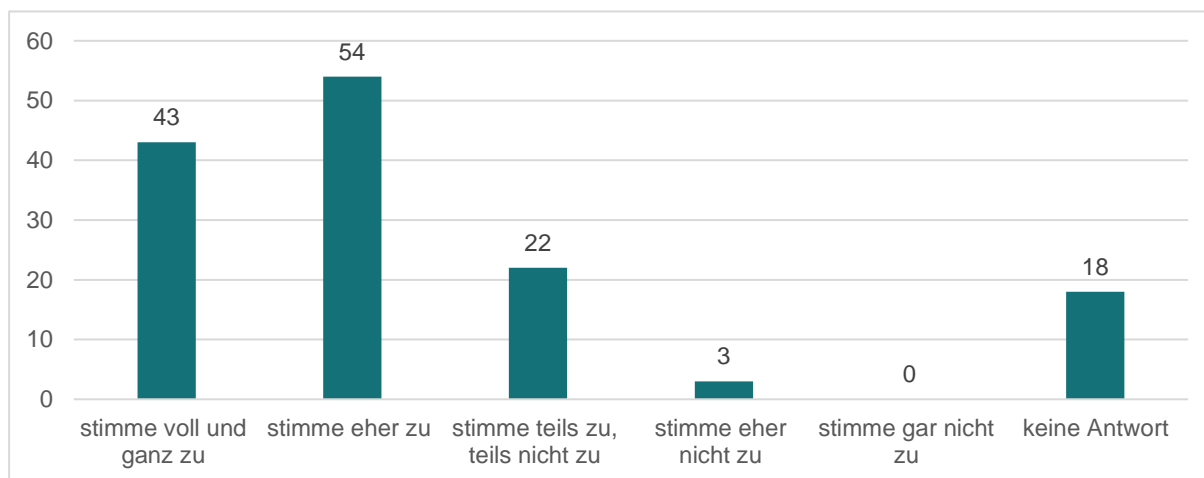


Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=64 bis 65, eigene Darstellung.

Wie bereits bei den zuvor erfassten Aspekten stimmte auch hier die Einschätzungen der Netzwerkpartnerinnen und -partner mit der der Projektverantwortlichen darin überein, dass die Projekte eine nachhaltige Wirkung auf eine mögliche Besserung der Lebenslagen der Zielgruppen eröffnen, z.B. durch Beratung und Unterstützung (N=97) wie Abbildung 51 zu entnehmen ist.



**Abbildung 51: Den Zielgruppen des Projekts werden Möglichkeiten eröffnet, ihre Lebenslagen nachhaltig zu verbessern z.B. durch Beratung und Unterstützung (absolute Zahlen)**

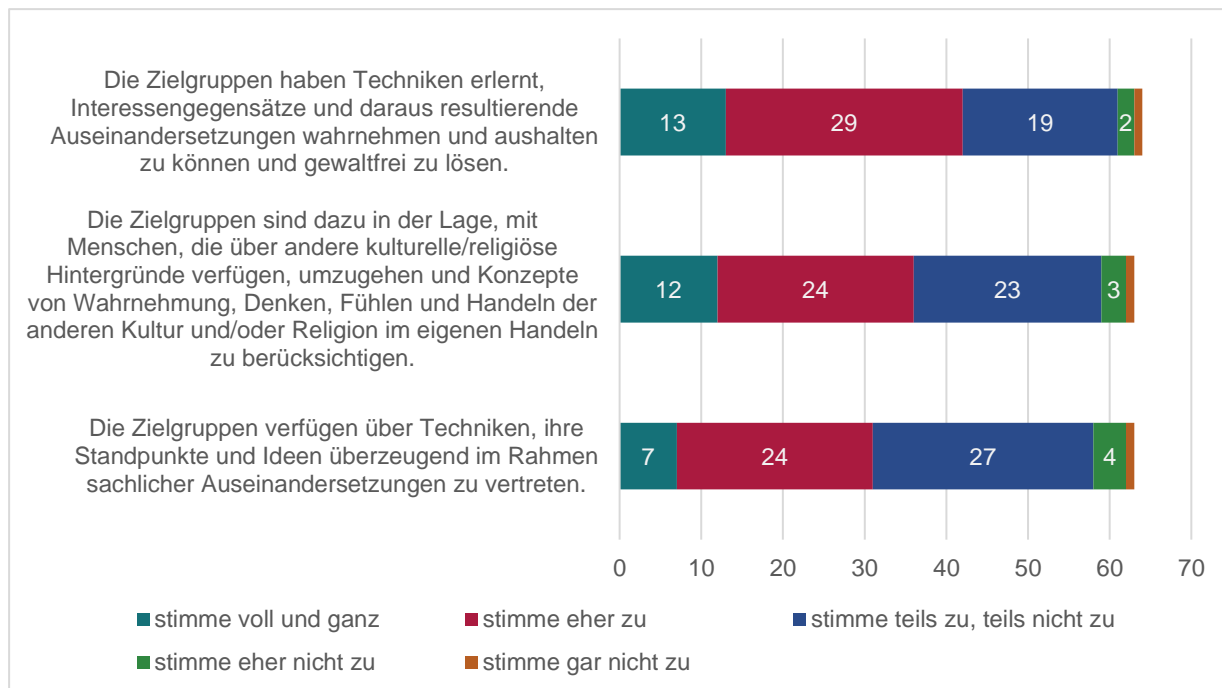


Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

Weiterhin wurden Wirkungen der Projekte in Bezug auf das Erlernen bzw. Anwenden konkreter Handlungen der Zielgruppen in den Fokus genommen. Im Einzelnen sollte seitens der Projektverantwortlichen bewertet werden, (a) ob die Zielgruppen Techniken erlernt haben, Interessengegensätze und daraus resultierende Auseinandersetzungen wahrnehmen und aushalten zu können und gewaltfrei zu lösen, (b) ob die Zielgruppen über Techniken verfügen, ihre Standpunkte und Ideen überzeugend im Rahmen sachlicher Auseinandersetzungen zu vertreten sowie (c), ob die Zielgruppen dazu in der Lage sind, mit Menschen, die über andere kulturelle und/oder religiöse Hintergründe verfügen, umzugehen und dabei die Konzepte der Wahrnehmung, des Denkens, Fühlens und Handelns der anderen Kultur und/oder Religion im eigenen Handeln zu berücksichtigen.

Hierbei zeigte sich, dass Wirkungen der Projekte in Bezug auf konkrete Handlungen von den Projektverantwortlichen aus Säule A und B zwar mit hoher Zustimmung, jedoch in etwas geringerem Ausmaß gegeben sahen, als dies die Projektverantwortlichen der geförderten Projekte aus Säule C bis E einschätzten. In der Gesamtbetrachtung waren knapp zwei Drittel der Projektverantwortlichen der Auffassung, dass die Zielgruppen durch die Projekte Techniken erlernt haben, um Interessengegensätze wahrnehmen und gewaltfrei lösen zu können (N=42, vgl. Abbildung 52). Etwas mehr als die Hälfte war der Ansicht, dass die Zielgruppen durch die Projekte in die Lage versetzt werden, mit Menschen anderer kultureller/religiöser Hintergründe umzugehen und diese zu berücksichtigen (N=36), etwas weniger als die Hälfte meinte, dass dies auch darauf zutrifft, bei sachlichen Auseinandersetzungen ihre Standpunkte und Ideen überzeugend vertreten zu können (N=31). Dass in Bezug auf die beiden letztgenannten Aspekte eine Wirkung der Projekte zumindest zum Teil gegeben war, bescheinigte jeweils gut ein Drittel bzw. gut zwei Fünftel der Befragten (N=23 bzw. 27).

**Abbildung 52: Wirkungen bei den Zielgruppen: Konkrete Handlungen (absolute Zahlen)**

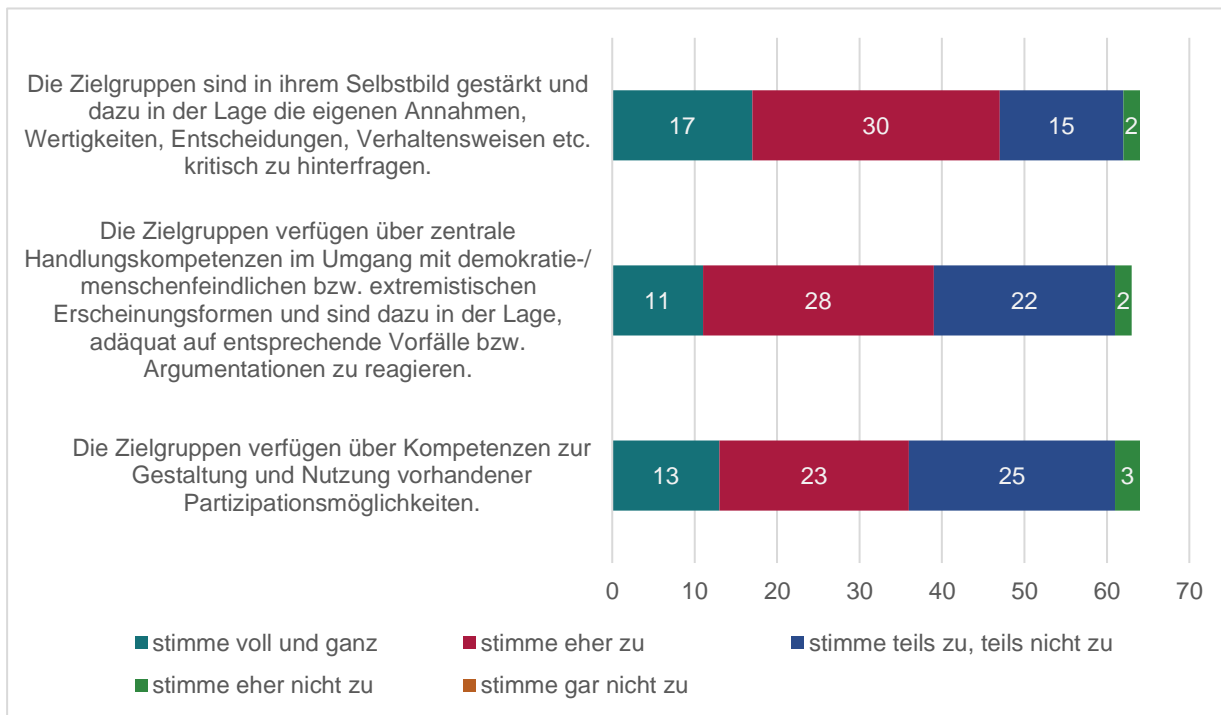


Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=63 bis 64, eigene Darstellung.

Die Wirkung auf die Zielgruppe wurde schließlich anhand eines Gewinns von Handlungssicherheit bewertet. Die Befragten sollten einschätzen, (a) ob die Zielgruppen durch die Projekte in ihrem Selbstbild gestärkt und dazu in der Lage sind, die eigenen Annahmen, Wertigkeiten, Entscheidungen, Verhaltensweisen etc. kritisch zu hinterfragen, (b) ob sie über zentrale Handlungskompetenzen im Umgang mit demokratie-/menschenfeindlichen bzw. extremistischen Erscheinungsformen verfügen und dazu in der Lage sind, adäquat auf entsprechende Vorfälle bzw. Argumentationen zu reagieren sowie (c) ob sie über Kompetenzen zur Gestaltung und Nutzung vorhandener Partizipationsmöglichkeiten verfügen.

Auch in Bezug auf den Gewinn von Handlungssicherheit bewerteten die Projektverantwortlichen aus Säule A und B die Wirkungen der Projekte auf die Zielgruppen etwas zurückhaltender als die Projektverantwortlichen aus Säule C bis E. Insgesamt drei Viertel der Projektverantwortlichen bescheinigten den Projekten dabei, eine Wirkung auf die Stärkung des Selbstbilds der Zielgruppen und deren Kompetenz, eigene Annahmen kritisch hinterfragen zu können (N=47 „voll und ganz“ bzw. „eher“, vgl. Abbildung 53). In Bezug auf die anderen beiden Aspekte entfalteten die Projekte nach Auffassung der meisten Projektverantwortlichen aus Säule A und B nur zum Teil eine Wirkung, während dies von den Projektverantwortlichen aus Säule C bis E mehrheitlich durchaus als gegeben betrachtet wurde. In der Summe war circa die Hälfte der Projektverantwortlichen der Meinung, dass die Zielgruppen durch die Projekte über zentrale Handlungskompetenzen für einen adäquaten Umgang mit demokratie-/menschenfeindlichen bzw. extremistischen Erscheinungsformen (N=39) bzw. zur Gestaltung und Nutzung vorhandener Partizipationsmöglichkeiten verfügten (N=36). Von jeweils circa einem Drittel der Projektverantwortlichen (N=22 bzw. 25) wurden diese beiden Aspekte zumindest teilweise als Wirkung der Projektaktivitäten bestätigt.

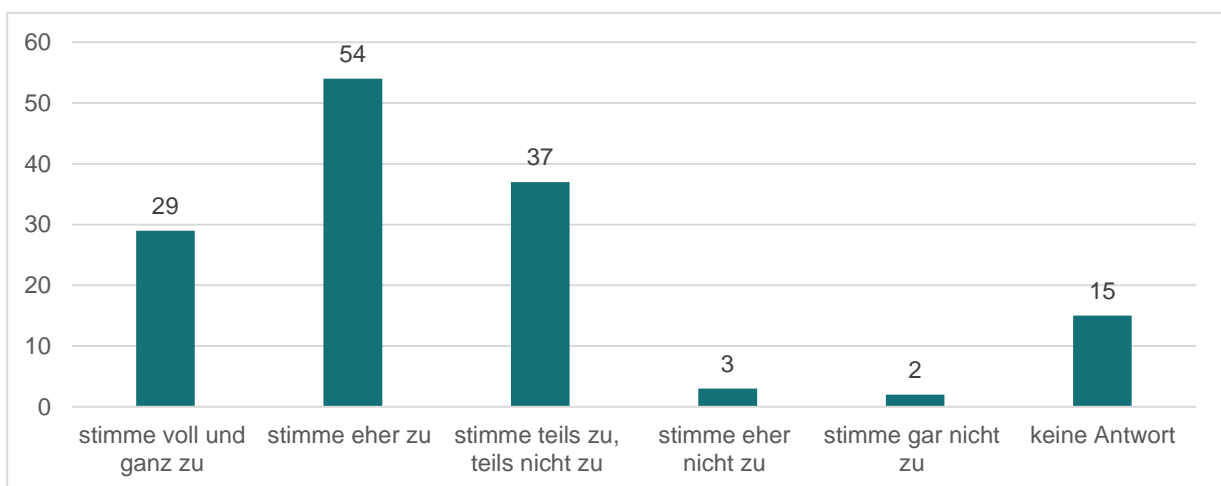
**Abbildung 53: Wirkungen bei den Zielgruppen: Gewinn von Handlungssicherheit (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=63 bis 64, eigene Darstellung.

Dass die Zielgruppen durch die Projekte über Kompetenzen zur Gestaltung und Nutzung vorhandener Partizipationsmöglichkeiten verfügen, sahen dagegen die Netzwerkpartnerinnen und -partner weit überwiegend als gegeben (N=38, vgl. Abbildung 54).

**Abbildung 54: Die Zielgruppen verfügen über Kompetenzen zur Gestaltung und Nutzung vorhandener Partizipationsmöglichkeiten (absolute Zahlen)**



Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

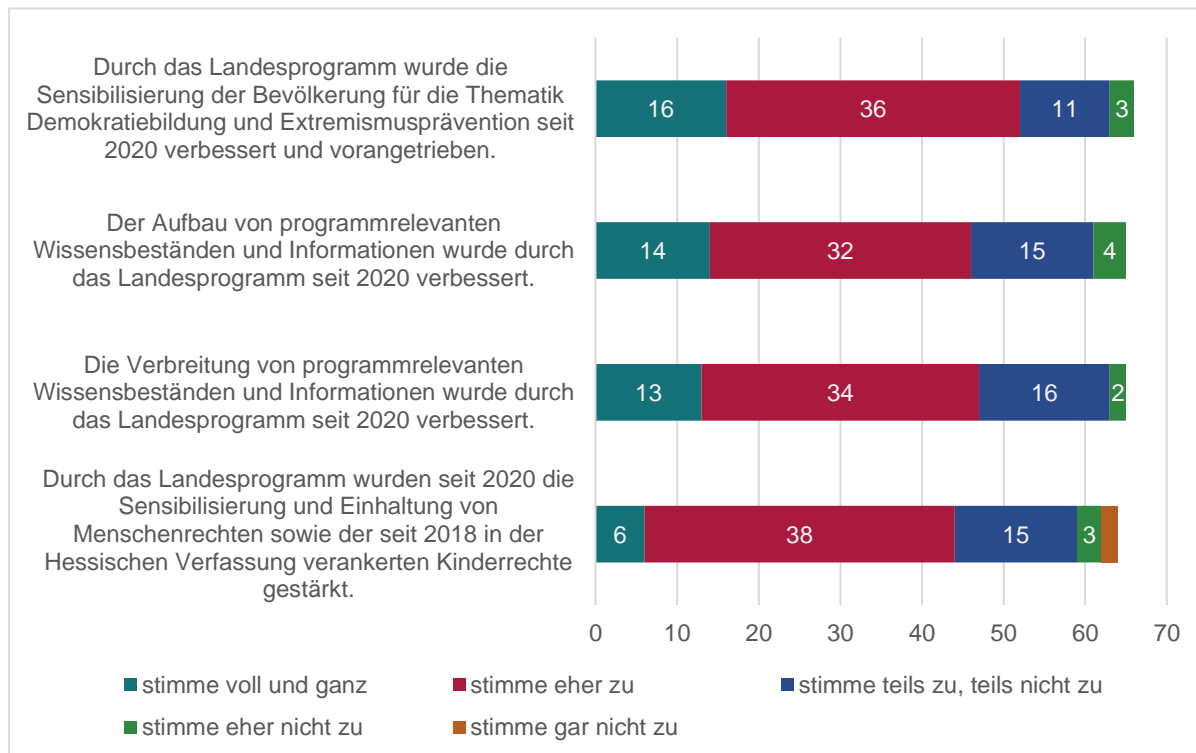
Im Rahmen der offenen Antwortmöglichkeiten bemerkten einige Befragte, dass es schwierig sei, die Wirkungen der Projektaktivitäten auf die oftmals heterogenen Zielgruppen eines Projekts zu beurteilen und anhand standardisierter Fragen zu beantworten. Zudem sei es häufig noch zu früh, Wirkungen auf die Zielgruppen zu beobachten bzw. einzuschätzen. Zwei Projektverantwortliche erwähnten, dass sie die Wirkung ihrer Aktivitäten selbst evaluierten. Eine Stimme wünschte sich mehr Good-Practice Beispiele, um die Partizipation vor Ort erfahrbarer zu machen.

## 5.5 Wirkungen über das Projekt hinaus

Die teilstandardisierte Befragung schloss mit einem Fragenkomplex über Wirkungen, die über das Projekt hinausgehen, ab. Zunächst sollte durch die Projektverantwortlichen eingeschätzt werden, inwieweit über das Projekt hinaus Stimmungen, Haltungen oder Wissensgewinne generiert wurden und Wirkung zeigen. Erfasst wurde die Einschätzung der Projektverantwortlichen, ob durch das Landesprogramm seit 2020 (a) die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Thematik Demokratiebildung und Extremismusprävention verbessert und vorangetrieben wurde, (b) die Sensibilisierung und Einhaltung von Menschenrechten sowie der seit 2018 in der Hessischen Verfassung verankerten Kinderrechte gestärkt wurden, (c) der Aufbau von programmrelevanten Wissensbeständen und Informationen verbessert wurde sowie (d) die Verbreitung von programmrelevanten Wissensbeständen und Informationen verbessert wurde.

Mehr als drei Viertel der Projektverantwortlichen attestierten dem Landesprogramm, in Bezug auf die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Thematik Demokratiebildung und Extremismusprävention eine Wirkung über die einzelnen Projekte hinaus zu entfalten (N=52 „voll und ganz“ bzw. „eher“, vgl. Abbildung 55). Auch die anderen drei Aussagen erhielten hohe Zustimmungswerte (N=44 bis N=47 „voll und ganz“ bzw. „eher“). Jeweils circa 70 Prozent der Projektverantwortlichen attestierten dem Landesprogramm demnach, in Bezug auf den Aufbau und die Verbreitung von programmrelevanten Wissensbeständen und Informationen eine Wirkung über die einzelnen Projekte hinaus zu entfalten sowie die Sensibilisierung und Einhaltung von Menschenrechten sowie der seit 2018 in der Hessischen Verfassung verankerten Kinderrechte zu stärken.

**Abbildung 55: Wirkungen über das Projekt hinaus: Stimmung/Haltung/Wissensgewinn (absolute Zahlen)**

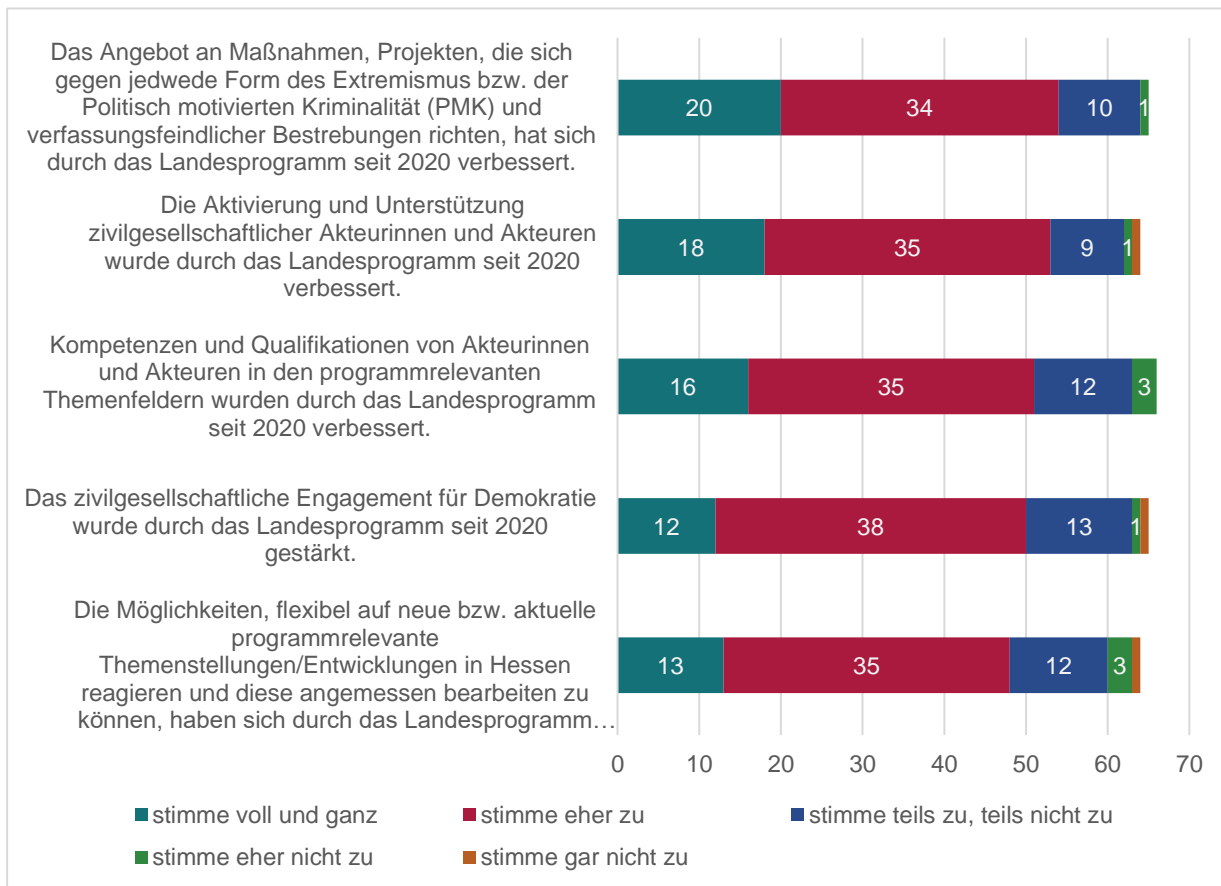


Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=64 bis 66, eigene Darstellung.

Bezüglich der Aktivitäten von Vereinen oder Initiativen wurden den Befragten fünf Aussagen zur Einschätzung vorgegeben. Sie sollten beurteilen, ob durch das Landesprogramm seit 2020 (a) die Aktivierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure verbessert wurde, (b) das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie gestärkt wurde, (c) Kompetenzen und Qualifikationen von Akteurinnen und Akteuren in den programmrelevanten Themenfeldern verbessert wurden, (d) das Angebot an Maßnahmen und Projekten, die sich gegen jedwede Form des Extremismus bzw. der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) und verfassungsfeindlicher Bestrebungen richten, sich verbessert hat sowie (e) ob die Möglichkeiten, flexibel auf neue bzw. aktuelle programmrelevante Themenstellungen/Entwicklungen in Hessen reagieren und diese angemessen bearbeiten zu können, sich verbessert haben.

Auch mit Blick auf die Aktivitäten von Vereinen und Initiativen wurde dem Landesprogramm überwiegend eine positive Wirkung über die einzelnen Projekte hinaus bescheinigt (vgl. Abbildung 56). Jeweils circa 75 bis 80 Prozent der Projektverantwortlichen (N=48 bis 54) waren überzeugt, dass das Landesprogramm in den genannten Aspekten zu Verbesserungen beigetragen hat.

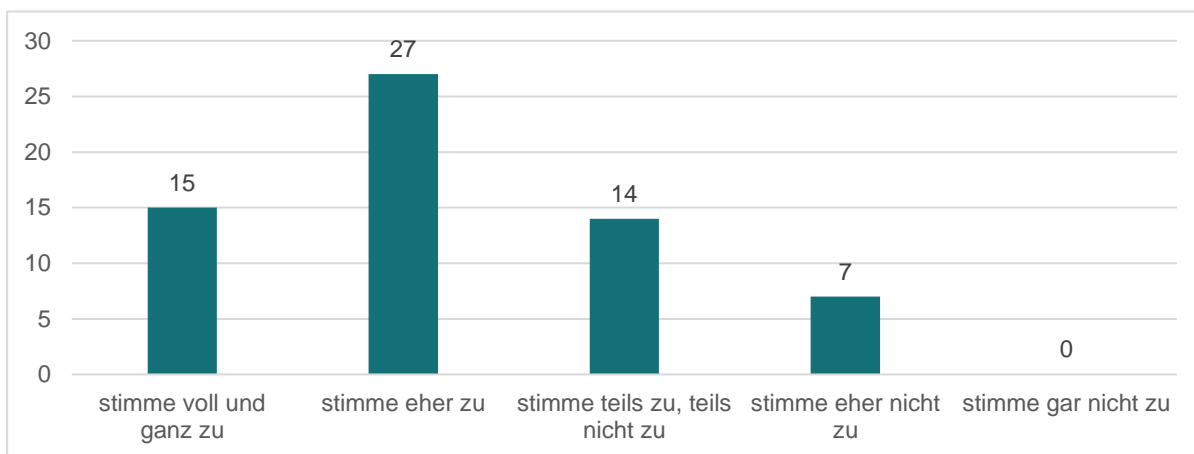
**Abbildung 56: Wirkungen über das Projekt hinaus: Aktivitäten von Vereinen/Initiativen (absolute Zahlen)**



Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=64 bis 66, eigene Darstellung.

Der Aufbau verlässlicher Verweisstrukturen wird ebenfalls mehrheitlich als Wirkung des Landesprogramms anerkannt, zwei Drittel der Projektverantwortlichen (N=42, vgl. Abbildung 57) stimmten dem „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu.

**Abbildung 57: Wirkungen über das Projekt hinaus: Aufbau verlässlicher Verweisstrukturen, um angemessen auf Anfragen und Beratungsbedarfe reagieren zu können (absolute Zahlen)**

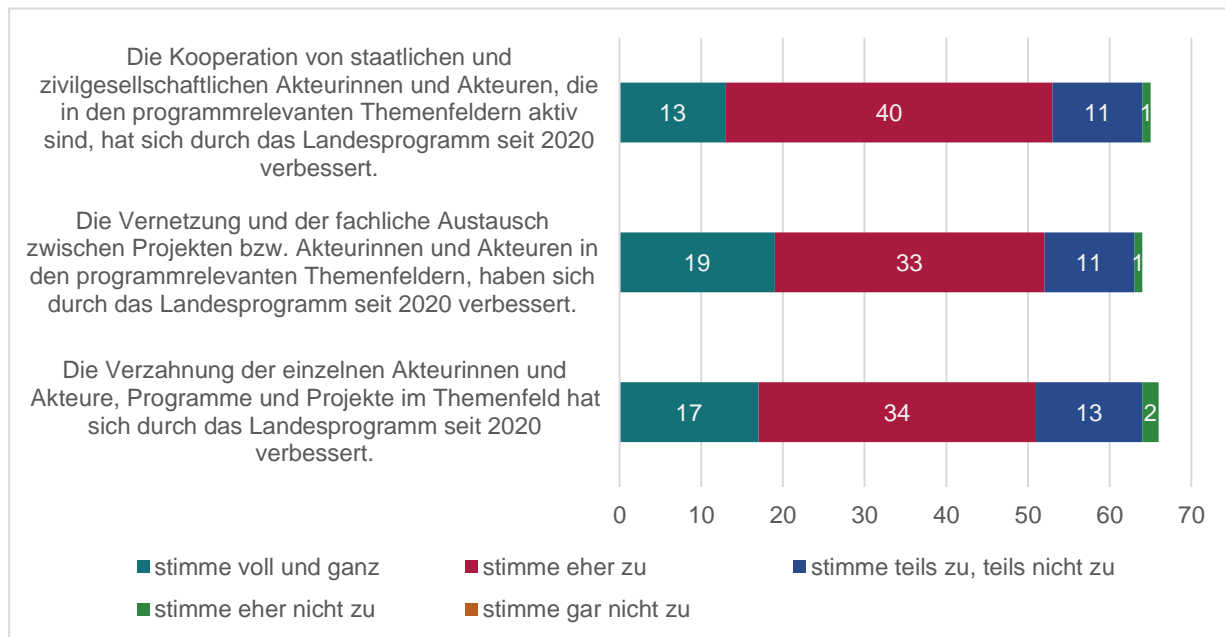


Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=63, eigene Darstellung.

In Bezug auf Wirkungen des Landesprogramms seit 2020 auf Kooperation und Vernetzung sollten die Projektverantwortlichen ihre Einschätzung dazu geben, ob sich (a) die Vernetzung und der fachliche Austausch zwischen Projekten bzw. Akteurinnen und Akteuren in den programmrelevanten Themenfeldern verbessert haben, (b) die Verzahnung der einzelnen Akteurinnen und Akteure, Programme und Projekte im Themenfeld verbessert hat sowie (c) die Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, die in den programmrelevanten Themenfeldern aktiv sind, verbessert hat.

Abbildung 58 verdeutlicht, dass die Projektverantwortlichen bezüglich der Verbesserung von Kooperation und Vernetzung ganz überwiegend Wirkungen des Landesprogramms seit 2020 wahrnahmen. Jeweils gut drei Viertel der Befragten (N=51 bis 53) stimmten den genannten Aussagen „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu. Jeweils nur eine Person stimmte dem „eher nicht“ zu.

**Abbildung 58: Wirkungen über das Projekt hinaus: Kooperation und Vernetzung (absolute Zahlen)**



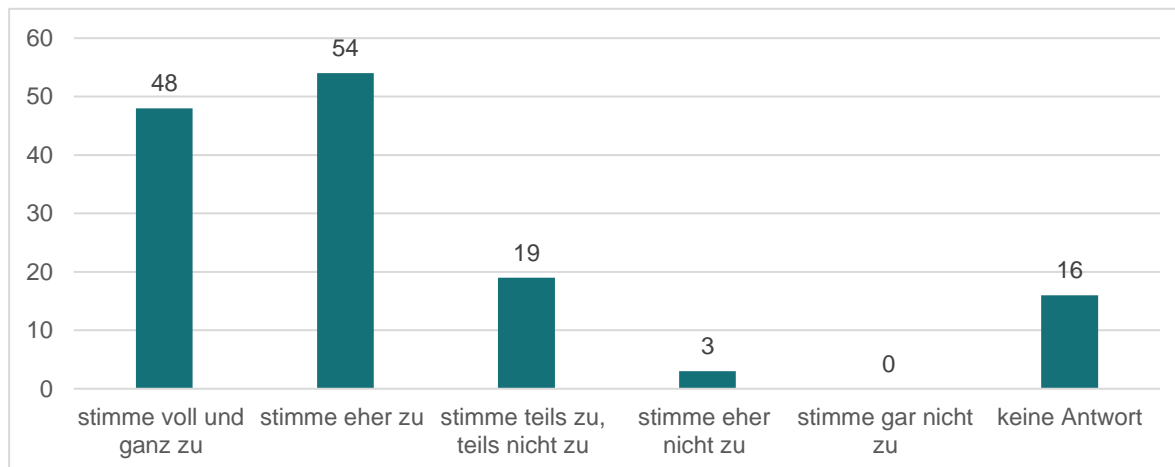
Quelle: Teilstandardisierte Befragung der Projekte 2022/2023, N=64 bis 66, eigene Darstellung.

Ergänzend dazu wurden die Netzwerkpartnerinnen und -partner gefragt, ob durch die Projektarbeit die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren in den Themenfeldern Demokratieförderung, Extremismusprävention sowie Opfer- und Ausstiegberatung in der Region verbessert wurde.

Hier stimmten ebenfalls die große Mehrheit (N=102 von N=140) der Netzwerkpartnerinnen und -partner zu, dass dies „voll und ganz“ bzw. „eher“ der Fall ist (vgl. Abbildung 59). Negative Einschätzungen waren kaum vertreten.



**Abbildung 59: Durch die Projektarbeit wurde die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren in den Themenfeldern Demokratieförderung, Extremismusprävention sowie Opfer- und Ausstiegberatung in der Region verbessert (absolute Zahlen)**



Quelle: Befragung der Netzwerkpartnerinnen und -partner 2022/2023, N=140, eigene Darstellung.

Im Rahmen der offenen Antworten wurden zu den Wirkungen der Projekte und des Landesprogramms nur wenige Anmerkungen gemacht. Eine davon betraf das Zusammenwirken von Bundes- und Landesförderung bei den PFDen:

„Für die Partnerschaft für Demokratie ist das Landesprogramm nur ein kleiner Beitrag. Die große Wirkung entfaltet allerdings das Bundesprogramm mit der Unterstützung durch das Landesprogramm. Wir halten die Zusammenarbeit der PFDen, d.h. Kommune, Land und Bund für eine wertvolle Kooperation, die in den Sozialräumen ihren Nutzen zeigt durch gute und sinnvolle Projekte.“

Eine weitere Stimme bemerkte, dass der Impact auf die Gesellschaft nur schwer festzustellen sei, da die einzelnen Projekte lediglich die Nachhaltigkeit auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und deren sozialen Nahbereich beurteilen könnten.

## 6 Zusammenfassung und Empfehlungen

### 6.1 Zusammenfassung

Der vorliegende Abschlussbericht beinhaltet die Ergebnisse der Evaluation im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2020 – 2024“, die detailliert im ersten Evaluationsbericht (Huth/Schaland 2023) sowie im zweiten Evaluationsbericht (Huth et al 2023) ausgeführt wurden. Die Evaluation, die im Zeitraum Januar 2022 bis August 2023 durchgeführt wurde, basierte auf einem umfassenden Arbeitsprogramm, das folgende Erhebungen und Analysen beinhaltete:

- Literatur- und Dokumentenanalyse,
- Monitoring der geförderten Projekte zu zwei Zeitpunkten,
- 30 leitfadengestützte Interviews mit ausgewählten Projektverantwortlichen,
- eine teilstandardisierte Befragung der Projektträger,
- eine Erhebung bei lokalen Netzwerkpartnerinnen und -partnern sowie

- fünf regionale Fallstudien.

## Übersicht über das Landesprogramm und die geförderten Projekte

Mit dem Ziel zur Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und zur Verhinderung von Extremismus beizutragen, startete im Jahr 2015 das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, das vom Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) koordiniert und umgesetzt wird. In der zweiten Förderperiode (2020 bis 2024) steht die Verstärkung bewährter Maßnahmen zur Prävention und Intervention im Vordergrund. Ein Schwerpunkt wird auf die Stärkung neuer Themenbereiche gelegt (sog. Reichsbürgerinnen und -bürger sowie sog. Selbstverwalterinnen und -verwalter, Extremismus mit Auslandsbezug, Antisemitismus, Antijudaismus, Islam-/Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Linksextremismus sowie die Förderung der Akzeptanz von Vielfalt und Integration). Darüber hinaus werden regionale Regelstrukturen gestärkt, indem seit 2020 Fachstellen zur Demokratieförderung und phänomenübergreifenden Extremismusprävention (DEXT-Fachstellen) in Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatus-Städten eingerichtet werden können.

In der aktuellen Förderperiode werden circa 120 Projekte staatlicher und nicht-staatlicher Trägerorganisationen gefördert. Das Landesprogramm ist mit ungefähr elf Millionen Euro bundesweit das mit am besten ausgestattete Landesprogramm (Stand September 2023). Aktuell sind in allen hessischen Landkreisen Projekte aktiv, die aus dem Landesprogramm gefördert werden. Einen Schwerpunkt bilden die kreisfreie Stadt Frankfurt am Main und die umliegenden Städte und Landkreise (insb. Landkreis Offenbach, Wetteraukreis und Stadt Offenbach).

Die in Säule A geförderten DEXT-Fachstellen wurden bereits in fast allen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten eingerichtet (30 von 33). Dabei befinden sie sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien, haben verschiedene thematische Schwerpunkte und Zielgruppenausrichtungen. Zum Teil müssen sie in einigen Regionen noch ihren Platz in der Präventionslandschaft finden. Zusammen mit den ebenfalls in Säule A geförderten Partnerschaften für Demokratie (PfDen) machen die DEXT-Fachstellen mehr als die Hälfte der geförderten Projekte aus.

In Säule B werden landesweite Beratungsangebote und Maßnahmen der Prävention, Intervention und Opferschutz gefördert, wie z.B. das Demokratiezentrum Hessen mit dem beratungsNetzwerk hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und zwei Beratungsstellen im Themenbereich religiös begründeter Extremismus bzw. Extremismus mit Auslandsbezug.

In Säule C werden landesweite Angebote im Bereich Demokratieförderung (16 Projekte), in Säule D 17 Projekte zur Förderung der Vielfalt und Integration und in Säule E sieben Projekte zur Bekämpfung von Antisemitismus gefördert. Während die Säulen A und B wesentlich der Strukturbildung dienen, handelt es sich bei den Säulen C, D und E um (Modell-)Projektförderung.

## Implementierung und Ausstattung der Projekte

Ein Viertel der geförderten Projekte (Stand Juni 2022) bestand bereits vor dem Jahr 2020, knapp die Hälfte startete im Jahr 2020, das verbleibende Viertel nahm die Arbeit 2021 bzw. 2022 auf. Weitere fünf Projekte nahmen in den zurückliegenden zwölf Monaten seit Sommer 2022 ihre Aktivitäten auf (Stand Juni 2023).

Ein Teil der Projekte konnte seine Personalstellen nicht planmäßig besetzen. Dadurch sowie durch Personalwechsel kam es in mehr als einem Drittel der Projekte zu Beeinträchtigungen der geplanten Projektaktivitäten. Zum Stichtag 30. Juni 2023 bestanden in mehr als einem Viertel der Projekte Unterschiede zwischen den geplanten und vorhandenen personellen Ressourcen. Dieser Anteil war im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Entsprechend geringer fiel auch der Anteil der Projektverantwortlichen aus, die das zur Verfügung stehende Stellenvolumen für die Umsetzung des Projekts als ausreichend einschätzten.

### **Umsetzung der Projekte**

Ein Drittel der Projekte konnte die Fördervorhaben bis zum Stichtag 30. Juni 2023 wie geplant umsetzen und gut die Hälfte der Projekte ihre Vorhaben mit kleineren Anpassungen realisieren. Lediglich einzelne Projekte mussten größere Anpassungen vornehmen, bzw. konnten ihre Vorhaben bis dato nicht wie geplant umsetzen.

Insbesondere die mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen hatten in den Jahren 2020 und 2021 dazu geführt, dass Angebote und Aktivitäten nicht wie geplant umgesetzt werden konnten. Viele mussten abgesagt, verschoben, in den virtuellen Raum verlegt oder konzeptionell angepasst werden. Dabei bewiesen die Projektträger (erzwungenermaßen) Flexibilität und Kreativität. Auch wenn die Auswirkungen auf die Projektumsetzung in den Folgejahren geringer ausfielen, zeigten sich noch im Jahr 2023 Nachwirkungen der Corona-Pandemie, bspw. was die Kooperation mit Schulen anging.

Weitere Aspekte, die im Jahr 2023 stärker hervortraten, waren neben der wiederholt genannten Unsicherheit, was die Verlängerung der Projekte angeht, Personalwechsel und Stellenvakanzen durch einen vermehrt spürbaren Fachkräftemangel, der insb. in der Betroffenenberatung zu Überlastungen führte.

In der Summe kann trotz der genannten Herausforderungen von einer gelungenen Umsetzung des Förderprogramms gesprochen werden.

### **Inhaltliche Ausrichtung und Zielgruppen**

Im ersten Monitoring nannte die große Mehrzahl der Projekte Demokratieförderung, Rassismus, Rechts extremismus und Antisemitismus als thematische Schwerpunkte ihrer Vorhaben. Insgesamt war eine große Brandbreite von Phänomenbereichen, die die Projekte als thematische Schwerpunkte ihrer Arbeit angaben, sichtbar.

Für eine deutliche Mehrheit der Projekte stellten eine Zunahme von Hate Speech und Alltagsrassismus wachsende Probleme dar, die sich vermehrt in der Mitte der Gesellschaft zeigten, und die Bedeutung ihrer Arbeit belegten. In diesem Kontext wurde auch weiterhin ein grundlegender Bedarf in der politischen Bildungsarbeit von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gesehen. Insbesondere im Kontext Schule wurde auf die Bedeutung von Weiterbildung und Sensibilisierung von Lehrkräften hingewiesen (z.B. zum Thema Antisemitismus, Nah-Ost-Konflikt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hate Speech, Umgang mit Informationen im Zeitalter von „fake-news“ und künstlicher Intelligenz (KI) etc.).

Die Herausforderungen und Bedarfe im Themenfeld Demokratieförderung und Extremismusprävention wurden aktuell als enorm wahrgenommen und würden nach Aussage vieler Projektverantwortlicher auch zukünftig nicht an Bedeutung verlieren, sondern eher noch gewinnen.

Kontinuierliche, längerfristige und kostenlose Angebote an Schulen waren aus Sicht der Projektverantwortlichen und ihrer Kooperationspartnerinnen und -partner wichtige Erfolgsfaktoren. Dabei wurden gute

Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit „Respekt Coaches“ an Schulen und Schulen, die dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ angehören, gesammelt. Mit Blick auf Lehrkräfte wurde hervorgehoben, dass diese zwar interessiert an den Angeboten der Projekte waren, jedoch auch im Jahr 2023 noch mit der Aufarbeitung der Folgen der Corona-Pandemie, insb. Lernrückständen bei Schülerinnen und Schülern, beschäftigt seien. Neben der schwierigen personellen Situation und einem zunehmenden Fachkräftemangel stellte auch die Gewinnung ehrenamtlich engagierter Kräfte eine Herausforderung für einige Projekte dar.

Auch wenn zum Teil von Schwierigkeiten bei der Erreichung von Zielgruppen berichtet wurde, lässt sich zusammenfassend konstatieren, dass die Projekte ihre Hauptzielgruppen insgesamt gut erreichten. Zielgruppen, die auch nach der Corona-Pandemie schwerer zu erreichen waren, sind junge (geflüchtete) Menschen, Eltern, Menschen, die in ländlichen Räumen leben, und ältere Menschen, für die der Umgang mit und die Akzeptanz von Diversität und Vielfalt eine Herausforderung darstellen. Erfolgsversprechende Zugänge könnten über die Zusammenarbeit im nahen Umfeld (z.B. Stadtteilarbeit, Vereine) und „Peer-to-Peer-Ansätze“ (vor allem für Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund) geschaffen werden.

### **Regionale Umsetzung, Kooperation und Vernetzung**

Die Analyse der Kooperations- und Vernetzungsaktivitäten machte deutlich, dass Kooperation und Vernetzung insgesamt einen hohen Stellenwert für die Projektarbeit einnahmen. Auf der anderen Seite wurde gleichzeitig bemängelt, dass mit der Zunahme der Angebote und Akteurinnen und Akteure ein Überblick und klare Zuständigkeiten verloren gehen. Vor diesem Hintergrund wurde in den Befragungen mehrmals eine zentrale Koordination der (regionalen) Angebote gefordert.

Im Rahmen der Evaluation zeigten sich zwischen den geförderten Projekten stabile Formen der Zusammenarbeit, die primär auf themenrelevanten Vorerfahrungen und etablierten Arbeitsbeziehungen einzelner Akteurinnen und Akteure basierten.

Durch die gewachsene Trägerlandschaft wurden etablierte Formen der Verweisberatung zwischen den Projekten festgestellt. Die regionalen Fallstudien zeigten zudem, dass ländliche Regionen in Flächenlandkreisen weiterhin für Präventionsprojekte schwer zu erreichen sind. Ihnen fehlten vor Ort oftmals Kooperationspartnerinnen und -partner und weite Wege erschwerten die Erreichbarkeit und kontinuierliche Zusammenarbeit, was eine Stärkung der Präventionsangebote und einen Ausbau von innovativen, mobilen (Beratungs-)Angeboten in diesen Regionen nahelegt.

### **Struktur des Landesprogramms und Förderarrangements**

Die Zusammenarbeit der geförderten Projekte mit dem HKE wurde von den Projektverantwortlichen insgesamt positiv bewertet, auch wenn es einzelne kritische Stimmen dazu gab, die eine mangelnde Transparenz konstatierten.

Der Ausbau der DEXT-Fachstellen und PfdEn zusammen mit der Regionalstelle Ost wurde in Hinblick auf den Strukturausbau in der Fläche Hessens vor allem in den ländlichen Gebieten positiv bewertet, auch wenn zum Teil darauf hingewiesen wurde, dass die DEXT-Fachstellen als neue Akteure „noch ihren Platz in der Landschaft“ finden müssten.

Die Auswirkungen von Krisen (vor allem die Corona-Pandemie, aber auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine) führten zu einer Veränderung und Weiterentwicklung der Angebote (insbesondere viele digitale Angebote), eine stärkere Ausrichtung auf überregionale Zielgruppen (z.T. auch über Hessen

hinaus). Durch den Zuzug Geflüchteter erlangte auch das Thema Willkommenskultur wieder mehr Bedeutung.

Die Vielfalt der Projekte durch die phänomenübergreifende (Zielgruppen)Ausrichtung und die Offenheit der Förderrichtlinie erlaubte eine flexible Ausrichtung auf neue Themen und aktuelle Entwicklungen.

Was die Förderarrangements angeht, zeigten sich die Projektverantwortlichen durchweg zufrieden mit der Zusammenarbeit mit dem HKE, dabei wurden insb. eine gute Erreichbarkeit, schnelle Rückmeldungen und die Bereitschaft, zielorientierte Lösungen zu finden, genannt. Eine zentrale Herausforderung stellten die Bewilligungszeiträume der Projektmittel dar, deren Verlängerung vielfach gewünscht wurde, um nachhaltiger planen zu können. Darüber hinaus wurden steigende Kosten genannt, die die Projekte vor Herausforderungen stellten, da im Landesprogramm keine Anpassung bzw. Dynamisierung der Fördermittel vorgesehen war.

### **Entwicklungsperspektiven und Austausch**

Insgesamt wurde deutlich, dass die Stärken und Schwächen der DEXT-Fachstellen und PFDen auch von der politischen Unterstützung und Vernetzung mit zentralen Akteurinnen und Akteuren vor Ort abhängig waren. Kurze Wege zwischen relevanten regionalen Akteurinnen und Akteuren stellten wichtige Erfolgsfaktoren dar.

In Bezug auf die Beratungsarbeit in Säule B wurde kritisch angemerkt, dass in den letzten Jahren – nicht nur in Hessen, sondern bundesweit – sehr viel Geld in politische Bildungsarbeit floss und es zu einer Ausweitung der Förderlandschaft kam, die allerdings nicht planvoll genug erfolgte. Beratungsstellen und ihr Personal sind rar und müssten erst noch ausgebildet werden, wobei Stellen oft nicht auf Dauer angelegt sind, sodass sich Nachhaltigkeit schwierig gestaltete.

Im Vergleich zu den Säulen A und B, die stärker auf die Förderung von Strukturen ausgerichtet sind (DEXT-Fachstellen, PFDen, Beratungsprojekte), und für die Austauschformate bestehen, zeichnet sich die Projektlandschaft in den Säulen C, D und E durch eine große Vielfalt der geförderten Einzelprojekte aus, was deren strukturelle Ansätze angeht. Vor diesem Hintergrund zeigte sich seitens der Projekte ein großer Bedarf für mehr Austausch, gegenseitiges Lernen und strukturelle Verknüpfungen zwischen den Projekten. Neben Vernetzung, Fortbildungen und Qualifizierungen wurde in diesem Zusammenhang auch gegenseitiges Hospitieren angeregt.

### **Wirkungen auf die Zielgruppen und über die Projekte hinaus**

In Hinblick auf die Zielgruppen wurden im Rahmen der Evaluation Wirkungen in den Blick genommen, die die Projektverantwortlichen durch die Aktivitäten ihres Projekts bei den Zielgruppen verzeichneten. Dabei wurden die folgenden Aspekte berücksichtigt:

- Wissensgewinn,
- Haltungen/Einstellungen,
- Lebenslagen,
- konkrete Handlungen sowie
- Gewinn von Handlungssicherheit.

In diesem Zusammenhang wurde zusammenfassend deutlich, dass die intendierten Effekte auf die Zielgruppen der geförderten Projekte in allen Aspekten überwiegend feststellbar waren, wobei Wirkungen

auf die Aspekte Wissensgewinn sowie Haltungen und Einstellungen noch deutlicher dokumentiert wurden als Wirkungen auf die Aspekte Lebenslagen, Handlungen und Gewinn von Handlungssicherheit.

In Bezug auf Wirkungen, die über die geförderten Projekte hinausgingen, wurde von den Projektverantwortlichen Einschätzungen zu Wirkungen auf folgende Aspekte eingeholt:

- Stimmungen, Haltungen und Wissensgewinne in der Bevölkerung,
- Aktivitäten von Vereinen oder Initiativen sowie
- Kooperation und Vernetzung in der Akteurslandschaft.

Auch was diese Wirkungen über die Projekte hinaus anging, wurde dem Landesprogramm in allen genannten Aspekten überwiegend die erwünschten Wirkungen attestiert.

## 6.2 Empfehlungen

Vor dem Hintergrund einer insgesamt gelungenen Implementierung und Umsetzung des Hessischen Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, lassen sich folgende Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Landesprogramms formulieren, die sich aus den Ergebnissen der Evaluation ergeben haben.

### Struktur des Landesprogramms

Die besondere Konstruktion des Landesprogrammes, auf der einen Seite kommunale Strukturen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention zu stärken und auf der anderen Seite Einzelprojekte zu fördern, hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.

Durch die Einrichtung der DEXT-Fachstellen und die Ko-Finanzierung der PfDen erfolgte ein wichtiger Strukturausbau, der vom Landesprogramm weiterhin gefördert und vorangetrieben werden sollte. Dabei sollte an den bestehenden Strukturen angesetzt und Synergien zwischen den DEXT-Fachstellen und den PfDen gefördert und für mehr politische Unterstützung auf kommunaler Ebene geworben werden, zumal die innerkommunale Vernetzung und der Austausch als wesentliche Erfolgsfaktoren anzusehen sind, was je nach Anbindung der Stellen sehr unterschiedlich ausfallen kann.

Die Beratungsangebote und Maßnahmen der Prävention, Intervention und des Opferschutzes verzeichneten in den letzten Jahren vermehrte Anfragen und einen zunehmenden Bedarf, was sich bis hin zu Überlastungen auswirkte. Eine Stärkung der Beratungsstrukturen ist daher angezeigt. In diesem Zusammenhang sollte die Einrichtung einer Regionalstelle West eruiert werden, um die hessischen Regionen besser abzudecken, Lücken in der Verweisberatung zu vermeiden und die Präventionsketten zu stärken.

Die (Modell-)Projektförderung kommt einer ausdifferenzierten Träger- und Projektlandschaft zugute. Dabei ist aufgrund der facettenreichen Ausgestaltung der einzelnen Projekte eine Trennschärfe insbesondere zwischen den Projekten in Säule C und D nicht immer eindeutig sichtbar. Umso deutlicher zeigt sich dadurch die Bedeutung der Förderung von Projekten in Säule E. Neben den Wirkungen auf ihre Zielgruppen tragen die Projekte insbesondere zu einer Verstärkung zivilgesellschaftlichen Engagements und einer stärkeren Wahrnehmung der Bedeutung von Demokratieförderung und Extremismusprävention bei.

Mehr als auf die Abdeckung einzelner Phänomenbereiche sollte auf die Stärkung von Träger- und Projektstrukturen abgehoben werden, dabei gilt es, einen besseren Überblick über die Förderung zu erhalten, Synergien herzustellen und Lücken zu identifizieren, um Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention nachhaltig zu fördern.

## **Inhaltliche Ausrichtung und Zielgruppen**

Die Ziele des Landesprogramms umfassen die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie sowie die Unterstützung von Maßnahmen und Projekten, die sich gegen die verschiedensten Extremismusphänomene richten. Dabei kommt der phänomenübergreifenden Prävention, die sich gegen jede Art von Demokratiefeindlichkeit richtet, eine besondere Bedeutung zu. Entsprechend umfasst die Förderung die ganze Vielfalt an Phänomenbereichen, Schwerpunkte und neue Themen wurden mit Expertinnen und Experten sowie den geförderten Trägern erarbeitet, sodass auch während der aktuellen Förderperiode neue Themenbereiche, darunter sog. Reichsbürgerinnen und -bürger sowie sog. Selbstverwalterinnen und -verwalter, gestärkt wurden.

Offenheit und Flexibilität gegenüber Akzentverschiebungen und Anpassungen der inhaltlichen Ausrichtung des Landesprogramms unter Einbeziehung der Expertise von Expertinnen und Experten sowie der Träger der geförderten Projekte werden den gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen gerecht. Die Konzentration auf Phänomenbereiche, die künftig bearbeitet werden sollen, sollten daher im Diskurs mit den Projektträgern erarbeitet werden, um die Erfahrungen und Kompetenzen der Projektträger einzubeziehen.

Im Laufe der Evaluation wurde deutlich, dass Rechtsextremismus, zusammen mit andere Phänomenbereichen, wie Rassismus, Antisemitismus und einer zunehmenden Demokratiefeindlichkeit, das größte Problem in Hessen darstellt. Die Erkenntnis, dass rechtsextremes Gedankengut zunehmend in der Mitte der Gesellschaft Einzug hält, bestätigt, wie wichtig eine Stärkung der Angebote im Bereich Demokratieförderung ist, auch, um der Verbreitung von Hate Speech und Alltagsrassismus entgegenzutreten, zumal die Phänomenbereiche sich zunehmend überlappen.

Mit Blick auf den Titel und die generelle Ausrichtung des Landesprogramms steht zu überdenken, dass der Begriff „Extremismusprävention“ auf einige Zielgruppen der geförderten Projekte, insb. mit Migrationshintergrund, abschreckend wirkt, da diese sich unter Umständen unter Extremismusverdacht gebracht sehen. Im Rahmen der Projektaktivitäten wird daher häufig auf andere Begriffe, wie bspw. Rassismusbekämpfung, abgehoben.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Landesprogramms könnte daher eine Programmidentität herausgebildet werden, die stärker auf Demokratiebildung und Demokratieförderung ausgelegt ist, um ein positives Narrativ im Landesprogramm zu verankern, das Partizipation und Empowerment sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt als Leitidee stärker in den Vordergrund rückt.

Dahinter steckt auch die generelle Überlegung, wie Extremismusprävention mit Blick auf das Gemeinwesen stärker strukturell und integrativ verankert und vorgebracht werden kann, indem der Fokus vermehrt auf Demokratiefeindlichkeit statt auf Extremismus gelegt wird.

Was die Erschließung neuer Zielgruppen angeht, sind neben der Konzentration auf die Handlungsorte Kitas, Schulen und außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Projekte wünschenswert, die auf Menschen ab 50 Jahre, insbesondere Männer, abzielen, da diese bislang kaum adressiert werden und zu den Gruppen gehören, innerhalb derer demokratiekritische und demokratiefeindliche Haltungen zunehmen.

## **Koordination, Austausch und Vernetzung**

Austausch und Vernetzung haben einen bedeutenden Stellenwert für die Projektarbeit und deren Gelingen, dies gilt insbesondere für die in Säule A geförderten DEXT-Fachstellen und PfDen sowie die in

Säule B angesiedelten Beratungsstrukturen und -angebote. Von daher sind hier folgerichtig Koordination, Austauschformate und Unterstützungsstrukturen, insbesondere durch das Demokratiezentrum, im Landesprogramm vorgesehen. Auch die Einzelprojekte, die in Säule C bis E gefördert werden, würden von Koordination und Austausch sowie von Qualifizierung und Unterstützung deutlich profitieren und sich besser in den lokalen bzw. regionalen Präventionslandschaften verorten können.

Durch Koordination und Austausch würden die Träger einen besseren Überblick über die Träger- und Projektlandschaft – auch in ihren Regionen – erhalten, es ließen sich leichter Lücken identifizieren und Synergien herstellen sowie Formen der Zusammenarbeit eruieren und etablieren. Letztlich könnten durch die Förderung einer koordinierenden Stelle für die Einzelprojekte im Landesprogramm auch die Struktur- und Nachhaltigkeit der (Modell-)Projektförderung gestärkt und der strategische Ausbau von regionalen Präventionslandschaften, insbesondere in den ländlichen Regionen in Flächenlandkreisen, die für Präventionsprojekte weiterhin schwer zu erreichen sind, vorangetrieben werden.

### **Förderung durch das Landesprogramm**

Die Zusammenarbeit der geförderten Projekte mit dem HKE wurde ausgesprochen positiv bewertet, dazu zählten neben der Flexibilität, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren, eine gute Erreichbarkeit, schnelle Rückmeldungen und die Bereitschaft, zielorientierte Lösungen zu finden. Dennoch stellen die Programmvorgaben die Projekte vor Herausforderungen, insbesondere die jährliche Antragstellung sowie der Verwaltungsaufwand, der jedoch zum Teil auch durch andere Förderprogramme, z.B. Demokratie leben! vorgegeben ist. Dies betrifft vor allem die PfDen, die durch das Landesprogramm ko-finanziert werden, sodass seitens des Landesprogramm hier kein Einfluss genommen werden kann.

Entbürokratisierung und Vereinfachung von Verfahren sind aber auch im Landesprogramm weiterhin zu empfehlen. Generell sollte darauf geachtet werden, dass die Förderanträge einfach gestaltet sind, und Bürokratie und Verwaltungsaufwand möglichst gering gehalten werden.

Der spürbar zunehmende Fachkräftemangel und die projektabhängige Finanzierung der Stellen in den Projekten machen es schwer, dauerhaft Personal für die Besetzung dieser Stellen zu finden und zu sichern. Dadurch ist die Personalfuktuation hoch und Stellen bleiben zum Teil länger vakant, was die Projektumsetzung und eine verlässliche und Vertrauen schaffende Präsenz der Projekte in der regionalen Präventionslandschaft erschwert.

In diesen Zusammenhang ist insbesondere für die geförderten Einzelprojekte eine größere Planungssicherheit durch frühere Förderaufrufe und längere Förderperioden wünschenswert, da sie nicht in der Lage sind, in Vorfinanzierung zu gehen, bevor der Zuwendungsbescheid vorliegt. Auch die Möglichkeit der Strukturförderung für ausgewählte Vorhaben sollte für die nächste Förderperiode in Erwägung gezogen werden.

Tarifierhöhungen, Inflationsausgleich und steigende Energiekosten stellten die Projekte im aktuellen Förderzeitraum vor besondere finanzielle Herausforderungen. Die Zunahme an Beratungsanfragen und Bedarfen der Zielgruppen legten zudem vielfach eine Ausweitung der Projektaktivitäten nahe, bzw. machten diese erforderlich, was jedoch aufgrund der begrenzten Fördermittel und fehlender Aufstockungsmöglichkeiten nicht umgesetzt werden konnte. Insgesamt sollte daher eine Anpassung der finanziellen Mittel ermöglicht und flexibler gestaltet werden, um auf die Auswirkungen gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen besser reagieren und die Projektaktivitäten adäquat anpassen zu können.



## 7 Literaturverzeichnis

### Verwendete und weiterführende Literatur (Auswahl):

- Becker, Reiner/Schmitt, Sophie (2019): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen, Frankfurt/Main.
- Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit“, Jena.
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2022): Verfassungsschutzbericht 2021, [https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.pdf?\\_\\_blob=publication-File&v=2](https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.pdf?__blob=publication-File&v=2), letzter Zugriff 25.09.2023.
- Butterwegge, Christoph (2018): Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hrsg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/Basel, S. 40-63.
- Frindte, Wolfgang/Preiser, Siegfried (2007): Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. In: APUZ 11/2007, S. 32-38.
- Greuel, Frank (2018): Das (zu) weite Feld der Prävention oder wo Prävention beginnen und enden sollte. Ein Plädoyer für einen engen Präventionsbegriff. In: Drachenfels, Magdalena von/Offermann, Philipp/Wunderlich, Carmen (Hrsg.): Radikalisierung und De-Radikalisierung in Deutschland. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, Frankfurt/Main, S. 133-137.
- Häusler, Alexander/Küpper, Beate (2019): Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn, S. 147-171.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002-2012): Deutsche Zustände, Folge 1-10, Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II, Berlin.
- Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) (2019): Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ 2020 bis 2024. Förderrichtlinie, Wiesbaden, <https://hke.hessen.de/foerderung/landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus-2020-2024>, letzter Zugriff 25.09.2023.
- Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) (2021): Leistungsbeschreibung der Evaluation im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (2020-2024).
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2022): Verfassungsschutz in Hessen Bericht 2021, [https://verfassungsschutz.hessen.de/sites/verfassungsschutz.hessen.de/files/2022-12/lfv\\_bericht21\\_final310822\\_screen3.pdf](https://verfassungsschutz.hessen.de/sites/verfassungsschutz.hessen.de/files/2022-12/lfv_bericht21_final310822_screen3.pdf), letzter Zugriff 25.09.2023.
- Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg.
- Huth, Susanne/Schaland, Ann-Julia (2023): Erster Bericht der Evaluation im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2020 – 2024“, Offenbach/Main,

<https://hke.hessen.de/foerderung/landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus-2020-2024>, letzter Zugriff 25.09.2023.

- Huth, Susanne/Schaland, Ann-Julia/Simon, Katharina/Tscherezow, Markus (2023): Zweiter Bericht der Evaluation im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2020 – 2024“, Offenbach/Main.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) (2019): Evaluation im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2015 – 2019“. Abschlussbericht, Frankfurt/Main.
- Kelle, Udo (2007): Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden empirischer Sozialforschung, Wiesbaden.
- Klare, Heiko/Becker, Reiner (2019): Mobile Beratung – Entwicklung, Grundlagen und Spannungsfelder. In: Becker, Reiner/Schmitt, Sophie (Hrsg.): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen, Frankfurt/Main, S. 21-35.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2021. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn, S. 75-107.
- Lawaetz-Stiftung (2020): Fachliche Begleitung zur Evaluation und Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landes Nordrhein-Westfalen, Hamburg.
- Mader, Martin (2020): Die Identitäre Bewegung in Deutschland. In: Drücker, Ansgar (Hrsg.): Kontinuitäten und neue Perspektiven. 30 Jahre IDA: Von der Antirassismusbearbeitung zur Rassismuskritischen Bildungsarbeit, Düsseldorf, S. 24-27.
- Mayring, Philip. (2013): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg, S. 468-475.
- Stender, Wolfram (2016): Die Wandlung des ‚Antiziganismus‘ nach 1945. Einleitung. In: Stender, Wolfram (Hrsg.): Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis, Wiesbaden, S. 1-50.
- Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin.
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e.V. (2018): Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung, Berlin.
- Virchow, Fabian (2018): Die extreme und populistische Rechte in Deutschland nach 1945. Empirische Befunde und theoretisch-begriffliche Zugriffe. In: Gomolla, Mechthild/Menk, Marlene/Kollender, Ellen (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland – Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen, Weinheim/Basel, S. 28-43.
- Virchow, Fabian/Häusler, Alexander (2020): Pandemie-Leugnung und Extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen (CoRE-NRW-Netzwerk für Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen, Kurzgutachten Nr.3), Bonn.

Zick, Andreas (2021): Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn, S. 17-31.

Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn, S. 41-117.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>, letzter Zugriff 25.09.2023.

# Abschlussbericht der Evaluation im Rahmen des Landesprogramms

## „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2020 – 2024“



involas Institut für berufliche Bildung,  
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH

Herrnstraße 53  
63065 Offenbach am Main

T +49 69 27224-0  
F +49 69 27224-30  
info@involas.com  
www.involas.com